

G 2766

Bevölkerungs- schutz

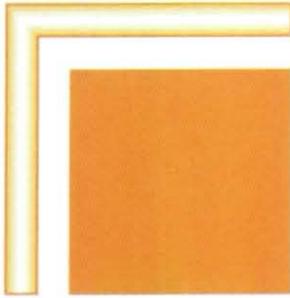
Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz

ASB
Arbeiter-Samariter-Bund



Nr. **1** 1. Quartal 1998

Das Thema Evakuierung
im Blickpunkt
Neue Wege beim
Atemschutz



Die Landesfeuerwehrschule Brandenburg geht neue Wege in der Atemschutzausbildung, vorgestellt ab Seite 22.



Ab Seite 25 werden technische Produkte für Feuerwehr und Hilfsorganisationen präsentiert.



In einem ausführlichen Beitrag wird auf den Einsatz des Bundesgrenzschutzes beim Oderhochwasser eingegangen, nachzulesen ab Seite 7.

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz	2
--	---

Politik und Gesellschaft

Ein Jahr der Veränderungen	
Rückblick auf 1997 zeigt neue Strukturen auf	3
Wege zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit	
Das Thema Katastrophenschutz aus der Sicht einer Hilfsorganisation	5

INHALT

1-98

Aus der Praxis

- Tief Xolska war an allem schuld**
Der Bundesgrenzschutz im Einsatz bei der Oder-Hochwasserkatastrophe 7
- Was man über Pulverlöcher wissen sollte**
Hinweise zu einem wichtigen Kapitel der Brandbekämpfung..... 12
- „Zivilschutz in Deutschland“**
Ein neuer Video-Film des Bundesamtes für Zivilschutz 13
- Die Evakuierung von Personen aus Gebäuden**
Nach wie vor ein nationales und internationales Problem 15
- Krankenhausevakuierung in Münster**
Erkenntnisse und Folgerungen einer Übung des Malteser-Hilfsdienstes 20

Technik und Wissenschaft

- Ausbildung auf Rädern**
Neue Wege beim Atemschutz 22
- Aus der Industrie**
Aktuelle Produktinformationen 25
- Innovationen aus Lübeck**
Neue Produkte auf dem Atemschutzsektor 28

Aus- und Weiterbildung

- Akademie bietet zusätzliche Qualifikation**
Seminar für Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 29
- Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik**
Fortbildungsstätte des Bundes vorgestellt 31

Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund** 34
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** 36
- Deutscher Feuerwehrverband** 37
- Deutsches Rotes Kreuz** 39
- Malteser-Hilfsdienst** 41
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** 43
- Technisches Hilfswerk** 45

Rubriken

- Rundblick** 46
- Termine** 51
- Für Sie gelesen** 52
- Jahresregister 1997** 55
- Zuletzt** 57

Erstmals eine Frau an der Spitze

Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften hat auf der 11. Generalversammlung in Sevilla die Präsidentin des Norwegischen Roten Kreuzes, Dr. Astrid Heiberg, zur Präsidentin der Internationalen Föderation gewählt. Sie ist die erste Frau, die dem Internationalen Roten Kreuz vorstehen wird.

Die Psychiaterin Dr. Astrid Heiberg, die seit 1963 an der Universität von Oslo tätig ist und die 1981 Mitglied der Norwegischen Regierung und für einige Jahre Abgeordnete des Norwegischen Parlaments war, ist damit die erste Frau im Präsidentenamt der Internationalen Föderation. Sie war Mitglied in verschiedenen internationalen Organisationen und im Vorstand der Norwegischen Krankenhausesellschaft.

Wilhelm Graf v. Schwerin wiedergewählt

In Nieder-Weisel nördlich von Frankfurt/Main fand die Delegiertenversammlung der Johanniter-Unfall-Hilfe statt. Ihr wichtigstes Ergebnis war die Wiederwahl des Präsidenten der JUH, Wilhelm Graf v. Schwerin, sowie die Neuwahl der Vizepräsidentin Asta Sybille Schröder, des Vizepräsidenten Christian Graf v. Basewitz und der übrigen Mitglieder des Präsidiums. Dies sind im einzelnen: Hartmut Besch, Dr. Friedrich Jacob, Ralf Plettke, Klaus Preuß, Dr. Karlheinz Schoppmeier, Hans Scriba, Peter Tuppeck und Gunter Zepp.

In seiner Eröffnungsrede zog der alte und neue Präsident die Bilanz der vergange-



Seit dem politischen Umbruch von 1989/90 in Europa wurde die Diskussion um den Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland unter den Leitvokabeln „Strafjung“, „Vereinbeitlichung“, „Friedensdividende“, „Einsparpotential“ u.ä. geführt.

Diese Diskussion hat mit dem Bericht des Bundesministeriums des Innern vom 27. Juni 1995 an den Innen- und den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages und mit der Verabschiedung des Zivilschutz-Neuordnungsgesetzes (ZSNeuOG) vom 25. März 1997 zunächst ihren konzeptionellen Abschluß gefunden. Die Feinarbeit, z.B. die Erarbeitung von Rechtsverordnungen, ist noch im Gange. Andererseits haben die Hochwasser von 1993 und 1995 an Rhein und Mosel und von 1997 an der Oder den Katastrophenschutz ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Die Krise im früheren Jugoslawien und der latente Konflikt im Nahen Osten sind darüber hinaus Warnsignale, einen intakten Zivilschutz zu erhalten.

In dieser Zeit ist es eine Herausforderung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für eine Behörde wie das Bundesamt für Zivilschutz durchzuführen und als Chefredakteur für das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ zu firmieren. Ich habe diese Aufgaben am 1. August 1997 übernommen. Als gelernter Jurist, der zuletzt als Dozent an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz im BZS tätig war, haben mich viele juristische Fragen beschäftigt, z.B. verfassungsrechtliche Probleme der Bundesauftragsverwaltung.

Im „Bevölkerungsschutz-Magazin“ geht es aber weit mehr darum, über konzeptionelle und praktische Entwicklungen sowie über Funktionsweise und Organisation staatlicher Stellen im Zivilschutz zu informieren. Außerdem sollen Inhalte und Methodik der Zivilschutz-ausbildung dargestellt werden. Schließlich soll das Magazin Diskussionsplattform für alle beteiligten Stellen und Organisationen sein.

Ich wünsche Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, ein gutes Jahr 1998!

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ wird Sie weiter verlässlich begleiten. Stoff gibt es in Fülle, auch aus dem Ausland.

Ihr Hans-Walter Roth

nen vier Jahre der Wahlperiode und wagte einen Ausblick auf die Herausforderungen der Zukunft.

Neuer LFV-Vize

Neuer stellvertretender Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbands Schleswig-

Holstein ist Stadtbrandmeister Dipl.-Ing. Dettlef Radke (Lübeck). Er löst Kreisbrandmeister Harry Ramm in dieser Funktion ab. Verbandsvorsitzender ist Landesbrandmeister Uwe Eisenschmidt. Im nördlichsten Bundesland gibt es 1 452 Freiwillige Feuerwehren, vier Berufs- sowie 36 Werk- und Betriebsfeuerwehren.

Ein Jahr der Veränderungen

Rückblick auf 1997 zeigt neue Strukturen auf

Von Hans-Walter Roth

Das Jahr 1997 hat für den Zivilschutz in Deutschland und in den Nachbarstaaten tiefgreifende Veränderungen gebracht. Hier ein Überblick:

1. Deutschland

Am 25. März des Jahres hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das Zivilschutzneuordnungsgesetz (ZSNeuOG) verabschiedet. (vgl. Abdruck in Heft 2/1997, S. 24 ff.). Die sieben Teil-Bausteine des Systems „Zivilschutz“ bleiben erhalten, wurden jedoch zum Teil verändert.

1.1 Katastrophenschutz

Schwerpunkt des Zivilschutzes bleibt der Katastrophenschutz (§ 11, 12, 13, 20 ZSG). Hier gibt der Bund den Ländern für die von ihm finanzierten Elemente keine Strukturen mehr vor. Er ergänzt das Potential der Länder auch zukünftig im Hinblick auf die besonderen Gefahren im Verteidigungsfall. Diese Ergänzung bezieht sich auf den Brandschutz, das Sanitätswesen, die Betreuung, den ABC-Schutz und die Bergung.

Für den Bereich der Bergung steht die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) den Ländern auf Anforderung zur Verfügung. Es wirkt vielerorts zusammen mit der kommunalen Feuerwehr und dem Rettungsdienst bei der allgemeinen Gefahrenabwehr mit.

In den anderen genannten Bereichen finanziert der Bund Fahrzeuge, Ausstattung und Ausbildung für Zivil-

schutzzwecke. Bundesweit werden 9.460 Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Die ehrenamtlichen Helfer bleiben die Basis des Katastrophenschutzes. Diese erreichen - einschließlich der 44.000 Helfer des THW - ein Gesamtpotential von 124.000 Personen.

1.2 Zivilschutz-hubschrauber

Der Bund hat seit 1972 Hubschrauber für Zivilschutzzwecke (Erkundungs- und Führungsmittel im Verteidigungsfall) beschafft, die von der Fliegergruppe des Bundesgrenzschutzes (BGS) betrieben werden. Für eine sinnvolle friedenszeitliche Nutzung sind die Hubschrauber als Rettungshubschrauber ausgerüstet und den Ländern als Initialmaßnahme für den Aufbau eines Luftrettungssystems zur Verfügung gestellt worden. Inzwischen gibt es ein flächendeckendes Netz von Rettungshubschrauber-Stationen verschiedener Betreiber. Zur Zeit werden 16 von 50 Stationen mit Zivilschutz-/Katastrophenschutz-hubschraubern abgedeckt, die von Piloten des Bundesgrenzschutzes geflogen werden.

Die Anzahl der künftig für den Zivilschutzzweck Führung und Erkundung noch benötigten Hubschrauber und der mit dem täglichen Einsatz in der Luftrettung verbundene Ausbildungsnutzen für die BGS-Piloten bestimmen den Umfang der weiteren Beteiligung des Bundesministers des Innern am Luftrettungsdienst der Länder. Unter diesen Vorgaben wer-

den in den 16 Stationen weiterhin Zivilschutz-/Katastrophenschutz-hubschrauber als Rettungshubschrauber eingesetzt werden.

1.3 Selbstschutz

Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung sowie die Förderung des Selbstschutzes der Behörden und Betriebe gegen die besonderen Gefahren, die im Verteidigungsfall drohen, obliegen weiterhin den Gemeinden (§ 5 ZSG).

Diese können sich für die Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung und in den sonstigen Angelegenheiten des Selbstschutzes der Organisationen bedienen, die nach § 20 ZSG im Katastrophenschutz mitwirken.

Der Bundesverband für den Selbstschutz wurde mit Verabschiedung des ZSNeuOG rückwirkend zum 1. Januar 1997 aufgelöst.

1.4 Warnung der Bevölkerung

Die Warnung der Bevölkerung wurde in § 6 ZSG grundlegend neu gestaltet. Der Bund erfaßt weiterhin die besonderen Gefahren, die der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall drohen. Die für die Warnung der Bevölkerung bei Katastrophen zuständigen Behörden der Länder sind aber jetzt auch für die Warnung der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren zuständig, die ihr in einem Verteidigungsfall drohen. Soweit die dortigen Warnmittel nicht ausreichen, ergänzt der Bund das Instrumentarium.

Im übrigen wurde die Bundesregierung ermächtigt, das Verfahren für die Warnung der Bevölkerung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu regeln. Diese Rechtsverordnung wird erarbeitet.

Zur Erfassung der Gefahren aus der Luft hält der Bund weiterhin die Verbindungsstellen in den Combined Air Operations Centres (CAOC's) der NATO-Luftüberwachung vor. Die bisherigen Warnämter wurden jedoch entbehrlich, zumal die Meßsonden zur Erfassung von radioaktiver Strahlung dem Bundesamt für Strahlenschutz zur Verfügung gestellt wurden, damit sie noch intensiver im friedenszeitlichen Alltag genutzt werden können.

1.5 Schutzraumbau

Das staatliche Programm zur Förderung der Errichtung von Schutzräumen ist ausgelaufen. Die vorhandenen Schutzräume werden in ihrer Substanz und Funktionsfähigkeit erhalten (vgl. §§ 7, 8 ZSG).

1.6 Aufenthaltsregelung

Die Möglichkeit zur Aufenthaltsregelung ist gesetzlich weiterhin gegeben (§ 10 ZSG). Sie hat jedoch zur Zeit keine praktische Bedeutung.

1.7 Schutz der Gesundheit

Der Bund fördert die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe mit Selbstschutzhinhalten und die Ausbildung der Bevölkerung zu Pflegehilfskräften finanziell (vgl. § 18 ZSG).

Aufgrund der eingetretenen Entspannung konnte auf die Hilfskrankenhäuser und die Lager für Sanitäts- und Arzneimittel verzichtet werden.

Eine Verordnung des Bundesministeriums des Innern mit Zustimmung des Bundesrates zur Vorhaltung von Sa-

nitätsmaterial durch Herstellungsbetriebe, Großhandlungen und Krankenhausapotheken (vgl. § 17 ZSG) wird erarbeitet. Sie wäre im Spannungs- oder Verteidigungsfall oder nach besonderer Zustimmung des Bundestages anwendbar.

1.8 Schutz von Kulturgut

Die Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut beruhen auf dem Bundesgesetz zur Haager Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Es handelt sich insbesondere um die Kennzeichnung von Kulturgut, z.B. von Gebäuden, sowie die Ausbildung von fachkundigem Personal und die Mikroverfilmung von Archivgut, wie z. B. politische Nachlässe. Die Mikrofilme werden im Oberrieder Stollen bei Freiburg eingelagert.

Diese Maßnahmen werden künftig wie bisher vom Bund finanziert (vgl. § 19 ZSG).

1.9 Bundesamt für Zivilschutz (BZS)

Die Aufgaben des BZS wurden in § 4 ZSG neu gefaßt. Es erledigt nach wie vor Aufgaben des Bundes, die ihm durch Gesetz übertragen werden oder mit deren Durchführung es vom Bundesministerium des Innern oder mit dessen Zustimmung von der fachlichen zuständigen obersten Bundesbehörde beauftragt wird. Neu im Aufgabenkatalog sind u.a.

- die Unterstützung der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Zivilverteidigungsplanung,

- die Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals,

- die Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten,

- die Unterstützung der Gemeinden bei der Wahrneh-

mung ihrer Selbstschutzaufgaben,

- die Übertragung der der Bundesregierung nach Artikel 85 Abs. 4 des Grundgesetzes auf dem Gebiet des Zivilschutzes zustehenden Befugnisse.

Die Übertragung von Aufgaben der zivilen Verteidigung betrifft vor allem Aufgaben der am 1. Januar 1997 gebildeten Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im BZS.

Diese Akademie wurde durch Zusammenlegung und Straffung der ehemaligen Akademie für zivile Verteidigung (AkzV), der Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) und der Bundeschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) neu gebildet. Sie befindet sich in Bad Neuenahr-Ahrweiler, ist aber integraler Bestandteil des BZS (Bonn-Bad Godesberg).

2. Änderungen in Nachbarstaaten

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit ist hier auf Änderungen in zwei Nachbarländern hinzuweisen. (Wir werden in einem Folgeheft gesondert darüber berichten.)

2.1 Schweiz

Das Schweizer Bundesamt für Zivilschutz (BZS) ist ab 1. Januar 1998 dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) unterstellt.

2.2 Frankreich

In Frankreich wurden die früher getrennten Bereiche des Leiters der zivilen Verteidigung und die Direktion für Zivilschutz im Ministerium des Innern vereinigt. Die neue Einheit heißt „Direktion für zivile Verteidigung und Zivilschutz“. Ihre Aufgaben und Organisation wurden durch zwei Erlasse vom 6. November 1997 festgelegt.

Wege zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit

Das Thema Katastrophenschutz aus der Sicht einer Hilfsorganisation

Von Benedikt Liefländer,
Abteilungsleiter Notfallvorsorge im Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes

Bis 1993 war das Gefahrenabwehrsystem für Großunfälle und Katastrophen wesentlich durch das relativ hohe Engagement des Bundes im erweiterten Katastrophenschutz als Teil des Zivilschutzes geprägt. Die Hilfsorganisationen trugen die vom Bund zur Verfügung gestellten finanzierten Einheiten und füllten sie mit ihren Helfern und ihrem Engagement aus.

Heute haben wir eine grundlegend veränderte Lage. Beginnend mit den politischen Umbrüchen nach 1989/90 richtete der Bund sein sicherheitspolitisches Denken und Handeln auch für den Zivilschutz gänzlich neu aus.

Die Situation

○ Der Katastrophenschutz in der bisher bekannten Form ist nicht mehr aktuell.

○ Neue Vorgaben sind teilweise noch offen, jedenfalls ist eine tatsächliche wirkungsvolle Ausgestaltung zur Zeit nur bedingt abschließend definiert.

○ Durch die Systemveränderungen sind die bisherigen Einheiten und Einheitsstrukturen des Katastrophenschutzes zerschlagen.

○ Eine Umorientierung hin zu verstärkter Betreuungsdienstlicher Mitwirkung ist notwendig.

○ Finanzierungs-, Verwaltungs- und Einsatzstrukturen für den Katastrophenschutz verändern sich.

Wie kann der Malteser-Hilfsdienst in dieser schwierigen externen Umbruchsituation, die zeitgleich mit einer innerverbandlichen Neustrukturierung unter dem Stichwort „Malteser 2000“ zusammenfällt, seinen Status als Hilfsorganisation in tatsächlicher, politischer und rechtlicher Hinsicht für die Zukunft sichern und weiterentwickeln?

Diese Umbruchsituation gibt unzweifelhaft auch die Chance zu einer zeitgemäßen Neuausrichtung des ehrenamtlichen Kernbereichs „Notfallvorsorge“. Der Malteser-Hilfsdienst hat sehr früh erkannt, daß es letztlich um die politische Frage geht, was er unter welchen Konditionen dem Staat heute zur Mitwirkung im Gesamtsystem Notfallvorsorge anbieten kann. Es kann sinnvollerweise nur darum gehen, alle verfügbaren Möglichkeiten zu einem Ganzen zu bündeln und strukturell zu fassen.

Ziel und Strategie

Ziel ist die Integration aller Malteser und Malteserdienste in ein einheitliches und umfassendes Hilfeleistungssystem mit Überwindung der Denkweise: hier Katastrophenschutzshelfer - dort Malteserhelfer.

Die hieraus folgende Strategie des Malteser-Hilfsdienstes konnte bereits in viele Länderstrukturen integriert werden und muß das Ziel inner-

verbandlicher Umsetzungsprozesse sein:

○ Definition der Gruppe als einsatztaktische Grundgröße mit vergleichbaren Einsatzwerten.

○ Aufbau und Pflege der Einsatzgruppen aus und für den Katastrophenschutz mit Schwerpunkt Sanitäts- und Betreuungsdienst, flexibel aus allen verfügbaren Potentialen.

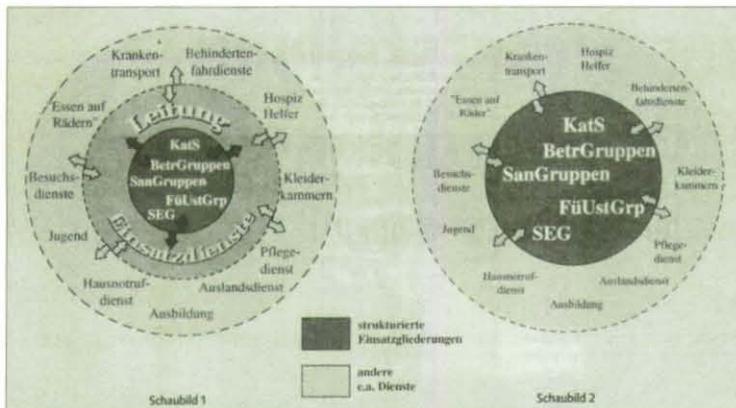
○ Dislozierung der Gruppen in möglichst viele Gliederungen.

○ Weiterqualifizierung von Gruppen zu „Schnelleinsatzgruppen“ (SEG).

○ Koordinierung, Bündelung und Weiterentwicklung der Gruppen und operativen Aktivitäten des Malteser-Hilfsdienstes als Hilfsorganisation.

„Leitungen Einsatzdienste“

Hierzu bedarf es flächendeckend im Malteser-Hilfsdienst - etwa auf der Ebene der Gefahrenabwehrbehörde/Kreisebene - der Einrichtung von „Leitungen Einsatzdienste“. Diese „Leitungen Einsatzdienste“ sind ehrenamtliche Führungsgremien, die im Auftrag der beteiligten Beauftragten handeln. Ihre Aufgaben sind flexibel den örtlichen Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Interessen anzupassen und sollen die Ortsleitung(-en) in Führung und Einsatz der aktiven Helferinnen und Helfer unterstützen. Neben der Sicherstellung der Alarmie-



rungsfähigkeit des Malteser-Hilfsdienstes, der Akquisition und Koordination von Einsätzen oberhalb der Ortsebene, können dort Aufgaben der Initiierung, Planung und Durchführung von Ausbildungen und Übungen, bis hin zu Möglichkeiten der Lobbyarbeit, der Material- und Budgetüberwachung und -steuerung, wahrgenommen werden. Hieraus ergeben sich u.a. folgende Vorteile für die beteiligten Gliederungen:

- Planungssicherheit für größere Einsätze.
- Akquisition interessanter Einsätze.
- Eröffnung neuer/weiterer Einsatzoptionen für das Ehrenamt.
- Bündelung von Fachkompetenz.
- Know-how-Transfer.
- Optimierung der Helferausbildung.
- u.a.m.

Auch und gerade unter einem weiteren Gesichtspunkt sind diese „Leitungen Einsatzdienste“ künftig von unschätzbarem Wert: Die originären Katastrophenschutzkräfte werden sich in der Zukunft mehr denn je als Kern des operativen Potentials verstehen (siehe Schaubild 1).

Um im Sinne dieses Bildes eine Integration aller Malteser(-dienste) in ein einheitliches und umfassendes Hilfeleistungssystem Realität werden zu lassen, soll die „Leitung Einsatzdienste“ Katalysa-

tor, Initiator, Kristallisationspunkt und Vermittler zwischen dem „operativen Kern“ - Katastrophenschutz/Einsatzdienste - und der „Schale“ - weitere Malteserhelfer und Malteserdienste - als motivierendes und verbindendes Element in beide Richtungen sein (siehe Schaubild 2).

Neukonzeption im Ausbildungsbereich

Die Neukonzeption der Helferausbildung, der Gruppenführerausbildung, der Zugführerausbildung sowie die bestehende Einsatzleiterschulung runden die Strategie des Malteser-Hilfsdienstes in diesem Sinne ab.

Die Helferausbildung wurde modular ausgebaut und aus den rettungsdienstlichen und sozialpflegerischen hochqualifizierten Ausbildungen so zurechtgeschnitten, daß sich jeder Helfer nach Interesse und Möglichkeit in ein aufbauendes und motivierendes System einbringen kann. Die einzelnen Module sind so angelegt, daß sie auch in anderer Kombination für andere Dienste nutzbar gemacht werden können, womit die Integrationsfähigkeit und das Verhältnis der Helfer in und für viele Dienste gefördert wird.

Die Gruppenführer- und Zugführerausbildung ist schon seit 1988 nicht ausschließlich auf die Führung von Katastro-

phenschutzeinheiten ausgerichtet, sie befähigt vielmehr die Teilnehmer, jedes operative Handeln auf den entsprechenden Ebenen wahrzunehmen. Zudem werden in Kürze Ergänzungsmodulare zu diesen Ausbildungen zur Verfügung stehen, die den Teilnehmern die Qualifikation „Organisatorischer Leiter“ zusprechen.

Die Einsatzleiterschulung stellt die höchste Stufe der operativ-taktischen Ausbildung und Qualifikation im Malteser-Hilfsdienst dar. Sie befähigt die Teilnehmer, Großeinsätze zu planen und zu führen und sollte beim „Leiter Einsatzdienste“ vorhanden sein. Diese Ausbildung schöpft insbesondere aus den Erfahrungen bewältigter tatsächlicher Einsätze, bereitet sie unter theoretischen Überlegungen und Grundsätzen auf und schöpft daraus Erkenntnisse für künftige Anlässe.

Die dargestellte Strategie mit dem Kernelement „Leitung Einsatzdienste“ fördert gezielt die Eigenverantwortlichkeit des Ehrenamtes mit der Entwicklung von Eigeninitiativen im Sinne einer lernenden Organisation. Es liegt damit ein Instrument vor, das eine realistische Chance zur zeitgemäßen Ausrichtung dieses ehrenamtlichen Kernbereichs gibt und den Malteser-Hilfsdienst als klassische Hilfsorganisation tatsächlich und in der Vorstellung des Bürgers sicherstellt.

Allein der Bundessanitätswettbewerb hat gezeigt, daß es viele Gliederungen, Führungskräfte, Helferinnen und Helfer gibt, die sich weiterhin einen Malteser-Hilfsdienst in diesem Sinne wünschen und sich dafür einsetzen wollen. Die hierin liegenden Chancen, die keinesfalls bei allen Organisationen heute mehr vorhanden sind, gilt es gemeinsam zu nutzen.

Tief Xolska war an allem schuld

Der Bundesgrenzschutz im Einsatz bei der Oder-Hochwasserkatastrophe

Von Bernd Walter, Präsident des Grenzschutzpräsidiums Ost

Ein Jahrhunderthochwasser, das Sommerloch, anhaltendes Interesse der hohen Politik und ein bemerkenswerter Emotionsschub auf dem Weg zur inneren Einheit machten das Oderhochwasser 1997 zum medialen Ereignis des Jahres 1997. Zwischenzeitlich ist das Medieninteresse erloschen - in den Publikationen ist allenfalls von kleinem Gezänk bei der Verteilung der Spenden zu lesen. Tempus fugit ...

Für die eingesetzten Hilfsorganisationen beginnt nunmehr die Zeit der Nachbereitung, um die Ausstattung, Ausbildung, Organisation, Logistik und Zusammenarbeit für künftige Einsätze weiter zu optimieren, denn -frei nach Herberger - nach der Katastrophe ist vor der Katastrophe. Das erwirtschaftete Erfahrungspotential ist hoch - kein Wunder bei der föderalen Vielfalt der eingesetzten Kräfte und überdies bei einem Großanlaß in einem neuen Bundesland. Insgesamt waren etwa 30.000 Soldaten, nahezu 4.000 BGS-Beamte und 6.560 THW-Helfer sowie täglich 1.500 Polizisten und über 2.000 Angehörige der Feuerwehren im Einsatz.

Der Bundesgrenzschutz in der Bewährung

Der Bundesgrenzschutz - mit rund 40.000 Bediensteten größte Bundespolizei - hat seine Professionalität bei der Bewältigung unvorhergesehener Einsätze seit Jahren unter Beweis gestellt. Nahezu bei allen bisherigen überregionalen Katastrophen war er eingesetzt und hat da-



Die Orte in der Ziltendorfer Niederung versinken in den Fluten der Oder.

bei seinen Mann und neuerdings auch seine Frau gestanden. Das Oderhochwasser konfrontierte aber auch die Polizei des Bundes mit einer vollkommen neuen Einsatzkonstellation. Die Oder ist nicht nur ein zuweilen Hochwasser führender Strom mit besonderen Tücken, sondern gleichzeitig Grenzstrom. Im Rahmen der vielfältigen gesetzlichen Aufgaben des BGS ist die Gewährleistung von Grenzsicherheit an der ostwärtigen EU-Außengrenze zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik ein sicherheitspolitischer Auftrag von hoher Priorität. Der Bundesgrenzschutz ist mit über 3.000 Bediensteten an Oder und Neiße ständig präsent. Der Grenzschutz im Oderabschnitt obliegt dem Grenzschutzamt Frankfurt (Oder), einer Unterbehörde des Grenzschutzpräsidiums Ost. Diese Einsatzkräfte waren es auch, die ohne Vorwarnzeit und aus dem Stand heraus zusammen mit den örtlichen Rettungsdiensten die ersten

Maßnahmen der Katastrophenabwehr trafen.

Die Kongruenz von originärem Einsatzraum und Katastrophengebiet brachte es mit sich, daß sich für die Einsatzkräfte des Grenzschutzpräsidiums Ost im Oderraum folgende - bis jetzt einmalige - Einsatzkonstellation ergab:

- Einsatz zur Wahrnehmung originärer Grenzschutz- und Bahnpolizeiaufgaben,
- Einsatz zur Notfallhilfe bei Gefahr im Verzug,
- Einsatz zur polizeilichen Katastrophenhilfe zur Unterstützung der Polizei des Landes Brandenburg,
- Einsatz zur technischen Katastrophenhilfe zur Unterstützung der Katastrophenschutzbehörden des Landes Brandenburg.

Die Chronik der Jahrhundertflut beginnt am 8. Juli 1997. Die ortsansässige Märkische Oderzeitung meldet für diesen Tag „Am Oberlauf von Oder, Neiße und Bober regnet es seit Tagen. Landstri-



Bundessenminister Kanther informiert sich vor Ort über die Lage.

che stehen unter Wasser. 16 Menschen ertrinken in den Fluten. Die Katastrophenzone zieht sich von Oberschlesien in Polen über den Nordosten Tschechiens, Teile der Slowakei bis nach Niederösterreich. Ein Drittel Tschechiens ist überschwemmt.“

Das Einsatztagebuch des Grenzschutzpräsidiums Ost beschreibt für diesen und die kommenden Tage die Katastrophe im Zeitraffer: Am 17. Juli 1997 erreicht die Flutwelle des Oderhochwassers Deutschland. Einsatzkräfte der Grenzschutzinspektion Eisenhüttenstadt sind als erste Helfer in Ratzdorf vor Ort und beginnen gemeinsam mit freiwilligen Helfern aus der Bevölkerung mit der Erhöhung des Oderdeiches. In der Nacht zum 18. Juli unterstützen Einsatzkräfte der Grenzschutzinspektion Frankfurt (Oder) den Hochwasserstab der Stadt Frankfurt (Oder) erstmals bei der Erhöhung der Deichanlagen. Dem Land Brandenburg wird im Rahmen der technischen Katastrophenhilfe eine Technische Einsatzhundertschaft aus dem Grenzschutzpräsi-

um Nord unterstellt, die ebenfalls zu Deicharbeiten eingesetzt wird. Die örtlichen Krisenstäbe werden kurzfristig mit Stromaggregaten und Lichtmasten des BGS ausgestattet.

Mit starken BGS-Kräften werden ab 20. Juli zwischen Aurith und Ratzdorf die Deiche mit Sandsäcken verstärkt. Auch hier werden technische Einsatzkräfte des BGS eingesetzt, die für solche Arbeiten speziell ausgebildet sind. Im Inselstadion von Eisenhüttenstadt wird eine Station zur Sandsackabfüllung eingerichtet.

Die Grenzschutzfliegerstaffel Ost ist mit allen verfügbaren Transporthubschraubern im Einsatz, um Sandsäcke als Außenlast im Lufttransport an den Deich zu transportieren, da die Dammwege wegen Dauerregens nicht mehr befahrbar sind.

Ab dem 21. Juli halten sich Kräfte eines Wasserwerferzuges mit inzwischen neun Wasserwerfern mit einer Kapazität von je 9.000 Litern und vier Trinkwasseraufbereitungsanlagen in der Grenzschutzunterkunft Blumberg

bei Berlin zur Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser bereit. Dem Land Brandenburg wird eine weitere Einsatzhundertschaft des Grenzschutzpräsidiums Ost unterstellt. In kontinuierlichem Einsatz wird in den kommenden Tagen an der Verstärkung der Deiche in Frankfurt (Oder) und südlich der Stadt gearbeitet. Dabei kommen immer wieder die BGS-Hubschrauber zum Transport von Sandsäcken zum Einsatz.

Am 23. Juli bauen BGS-Berater in Wellmitz während einer Nacht in kürzester Zeit eine Zeltstadt für die evakuierte Bevölkerung von Ratzdorf auf. Die Zelte werden mit Hubschraubern kurzfristig nach Wellmitz eingeflogen.

Trotz größter Anstrengungen aller eingesetzten Kräfte kann der Deichbruch bei Aurith nicht verhindert werden. Die Ziltendorfer Niederung wird etwa zwei bis drei Meter überflutet. Weitere Technische Einsatzkräfte aus den Grenzschutzpräsidien Süd, Mitte und West werden dem Land Brandenburg unterstellt und kommen sofort zum Einsatz. Mit Booten wird die Ziltendorfer Niederung befreit, um Plünderungen zu verhindern, aber auch um Bewohnern des Überschwemmungsgebietes Zugang zu ihren Häusern zu verschaffen, um Hab und Gut zu retten.

Ab dem 26. Juli werden nördlich von Frankfurt (Oder) im Oderbruch Evakuierungen vorbereitet, da an den Deichen im Bereich Hohenwutzen und später auch im Bereich Reitwein Dammbüche zu befürchten sind. Hubschrauber der Bundeswehr und der BGS transportieren große Mengen Sandsäcke an den Deich, der trotzdem weiterhin zu brechen droht. Dem Land Brandenburg wird am 25. Juli eine Grenzschutzabteilung unterstellt, die zum Raumschutz in den zwischenzeitlich zum Teil evakuierten Gebieten im Oderbruch eingesetzt wird.

Der Hochwassereinsatz an der Oder eröffnete den Polizeien des Bundes und der Länder die Möglichkeit, nahezu die gesamte Palette ihrer taktischen und technischen Einsatzmöglichkeiten im Katastrophenschutz auszuschöpfen. Ohnehin ist die Polizei als ständig präsent, rund um die Uhr einsetzbar und ständig auf die Lösung von Führungs- und Organisationsproblemen trainierte Sicherheitsorganisation eine der stärksten Stützen im Katastrophenschutz. Eine eingespielte Führungs- und Einsatzorganisation, ein hoch effizientes Kommunikationsnetz, Bürgernähe, ständige Präsenz und die Kenntnis der Organisation und Zuständigkeit der Behörden und Organisationen der inneren Verwaltung erleichtern der Polizei überdies, bei Lageverschärfungen die Initiative zu ergreifen. Die Querschnittsbefähigungen, die von Polizeiorganisationen im Katastrophenschutz verlangt werden, sind beachtlich. Hierzu gehören:

○ Übernahme der Führung bis zum Eintreffen einer arbeitsfähigen Einsatzleitung und/oder Unterstützung der Einsatzleitung in der ersten Phase der Führungsübernahme,

○ Warnung der Bevölkerung vor Gefahren,

○ Aufklärung des Schadensumfanges,

○ unaufschiebbare Maßnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und Sachen treffen,

○ die Gefahrenstelle räumen und absperren,

○ verkehrspolizeiliche Maßnahmen treffen,

○ Anmarsch- und Notwege für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge freimachen und freihalten,

○ den unbehinderten Einsatz der Kräfte, Fahrzeuge und Mittel der Fachdienste gewährleisten,

○ den Einsatz der zuständigen Behörden und deren Hilfskräfte unterstützen,

○ beim Retten und in Sicherheit bringen gefährdeter Personen mitwirken,

○ Eigentumssicherung und Verhinderung von Plünderungen,

○ Todesermittlungsverfahren durchführen,

○ Tote und unbekannt hilfloose Personen identifizieren,

○ den Verbleib von Verletzten und Vermissten feststellen,

○ Auskünfte über den Verbleib von Personen erteilen, die von dem Schadensereignis betroffen sind,

○ Dokumentation des Schadensereignisses.

Erfahrungen sollen Sprungfedern sein - nicht Ruhekissen

Erfolgreicher Katastrophenschutz beruht auf den Grundprinzipien „Koordination“ und „Kooperation“. Beides wird in der täglichen Routinearbeit aus naheliegenden Gründen nicht oder nicht ausreichend geübt. Die Klage über mangelnde Professionalität der Stabsarbeit in Führungsstäben ist so alt wie der föderale Katastrophenschutz. Immer wieder müssen ad-hoc-Organisationen das leisten, was selbst routinierten Führungsorganisationen erst nach erheblichen Auflaufschwierigkeiten zufriedenstellend gelingt.

Das Grenzschutzpräsidium Ost entsandte frühzeitig und voraussehend Verbindungsbeamte in die Stabsstelle „Hochwasser“ beim Innenministerium Brandenburg in Potsdam. Die Verbindungsbeamten hatten den Auftrag,

○ anlaßbezogene Informationen zu sammeln, auszuwerten und diese an eigene Kräfte weiterzuleiten,

○ über Einsatzwert und Leistungsvermögen der Einsatzkräfte des BGS zu informieren und bei der Organisation/Planung des Einsatzes zu beraten,

○ Einfluß auf Art und Weise der Verwendung von Einsatzkräften sowie Führungs- und Einsatzmitteln zu nehmen,

○ Verbindung zu benachbarten Organisationen zu halten.

Die dem Land Brandenburg zur technischen Katastrophenhilfe unterstellten Kräfte des BGS wurden durch die Technischen Einsatzleitungen (TEL) vor Ort geführt. Die TEL waren nur bedingt in der Lage, den Einsatzwert der BGS-Kräfte zu beurteilen sowie einen möglichst effektiven Einsatz der Kräfte zu koordinieren. Anzustreben wäre bei einer derartigen Lage die Zuweisung eines regionalen eigenen Einsatzabschnitt-



Einsatzkräfte des BGS bei der Deichverteidigung.



„Kreisverkehr“ am Sandsack-Verladeplatz.

tes an den Bundesgrenzschutz mit der uneingeschränkten Zuständigkeit für alle Abläufe. Dieser Einsatzabschnitt sollte durch einen Führungsstab des BGS geführt werden, dem neben den Kräften des BGS auch andere dort eingesetzte Hilfskräfte unterstellt werden können. Dieser Führungsstab BGS sollte dem jeweiligen Katastrophenstab des Landkreises unterstellt werden und von diesem seine Aufträge erhalten. Ein solches Führungsmodell wurde während des Einsatzes von der Bundeswehr durchgesetzt und mit Erfolg praktiziert.

Grenzschutzfliegerstaffel und Technischer Dienst von hohem Einsatzwert

Wie auch bei sonstigen Großeinsätzen haben sich die Führungs- und Einsatzmittel der Grenzschutzfliegerstaffeln in hohem Maße bewährt. Technische Engpässe wurden souverän und schnell beseitigt. Die Flugaufträge waren vielfältig und sehr differenziert und verlangten hohes fliegerisches Können. Der Führer der Grenzschutzfliegerstaffel Ost, Polizeioberrat im BGS Friedl, zog folgendes Resümee: „Neben der grenzpolizeilichen Überwachung



Eine konzertierte Aktion: Deichverteidigung im „ersten Angriff“ aus der Luft und am Boden.

der Odergrenze waren Flüge zur Katastrophenhilfe zu leisten, die wie folgt umrissen werden können:

- Aufklärung der allgemeinen Gefahren- und Schadenlage im Hochwassergebiet,
- Deichüberwachung und Aufklärung von Problemstellen,
- Transport von technischen Hilfskräften,
- Innenlasttransport von technischem Gerät,
- Außenlasttransport von Sandsäcken,
- Notevakuierung,
- Informationsflüge für Personen der Bundes- und Landesregierung.“

Die Verbindungshubschrauber haben ihre Stärke, die in der Aufklärung größerer Bereiche und zugleich in der Detailfeststellung aus dem Schwebeflug liegt, erneut eindrucksvoll nachgewiesen. Das Landesamt für Umwelt in Brandenburg konnte somit Gefahren rechtzeitig erkennen und Gegenmaßnahmen einleiten. Weiterhin wurden zum Schutz von Hab und Gut der evakuierten Bevölkerung die verlassenen Häuser polizeilich aus der Luft überwacht. Die leichten und mittleren Transporthubschrauber wurden im wesentlichen zum Außenlasttransport von Sandsäcken zur Deichverstärkung und Reparatur verwendet. Der Einsatz von Hubschraubern war aufgrund zeitlicher Dringlichkeit und der Unbefahrbarkeit der Deichwege notwendig.

In einer Art „Luftbrücke“ wurden Sandsäcke in Lastennetzen mit Gewichten bis zu 1.500 kg von einem nahegelegenen Aufnahmeplatz an die betroffene Deichstelle gebracht und dort fachgerecht verbaut. Von den Hubschrauberbesatzungen wurde Präzisionsarbeit verlangt, da die Außenlasten zentimetergenau und butterweich abgelegt werden mußten. In guter Zusammenarbeit mit den Heeresfliegern wurde ein



Nach der Flut: Feldarbeitsgerät des BGS als wertvoller Helfer bei Aufräumarbeiten am Ufer der Oder.

Verfahren entwickelt, das den Übergang vom Tag- in den Nachtflugbetrieb ermöglichte. So konnte der Nachschub mit Sandsäcken rund um die Uhr aus der Luft sichergestellt werden.

Besondere Bedeutung erlangten weiterhin auch die aus dem ganzen Bundesgebiet zur Verfügung gestellten Technischen Einsatzkräfte. Mit Schlauchbooten, Rettungs- und Signalgerätschaften, Lichtmasten, Sandsäcken, Unimogs, Raupen und schweren Lastwagen waren sie unverzichtbare Helfer in der Not in der Gesamtgemeinschaft von Polizei, Bundeswehr, Technischem Hilfswerk, DLRG, Rotem Kreuz und Feuerwehren. Der BGS hatte dabei ein vielfältiges Aufgabenspektrum zu bewältigen. Füllen und Transport von Sandsäcken, Verstärkung von Deichen, Bau von Schlafdeichen, Ausleuchten von Arbeitsräumen bei Nacht, Bau von Ölsperren, Herrichten von Behelfsunterkünften (Zeltstadt), Bergen von Tanks und Behältern mit Gefahrgutstoffen gehörten dazu. Aber auch der Transport von Personen aus und in evakuierte Bereiche sowie die Sicherstellung der Tierversorgung und später leider auch Entsorgung mußten gewährleistet werden. Teilweise wurden auch auf den Schlauchbooten des

BGS Hausrat und manchmal ganze Wohnungseinrichtungen transportiert. Da auch mit Diebstählen und Plünderungen sowie anderen Straftaten gerechnet werden mußte, wurde der BGS auch zur Aufsicht und Absperrung im Katastrophengebiet eingesetzt. Boote und Polizeihubschrauber waren hierbei wertvolle Hilfsmittel.

Blick in die Zukunft

Größere Schadensereignisse und Katastrophen kommen unangekündigt; Pläne und Einsatzunterlagen werden stets hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Dies bindet nicht von einer ständigen Fortschreibung und Aktualisierung der Schutzkonzepte sowie einem zeitgerechten Training insbesondere des Führungspersonals durch Planbesprechungen, Planübungen, Stabsrahmenübungen und – wenn es die personellen und materiellen Ressourcen erlauben – durch Vollübungen. Die Feststellung „Einsatz ist die beste Übung“ ist banal und führt allenfalls zur Verfestigung und zum Einschleifen falscher Verhaltensmuster.

Schwerpunkt der Übungen sollte insbesondere die Koordination und Führung von Einsatzkräften und beteiligten Behörden im Verbundein-

satz, die Lagebewältigung bei schnell wechselnden Anlässen und unter Zeitdruck sowie die Überprüfung von Einsatz- und Führungskonzeptionen sein. Keine Übung ohne Auswertung! Praktische Erkenntnisse aus theoretischen und praktischen Übungen müssen verzugslos als Hinweise und Aufträge in die Einsatz- und Führungsunterlagen eingearbeitet werden.

Neben der Bundesrepublik Deutschland waren durch das Hochwasser auch unsere Nachbarstaaten, die Republik Polen und die Tschechische Republik, mit weitaus größeren Schäden betroffen. Dort mußten auch Todesopfer beklagt werden. Nationale Insellösungen bei großflächigen grenzüberschreitenden Schadenslagen greifen zu kurz; bei erkennbarer Internationalität von Katastrophen müssen die für das Krisenmanagement zuständigen Behörden frühzeitig ihre bi- oder multilaterale Kooperation sowie ihre grenzüberschreitenden Strategien und Taktiken abstimmen sowie Grundlagen für gemeinsame Lagebilder und Lagebewältigung erarbeiten. Maßnahmen des Krisenmanagements dürfen nicht hinter der europäischen Integration hinterhinken. Bester Beweis hierfür ist der zwischenzeitlich vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf zu einem deutsch-polnischen Hilfeleistungsabkommen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen. Das Abkommen schafft die Voraussetzungen für wirksame grenzüberschreitende Hilfe im Katastrophenfall. Dem Bundesgrenzschutz als personalstarkem Unterstützungselement im Katastrophenschutz und als genuine Grenzpolizei mit intensiven, täglich aktivierten internationalen Beziehungen und vertieften Kontakten zu den Sicherheitsbehörden der Nachbarstaaten wird hierbei eine Schlüsselrolle zufallen.

Was man über Pulverlöcher wissen sollte

Feuerlöscher sind Geräte, die der Sicherheit dienen. Deshalb sollte ihrer Wartung und Instandhaltung die zukommende Bedeutung beigegeben werden.

Ein zuverlässiges Funktionieren im Einsatzfall kann nur dann erwartet werden, wenn die vorgeschriebenen Funktionskontrollen regelmäßig vorgenommen werden. Aufgrund der DIN 14406, Teil 4, sowie gesetzlicher Bestimmungen müssen Feuerlöscher spätestens nach zwei Jahren durch sachkundige Prüfer auf ihre Funktionsfähigkeit kontrolliert werden. In bestimmten Bereichen ist sogar eine jährliche Überprüfung erforderlich. Bei der Wartung eines Feuerlöschers sind in der Regel folgende Arbeiten zu verrichten:

Prüfen des korrekten Betriebsdrucks bzw. Füllmenge des Treibmittels, Kontrolle des Löschmittels, Durchgängigkeit von Leitungen, Schläuchen und Ventilen, Gängigkeit und Unversehrtheit aller beweglichen Teile, Beurteilung des Gesamtzustandes des Gerätes in seiner Eigenschaft als Druckbehälter sowohl innen als auch außen und Anbringung der Plombe und Siegelmarke sowie des Prüfetiketts.

Die unversehrte Siegelmarke am Löscherkopf und die Plombe sind gegenüber allen kontrollierenden Behörden der Beweis für den ordnungsgemäßen Zustand des Gerätes, sofern nicht das Datum auf dem Prüfetikett älter als zwei Jahre oder die Sicherung des Gerätes entfernt oder beschädigt ist. Solange diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann das Gerät als einsatzfähig betrachtet werden.



Feuerlöscher, hier ein 6-kg-Pulverlöcher, sind ein wirkungsvolles Mittel zur Bekämpfung von Entstehungsbränden.

(Foto: Gloria)

Das Pulver in Marken-Feuerlöschern unterliegt im Normalfall im Laufe der Zeit kaum einer Qualitätsminderung. Die Füllung ist in der Regel über viele Jahre hinaus gebrauchsfähig und kann mit gleichbleibendem Erfolg für Löschzwecke verwendet werden. Pulverlöscher behalten in einem Temperaturbereich von -20 bis $+60^{\circ}\text{C}$ ihre Wirksamkeit. Das Löschpulver ist im Einsatz weder umwelt- noch gesundheitsgefährdend und verhält sich gegenüber fast allen Materialien neutral.

Die Höhe der Prüfkosten kann beim jeweils zuständigen Kundendienst erfragt werden, deren Anschrift im Branchenteil des amtlichen Fernsprechbuchs (Gelbe Seiten, Stichwort Feuerlöscher) entnommen werden kann.

Autorisierte Kundendienste (legitimierte Sachkundige nach DIN 14406) verfügen über technisch geschultes Personal und bieten damit die Gewähr für eine optimale Wartung und fachmännische

Beratung. Dies wird auch durch die Qualifikation nach DIN ISO 9002 bestätigt. Der Abschluß eines Prüfvertrages ist zu empfehlen.

Falls ein Feuerlöscher in Tätigkeit gesetzt wurde, ist stets eine sofortige Überprüfung / Neufüllung erforderlich; auch dann, wenn nur wenig oder gar kein Löschmittel ausgestoßen wurde. Einerseits führt das mit dem Löschmittel vermischte Kohlendioxid nach einer gewissen Zeit zur Veränderung des Löschmittels, zum anderen können sich nach Betätigung z. B. kleinste Pulvermengen zwischen die Ventildichtungen setzen, so daß die erforderliche Dichtigkeit nicht mehr gegeben ist.

Feuerlöscher sind grundsätzlich nicht für eine Dauerabstellung nach Inbetriebnahme geeignet, weil schon nach kurzer Zeit durch undichte Stellen im Ventil oder in der Löschpistole der vorhandene Restdruck entweicht. Daher sollten Feuerlöschergeräte auch nicht probeweise betätigt werden, da auch in diesem Fall eine Neufüllung erforderlich wird.

Im Falle eines Geräteinsatzes zur Bekämpfung eines Feuers werden die Kosten für eine Neufüllung bzw. Instandsetzung des dazu benutzten Feuerlöschers von der Feuerversicherung getragen, falls eine solche für das Objekt, in welchem der Brand bekämpft wurde, besteht (§ 3 der Allgemeinen Feuerversicherungsbedingungen).

Gloria-Werke
H. Schulte-Frankenfeld
GmbH & Co.
Postfach 1160
59321 Wadersloh

„Zivilschutz in Deutschland“

Ein neuer Video-Film über das Hilfeleistungssystem und den Zivilschutz in der Bundesrepublik

Von Rainer Schramm

Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Herzen Europas, mit freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten, die sie umgeben. Diese Staaten werden in absehbarer Zeit fast alle dem gleichen Wirtschafts- und Sicherheitssystem wie Deutschland angehören. Da aber niemand die Zukunft voraussagen kann, wird keiner dieser Staaten auf alle Maßnahmen zum Schutz seiner Bevölkerung, den Zivilschutz, verzichten können.

Ein neuer Film des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) befaßt sich mit diesem Thema. Schon seit längerer Zeit hatten die Öffentlichkeitsarbeiter des BZS die Absicht, einen neuen Film über den Zivilschutz in Deutschland zu erstellen.

Dieses Vorhaben konnte jedoch erst durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Zivilschutzes im April 1997 in Angriff genommen werden. Erst ab diesem Zeitpunkt war es möglich, die Vorstellungen des Gesetzgebers zum Zivilschutz der Zukunft in einem Drehbuch exakt umzusetzen.

In wenigen Wochen entstand ein Drehbuch, das nach einigen Änderungen und Ergänzungen die Zustimmung aller beteiligten Stellen fand. Angefangen vom BZS über die Hilfsorganisationen bis zum Bundesministerium des Innern wurden die Beiträge und Anregungen letztendlich unter einen cineastischen Hut gebracht.

Aus einer Vielzahl von Bewerbern wurde mit der Produktionsgesellschaft Film-Art in Potsdam ein kompetenter

Einrichtungen und Fahrzeuge des Katastrophenschutzes werden ins rechte Bild gerückt.

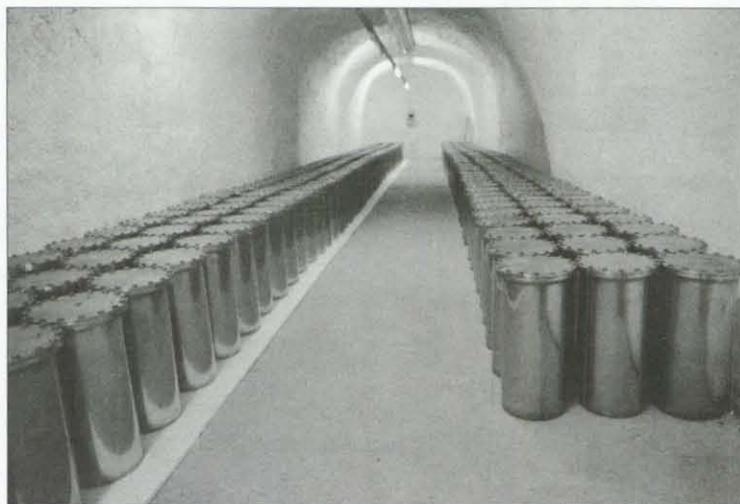


Partner zur gestalterischen und technischen Umsetzung des Filmprojektes gefunden.

Die Basis des Zivilschutzes

Das Filmkonzept sah vor, daß die politische Entwicklung der letzten Jahre in Europa mit einer weitgehenden Öffnung der Grenzen heraus-

gestellt werden soll, der der Zivilschutz angepaßt werden mußte. Neben der Darstellung der Zivilschutz-Aufgaben des Bundes sollten die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes als Basis des Zivilschutzes eine besondere Würdigung erhalten. Voraussetzung hierfür war die Dokumentation möglichst vieler Aktivitäten der im Katastrophenschutz mit-



Kühler Drehort: Im Oberrieder Stollen im Schwarzwald lagern 482 Millionen Mikrofilmaufnahmen von Kulturgütern.



Anlässlich einer Katastrophenschutzübung im Wilmersdorfer Stadion in Berlin konnten viele realistische Szenen festgehalten werden.

wirkenden Organisationen. Die Arbeit der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen und des Technischen Hilfswerks waren im Film festzuhalten.

Archivmaterial, das über die Nachrichtenredaktionen der Fernsehanstalten beschafft wurde, bildet den realen Hintergrund des Films. Es zeigt Aufnahmen von Brand- und Explosionskatastrophen, die sich im vergangenen Jahr in Deutschland ereigneten.

Drehort Oderhochwasser

Um günstige Lichtverhältnisse zu haben, sollte der Film im Sommer abgedreht werden. Tatsache war je-

doch, daß genau an den Hauptdrehtagen über weiten Teilen Europas ausgesprochenes Schmuttelwetter vorherrschte. Dieser Umstand wiederum verschaffte dem Filmteam den aktuellen Drehort Oderhochwasser.

Neben der Ziltendorfer Niederung wurde in Bonn, Ahrweiler, Nauen, Brandenburg, Potsdam und in Berlin gedreht. Im Oberrieder Stollen im Schwarzwald machte man Aufnahmen zum Thema Schutz von Kulturgütern in Deutschland. Es wurden Fahrzeuge des Katastrophenschutzes, Notbrunnen, Ausstellungen über den Zivilschutz, Ausbildungseinrichtungen, Übungen und Menschen gefilmt, Menschen bei

der Ausbildung und als Helfer bei Übungen und im Einsatz.

Im Potsdamer Studio wurden dann die einzelnen Filmsequenzen, Standfotos, Schrift- und Trickaufnahmen zu einer Rohfassung des Filmes zusammengefügt. Ein dazu erstelltes Textbuch stellte die Grundlage für den Sprecher und die musikalische Untermalung des Filmes dar.

Entstanden ist ein Informationsfilm, der in einer unaufdringlichen Art die aktuelle Situation des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland umfassend aufzeigt.

Allen, die sich über das Thema Zivilschutz informieren wollen, Schülern im Sozialkundeunterricht und Helfern der Katastrophenschutzorganisationen, steht der Film seit Anfang dieses Jahres zur Verfügung.

Erhältlich ist das Video über die Landesfilmdienste und das Deutsche Filmzentrum in Bonn.



Eine Vielzahl einzelner Filmszenen wächst am Schneidetisch zum fertigen Film zusammen.

Sicherheit auf allen Wegen



Thomas Eitte,
Sochbearbeiter

"Ich bin dafür..."

... den Sicherheitsgurt auf Vorder- und Rücksitzen bei allen Fahrten anzulegen. Besonders wichtig ist es, daß Kinder unter 12 Jahren im Auto richtig gesichert werden - z.B. durch Kindersitze. Und das nicht nur, weil es vorgeschrieben ist, sondern weil Eltern alles tun sollten, um ihre Kinder zu schützen."

Thomas Eitte



Ihre Berufsgenossenschaft
und der
Deutsche Verkehrssicherheitsrat

Die Evakuierung von Personen aus Gebäuden

Nach wie vor ein nationales und internationales Problem

Von Dr.-Ing. Klaus Müller

1. Einführung

Der Trend im Bauwesen im nationalen und internationalen Rahmen führt dahin, Gebäude und bauliche Anlagen immer größer und höher bzw. auch immer tiefer unter Geländeniveau zu errichten.

In diesen Gebäuden steigt zwangsläufig die Konzentration an Werten und an Personen und es ist damit zu rechnen, daß durch die komplizierte Nutzung im Falle eines Brandes die Gefahr von Katastrophen besteht.

Die in letzter Zeit über die Medien verbreiteten Meldungen bestätigen diese Annahme und zwingen dazu, dieser Entwicklung die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

In unserer heutigen Gesellschaft sind alle Voraussetzungen geschaffen, Bauten so zu errichten, damit den Personen maximale Sicherheit für das Leben und die Gesundheit garantiert werden. Dies setzt jedoch voraus, daß die für die Planung, Projektierung und Bauausführung notwendigen Schutzmaßnahmen für die Nutzer in Rechtsnormen enthalten, den Projektanten bekannt sind und ihnen entsprechende Beachtung geschenkt wird.

Die nachfolgenden Beispiele zeigen, daß diese Faktoren oftmals unterschätzt werden und deshalb bei Bränden eine verhältnismäßig hohe Anzahl von Menschenleben zu beklagen ist.

Die Schlagzeilen weisen eindeutig darauf hin: „Feuerfalle, die Tragödie von Düs-

seldorf“ - „Großbrand in einer Hamburger Pension.“ - „Brand in Landeslinik: drei Tote“ - „Alptraum Spitalsbrand. 116 Patienten evakuiert“ - „Hotelbrand in Erfurt. 279 Personen evakuiert, 27 verletzt“.

Diese Aufzählung ließ sich beliebig fortsetzen. Aus den Beispielen ergibt sich, daß eine in allen Belangen befriedigende Dimensionierung der für die Evakuierung von Personen erforderlichen konstruktiven Gestaltung notwendig ist und organisatorische Maßnahmen festgelegt werden, die entsprechend den vorliegenden Bedingungen im Gefahrenfall wirksam werden.

Auch die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen verschiedener Länder, Berechnungsunterlagen zu schaffen und Großversuche zur Evakuierung von Personen aus Gebäuden durchzuführen und zu analysieren, lieferten keine wesentlich neuen Erkenntnisse für die Personenbewegungen im Evakuierungsfall. Es werden nur Gesamteindrücke vermittelt, die jedoch keine Reproduzierbarkeit und Detailaussagen mit

Ursachenanalysen erkennen lassen.

Aus der Erkenntnis heraus, daß Untersuchungen von Evakuierungsproblemen in der Praxis stets mit dem Risiko verbunden sind, daß Personen ernsthaft verletzt werden oder versehentlich Paniksituationen mit allen negativen Folgen entstehen können, wurden Modellversuche mit dem Ziel durchgeführt, Evakuierungsvarianten als häufig wiederholbare ermüdungsfreie und statistisch gesicherte Versuchsreihen am Modell zu simulieren.

Detaillierte Aussagen sind in der Fortsetzung dieses Beitrages zu finden. Im Detail wurden dabei untersucht

- die Wahrscheinlichkeit der Behinderung eines zügigen Verlaufes der Personenbewegung durch Stauung und Ausbildung von Bögen vor Öffnungen in Abhängigkeit von der Öffnungsbreite und der Gangbreite, und

- die Gesetzmäßigkeiten der Bewegung bei hohen Dichten und Ableitung von Gestaltungsempfehlungen für Evakuierungswege und deren durch die Versuche erkannten kritischen Stellen.

2. Bemerkungen zum Verhalten von Personen in Gefahrensituationen

Außergewöhnliche Gefahrensituationen für Personen, die sich in Bauwerken aufhalten, sind Brand- und andere Katastrophenfälle.

Aus Brandberichten des In- und Auslandes, aus wissenschaftlichen Untersuchungen

Verfasser:
Dr.-Ing. Klaus Müller
Leiter der
Ausbildungsabteilung
Katastrophenschutz
an der Brandschutz-
und Katastrophenschutz-
schule
(BKS) Heyrothsberge

und Presseberichten ist zu entnehmen, daß Personen in Gefahrensituationen oft hinsichtlich des Verlassens von Gefahrenstellen keine richtigen Entschlüsse fassen bzw. sich oft gegen alle Vernunft verhalten. Diese Handlungen sind geprägt von Anzeichen für ein „panikartiges“ Verhalten.

In der Reihenfolge werden Evakuierungswege ausgewählt nach

- a) Kenntnis des jeweiligen Evakuierungsweges,
- b) Häufigkeit der täglichen Benutzung,
- c) kürzester Entfernung bis zum Evakuierungsausgang,
- d) Wahrnehmung von Rauch als hindernden Faktor.

Experten sind sich einig, daß insbesondere die Breite von Gängen, Fluren, Treppen und Türen einen großen Einfluß auf die Wahl der Evakuierungswege haben. Sie schließen jedoch trotz aller Vorkehrungen „panikartiges“ Verhalten von Personen in Gefahrensituationen nicht aus und definieren die Panik als „...eine unvernünftige Verhaltensweise von Menschen, die plötzlich auftritt, ansteckt und in einer Kettenreaktion abläuft. Sie wird in den meisten Fällen nicht durch wirkliche und als echt erkannte Gefahren ausgelöst, sondern häufig durch imaginäre oder tatsächliche, aber maßlos überschätzte Gefahren.“

CHANDESSAIS/MELINEK/PREDTETSCHENSKI/MILINSKI u.a. sagen dazu aus: „Panik ist ein Phänomen, das in einer Menschenmenge nach einem intensiven Schreck als Flucht in Erscheinung tritt. Panik ist eine Form von nicht situationsentsprechendem Verhalten, das zu Unfällen führen und die Räumung behindern kann.“

Einschränkend muß dazu bemerkt werden, daß nicht jede Situation zur Panik führen muß, jedoch jede Gefahrensituation zwangsläufig eine Bewegung von Personen unter Einfluß dieser Gefahrensituation erzeugt, die als Bewegung unter Gefahrenbedingungen bezeichnet werden kann. Sie unterscheidet sich stark von der normalen Bewegung.

Ebenso wie der Begriff der „Panik“ verschiedenartig interpretiert wird, werden Begriffe zum Evakuierungsprozeß nicht streng definiert.

3. Parameter der Bewegung von Personenströmen

Konstruktive Abmessungen

Evakuierungswege (Gänge, Flure, Treppen, Türen, Durchgänge) werden im wesentlichen charakterisiert durch

- Länge des Evakuierungsweges
- Breite des Evakuierungsweges

- Breite der Engstelle
- Länge der Engstelle (ist meist vernachlässigbar klein)

Maße der Personen

In der Literatur werden Maße der Personen wiedergegeben. Für eine Person aufrechtstehend wird 50 cm Schulterbreite und 30 cm Brustbreite und als Platzbedarf zwischen Wänden 62,5 cm in frontaler und 37,5 cm in seitlicher Ansicht angegeben.

Die Abmessungen der Personen werden von den physischen Werten, dem Alter und der Kleidung bestimmt (z. B. Sommer- oder Winterbekleidung).

Anzahl der Personen

Die Anzahl der sich in einem Bauwerk befindlichen Personen ist ein wichtiges Kriterium bei der Evakuierung. Sie wird bei der Mehrzahl der Bauwerke durch die Nutzung bestimmt, d. h. daß vorhandene Plätze die Personenanzahl festlegen (z. B. Theater, Kino, Zirkus, Kongreßsaal, Sporthalle u.a.).

Die Bestimmung der Personenzahl in anderen Bauwerken mit hoher Menschenkonzentration ist wesentlich schwieriger und hängt weitestgehend vom Nutzungszweck und zum Teil von saisonbedingten Einflüssen ab (z. B. bei Flughäfen). Hier wird die Bestimmung der Per-

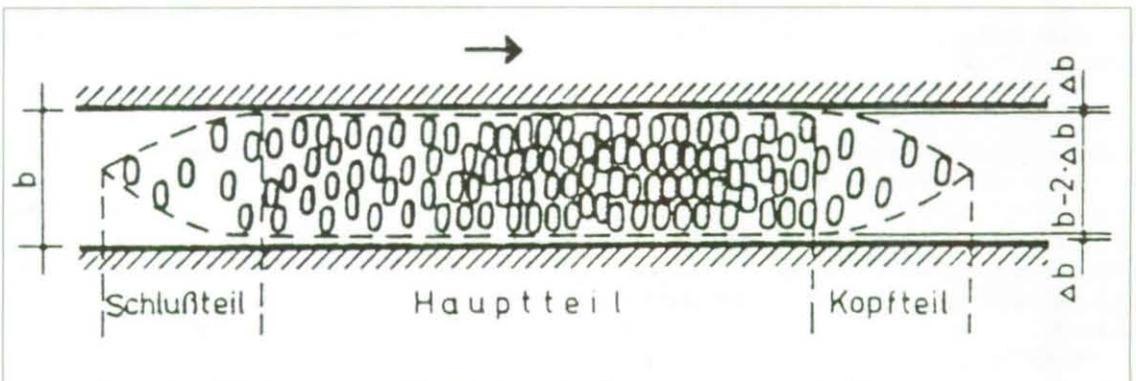


Bild 1: Schema eines Personenstromes.

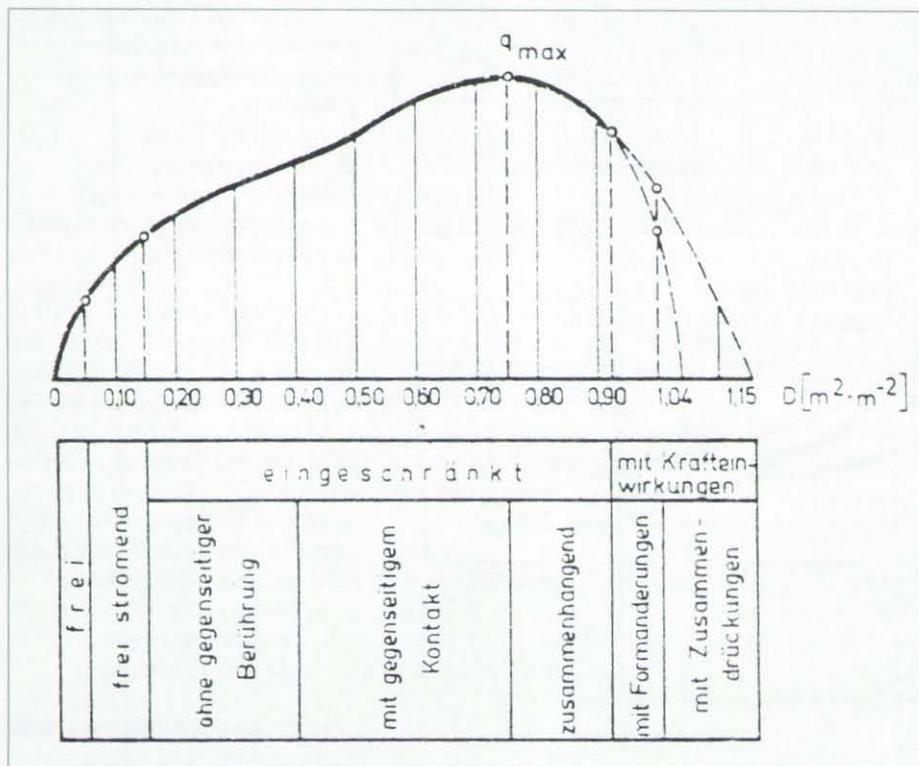


Bild 2: Bereiche für die Bewegungsformen von Personenströmen.

sonenzahl wesentlich komplizierter, was auch für Kaufhäuser, Messehallen und Supermärkte gilt. Diese Bauwerke unterliegen einer ständig

wechselnden Frequentierung. Eigene Untersuchungen in einem Kaufhaus haben ergeben, daß bei einem maximalen Personeneingang von ins-

gesamt 49 600 bzw. 38 900 Personen (an zwei Tagen gezählt) im Kaufhaus sich tatsächlich nur 2 600 Personen bzw. 7 100 Personen zur gleichen Zeit aufhielten.

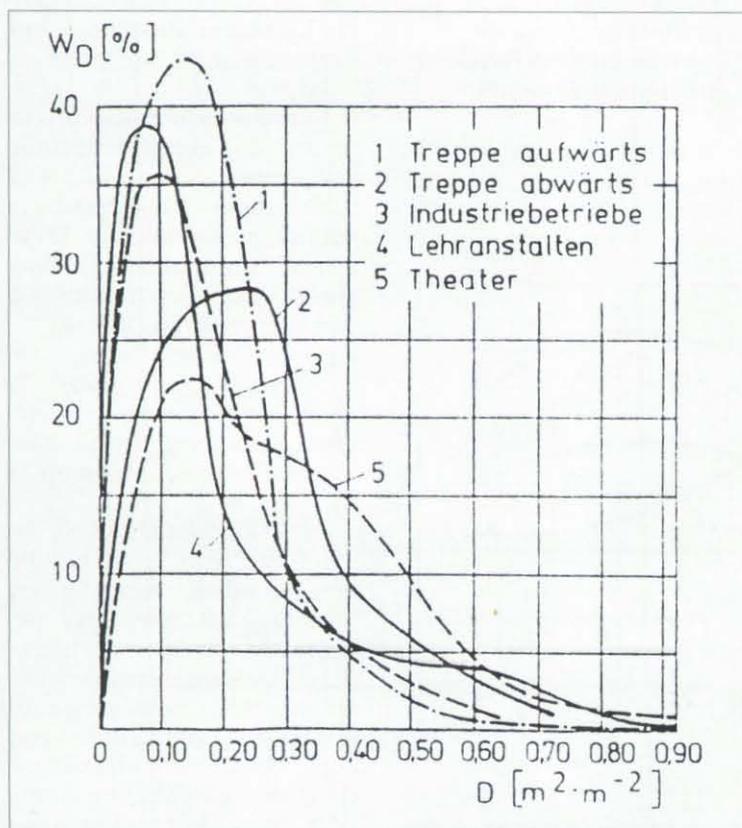


Bild 3: Wahrscheinlichkeit für die Dichte eines Personenstroms in Gebäuden.

Abmessungen des Personenstroms

Durch Personen, die sich in eine gleiche Richtung bewegen, wird ein Strom gebildet, der normalerweise eine gestreckte, zigarrenartige Form aufweist (Bild 1). Kopf- und Schlußteil eines Stromes bestehen aus einer zum Hauptteil vergleichsweise geringen Personenzahl. Daher kann ein Personenstrom ideal als Rechteck betrachtet werden, wobei die Länge des Hauptteiles als Länge des Personenstroms angenommen wird. Seine Breite wird der Wegbreite gleichgesetzt.

Nach BEILICKE ist es unerlässlich, die Behandlung und Auffassung des Evakuierungsvorganges als dynamischen Prozeß zu betrachten. PREDTESCHENSKI/MILINSKI legen Bereiche für die Bewegungsformen fest (Bild 2).

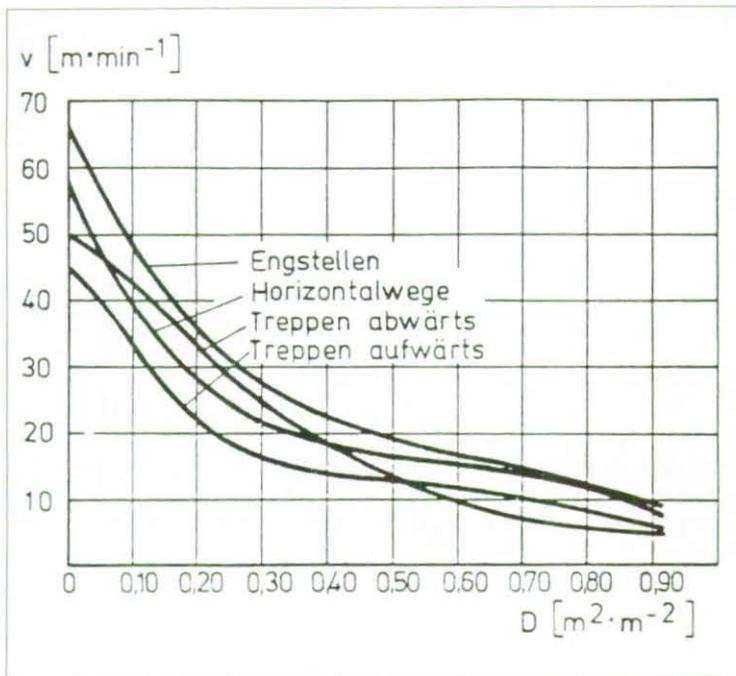


Bild 4: Bewegungsgeschwindigkeiten in Abhängigkeit von der Dichte.

Dichte des Personenstroms

Namhafte Autoren (FISCHER; ROITMAN; BEILICKE u. a.) bezeichnen das Verhältnis aus der Anzahl der Personen im Strom zur Fläche des Kommunikationsweges, die durch den Strom eingenommen wird, als Dichte des Personenstroms.

Danach wird die Personenstromdichte von folgenden Faktoren beeinflusst:

- Gebäudeart
- Funktion des Gebäudes
- geometrische Abmessungen der Verkehrswege
- Art des Weges (horizontale Wege, Weineigungen, Treppen)
- Anzahl der Personen

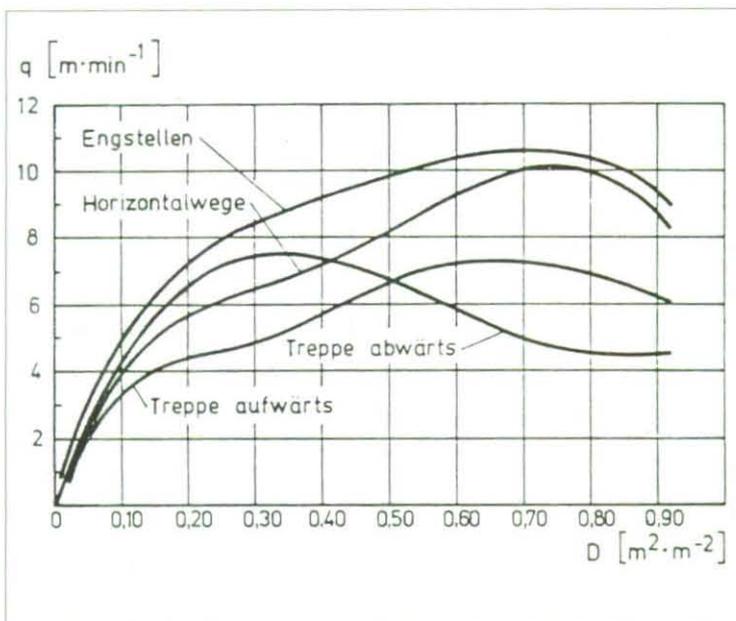


Bild 5: Abhängigkeit der Bewegungsintensität von der Dichte und Wegart bei normalen Bewegungsbedingungen.

- altersmäßige Zusammensetzung der Personen
- Art der Bekleidung der Personen
- physische Daten der Personen
- Personen mit Gepäck
- psychologischer Zustand der Personen

Untersuchungen von PREDTETSCHENSKI/MILINSKI zeigen, daß die Personenstromdichten üblicherweise im Bereich von $0 \dots 0,92 \text{ m}^2 \cdot \text{m}^{-2}$ liegen. Eigene Versuche haben jedoch die Vermutung bestätigt, daß die physisch mögliche Grenze bei maximal $1,04 \text{ m}^2 \cdot \text{m}^{-2}$ liegt (Bild 3).

Bewegungsgeschwindigkeit

Die Bewegungsgeschwindigkeit von Personen bzw. Personenströmen ist eine Grundgröße für die Evakuierungsberechnung, besonders für die Berechnung der Evakuierungszeit. Experten haben untersucht, daß die Bewegungsgeschwindigkeit eine Funktion der Dichte, der Art des Weges und des psychologischen Zustandes der Personen ist.

Kurvenverläufe aus der Literatur und eigene Ermittlungen zeigen, daß die Geschwindigkeit des Personenstroms mit wachsender Dichte stark abnimmt. Bei Bewegungstillständen nimmt sie den Wert Null an (Bild 4).

Durchlaßfähigkeit von Evakuierungswegen und Bewegungsintensität von Personenströmen

Die Durchlaßfähigkeit ist die Anzahl von Personen, die je Zeiteinheit durch einen Wegabschnitt mit einer bestimmten Breite hindurchgeht. Diejenige Größe, die die Kinetik des Bewegungsprozesses unabhängig von der Wegbreite charakterisiert, ist die Bewegungsintensität des Personenstroms (Bild 5).

Die Bewegungsparameter Geschwindigkeit und Intensität lassen sich in Abhängigkeit von der Dichte des Personenstroms und der Art der Evakuierungswege als durchschnittliche Werte für selbstständig gehende Personen darstellen.

PREDTETSCHENSKI/MILINSKI berechnen wie folgt:

Durchlaßfähigkeit (Q)

$$Q = D \cdot v \cdot b \quad (\text{Pers.} \cdot \text{s}^{-1})$$

Es bedeuten:

- Q = Durchlaßfähigkeit eines Verkehrsweges (Pers. · s⁻¹)
- D = Dichte des Personenstromes (Pers. · m⁻²)
- v = Geschwindigkeit des Personenstromes (m · s⁻¹)
- b = Verkehrswegbreite bzw. Breite des Personenstromes (m)

Bewegungsintensität (q)

$$q = D \cdot v \quad (\text{Pers.} \cdot \text{m}^{-1} \cdot \text{s}^{-1})$$

Personenstromdichte (D)

$$D = P / b \cdot l_{\text{Strom}} \quad (\text{Pers.} \cdot \text{m}^{-2})$$

$$D = \sum f / b \cdot l_{\text{Strom}} \quad (\text{m}^2 \cdot \text{m}^2)$$

wobei $\sum f = P \cdot f \quad (\text{m}^2)$

Es bedeuten:

- P = Anzahl der Personen
- f = projizierte Grundrißfläche einer Person (m²)
- $\sum f$ = Summe der projizierten Grundrißflächen aller Personen (m²)
- l = Länge des Personenstromes (m)

Evakuierungszeit und Evakuierungsdauer

Aus den Definitionen bei der Begriffe ist abzuleiten, daß den Begriffen verschiedenartige Deutungen zugeordnet werden. Die Bemessung der Evakuierungszeit (t) erfolgt nach rechnerischen

Grenzzuständen. Es ist zu prüfen, ob

$$t = t_{\text{Gr}} \text{ ist, bzw. } t_{\text{zul}}.$$

In eigener Definition wird unter zulässiger Evakuierungszeit (t_{zul}) die Zeit verstanden, die zum Verlassen einer gefährdeten Zone durch Personen eingehalten werden muß, um Gefahren für das Leben oder die Gesundheit der Personen auszuschließen.

In der Regel ist es die Zeit vom Brandausbruch bis zum Eintreten von Gefahren für Personen durch hohe Brandraumtemperaturen, starke Verqualmung oder Auftreten toxischer Gase. Definiert heißt das:

„Die Evakuierungszeit (t) für Personen aus Räumen und Gebäuden ist die Zeit, die durch Berechnung der Bewegungszeit eines oder mehrerer Personenströme vom entferntesten Aufenthaltsort der Personen bis zu den Evakuierungsausgängen aus Räumen oder Ausgängen aus Gebäuden ermittelt wird. Die Evakuierungsdauer ist die Zeitspanne vom Beginn der Evakuierung von Personen aus einer gefährdeten Zone (Raum, Raumgruppe, Gebäudeteil oder Bauwerk) bis in einen benachbarten, für Personen sicheren Bereich oder unmittelbar ins Freie.“

4. Schlußfolgerungen

Es wäre in Anlehnung an die in jüngster Zeit aufgetretenen Ereignisse (z. B. Brand im Flughafengebäude Düsseldorf) wünschenswert, wenn in den Baunormen gefordert werden könnte, daß für alle Räume und Bauwerke die Bemessung der Evakuierungswege auf der Grundlage der zulässigen Evakuierungszeit (t_{zul}) mathematisch zu erfolgen hat, wenn die Dichte des Personenstromes auf Evakuierungswegen aus Räumen oder Bauwerken 2 Personen · m⁻² überschreitet oder wenn

ein Zusammenfließen von Personenströmen eintritt.

Literaturhinweise:

Müller, K.: Personenbewegungen im Warenhaus. Untersuchungen über Personenströme, Personenstromdichten und Verteilung der Personen im Warenhaus Berlin am Alexanderplatz. Brandschutz / Dt. Feuerwehr-Zeitung / 45 (1991) 7

Müller, K.: Evakuierung, Abschlußbericht IfB 6, TH Magdeburg im Auftrage der Bauakademie Leipzig, 1977

Predtetschenski, W.M.; Milinski, A.J.: Personenströme in Gebäuden - Berechnungsmethoden für die Projektierung, Staatsverlag der DDR, Berlin, 1971

Beilicke, G.: Modelle zur Evakuierung von Gebäuden, Brandschutz, Forschung und Praxis, 4. Fachseminar Braunschweig, 1991

Roitman, M.J.: Die Evakuierung von Menschen aus Bauwerken, Staatsverlag der DDR, 1965

Schneider, V.; Könnecke, R.: Simulation der Personenevakuierung unter Berücksichtigung individueller Einflußfaktoren und der Ausbreitung von Rauch, vfdB 3 / 1996

Feyrer, J.: Evakuierung von Personen, Bevölkerungsschutz 6 / 1991

SOS

Kurs Menschen retten!



..... heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelstiftchen.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)
Postfach 10 63 40, 28063 Bremen
Postbank NI. Hamburg
(BLZ 200 100 20) 70 46-200

Krankenhausevakuierung in Münster

Erkenntnisse und Folgerungen einer Übung des Malteser-Hilfsdienstes

Von Harald Lewin,
Katastrophenschutz-Referent im Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes

Der Malteser-Hilfsdienst führte Ende 1996 die Übung „Krankenhausevakuierung '96“ in Münster durch. Als Situation wurde bei dieser Übung eine Explosion in einem Krankenhaus angenommen.

Übungsvorbereitung

Im Rahmen einer Planbesprechung wurde mit dem Einsatzleiter, den Führungskräften der Feuerwehr, der Polizei und des Rettungsdienstes, den Zug- und Gruppenführern des Malteser-Hilfsdienstes sowie dem leitenden Notarzt die angenommene Übungslage analysiert und ein anzustrebender geordneter Ablauf der Schadenbewältigung erarbeitet.

Diese intensive Vorbereitung hat sich bewährt. Sowohl die ersteintreffenden Kräfte des Rettungsdienstes als auch die nachfolgenden Notärzte und Feuerwehrkräfte bielten sich diszipliniert an den erarbeiteten Ablauf. Dies führte zu einer raschen Rettung der „Verletzten“ und der Einleitung erster Maßnahmen zur Versorgung der „Betroffenen“.

(KatS-)Einsatzgliederungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Bei der Übung wurden erstmals zwei nach dem Konzept der „Einsatzgliederung Nordrhein-Westfalen (NW)“ strukturierte KatS-Formationen eingesetzt. Eine „Einsatzgliederung“ besteht aus einer



Die Malteser-Übung „Krankenhausevakuierung '96“ brachte wichtige Erkenntnisse für den Katastrophenschutz.

Sanitätsgruppe (ein Arzttrupp und zwei Transporttrupps) und einer Betreuungsgruppe (zwei Betreuungstrupps und ein Verpflegungstrupp). Jede Gruppe dieser Einsatzgliederung ist alleine einsetzbar. Im Einsatz können die Gruppen lagegerecht zu einer Einheit zusammengefaßt werden. Für diesen Fall stehen ein Führungstrupp für die Koordination sowie ein Trupp „Technik und Sicherheit“ zur logistischen Unterstützung zur Verfügung.

Für die Bewältigung von Schadenereignissen in Anlehnung an die alltägliche Gefahrenabwehr sind die Möglichkeiten dieses Kon-

zepts gut geeignet. Es beinhaltet sowohl betreuungsdienstliches als auch sanitätsdienstliches Potential und deckt damit inklusive Führung und Logistik die wichtigsten Einsatzfelder ab.

Bei der Übung war eine Einsatzeinheit am Schadenobjekt, die andere am Verbandplatz und an der zu errichtenden Betreuungsstelle eingesetzt.

Mit der Wahrnehmung der Führungsaufgaben waren die beiden Führungstrupps bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gefordert. Bei einem Schadenereignis größeren Ausmaßes, d. h. beim Einsatz

von mehr als einer Einsatzgliederung auf engem Raum, ist es nicht praktikabel, den einzelnen Führungsgruppen Aufgaben aus zwei Fachdiensten zu übertragen. Die erforderlichen Schnittstellen zwischen den Einheiten sind zu vielfältig und zu komplex.

Für künftige Übungen und Einsätze ist als wichtigstes Ergebnis dieser ersten Erprobung festzuhalten:

Bei größeren und unübersichtlichen Schadenlagen ist eine Zusammenfassung der einzelnen Gruppen in fachdienstreine Einheiten eine stets zu erwägende taktische Entscheidung des Einsatzleiters.

Betreuungsdienstliche Erfahrungen

Eine Übung mit gleichgewichteter sanitätsdienstlicher und betreuungsdienstlicher Lage wurde bislang in dieser Form bei den Maltesern noch nicht durchgeführt. Bisherige Betreuungsübungen hatten zumeist eine Evakuierung und/oder die Unterbringung, meist kombiniert mit einem Verpflegungseinsatz, zum Inhalt.

Ein Teil der Helfer und Führungskräfte war aufgrund der Umstrukturierung des Katastrophenschutzes erst seit kurzer Zeit auch im Betreuungsdienst aktiv. Somit fehlte es noch an einer umfassenden theoretischen Ausbildung, besonders aber auch an praktischer Übungserfahrung in diesem Fachdienst.

Im Gegensatz zum sanitätsdienstlichen Einsatz sind vergleichbare Standardabläufe für einen allgemeinen betreuungsdienstlichen Einsatz bislang noch nicht im erforderlichen Ausmaß in der Ausbildung von Helfern und Führungskräften umgesetzt. Der bekannte zivilschutzrelevante betreuungsdienstliche Einsatz in Form der „Auffang-“,

„Durchgangs-“ und „Unterbringungsphase“ war in dieser Übung nur begrenzt anwendbar. Er bedarf einer grundlegenden Anpassung an die heute zu erwartenden Einsatznotwendigkeiten.

Die Unterstellung der beiden Betreuungsgruppen unter zwei verschiedene Führungsgruppen erschwerte einen koordinierten Einsatz und die Bildung eines betreuungsdienstlichen Schwerpunktes.

Der Einsatz des Betreuungsdienstes stellt eine wesentliche Entlastung des Rettungsdienstes dar. Auch bei „mittelgroßen“ Einsätzen sollte daher frühzeitig an eine Alarmierung des Betreuungsdienstes gedacht werden, um auch hier die Motivation und die Qualifikation der Helfer und Führungskräfte zu steigern.

Fazit

Neben den erhöhten Qualitätsanforderungen erzwingt die neue, auf kleinere Teilein-

heiten aufbauende Gliederung der KatS-Kräfte Änderungen in Ausbildung und Einsatztaktik. Wie aus den verschiedenen Komponenten im Einsatz gemeinsam organisatorisch und materiell anspruchsvolle Strukturen aufgebaut werden können, bedarf zudem noch weiterer Analysen und eingehender Erprobungen unter möglichst einsatznahen Bedingungen.

Diese Erprobung ist eines der Ziele, die eine zur Zeit in Erarbeitung befindliche Lehrvorführung des Malteser-Hilfsdienstes in Nordrhein-Westfalen verfolgt. Sie soll den beteiligten Kräften und Beobachtern verdeutlichen, in welcher Arbeitsteilung die verschiedenen im Rahmen der Schadenbewältigung zu erledigenden Aufgaben effizient erfüllt werden können.

ERSTE HILFE

Können Sie sich vorstellen, wie es ist, an einen Unfallort zu kommen? Und dann nicht

richtig helfen zu können Denken Sie mal darüber nach. Erste-Hilfe-Kurse gibt es bei uns.

Wir sagen Ihnen wann.



**Malteser
Hilfsdienst**

Generalsekretariat · Kalker Hauptstr. 22-24 · 51103 Köln
Telefon (02 21) 98 22-01 · Fax (02 21) 98 22-399

Ausbildung auf Rädern

Landesfeuerweherschule Brandenburg geht neue Wege beim Atemschutz

Von Paul Claes



Not macht erfinderisch, sagt das Sprichwort. Daß aber auch knappe Kassen den Erfindungsreichtum beflügeln können, stellte jüngst die Landesfeuerweherschule Brandenburg unter Beweis. Im Bestreben, auch bei stagnierendem Ausbau der Schule eine vollständige Ausbildung anbieten zu können, ließen sich die Verantwortlichen in Eisenhüttenstadt etwas einfallen: Sie konzipierten kurzfristig eine Atemschutz-Übungsanlage der besonderen Art - eingebaut in einen Abrollbehälter.

Im Berliner Hersteller Auer fand man den Partner, der mit über zwanzig Jahren Erfahrung im Bau von Atemschutz-Übungsanlagen über das nötige know-how verfügte, um dieses erstmalig in Deutschland geplante Projekt zu realisieren. Nur acht Monate ver-

gingen von der Planung bis zur Fertigstellung der Anlage. Die Beschaffungskosten beliefen sich auf etwa 200 000,- DM und lagen damit weit unter den Kosten einer stationären Übungsanlage.

Eine vollwertige Anlage

Der erste Eindruck bei der Vorstellung der neuen Anlage belegt: Hier handelt es sich keinesfalls um eine Behelfskonstruktion, sondern um ei-

Oben:
Kompakt und mobil:
Die neue Atemschutz-Übungsanlage.

Rechts:
Die geöffnete Rückwand erlaubt einen Blick ins Innere des Containers.



ne vollwertige Anlage, die keinen Vergleich mit einer stationären Version zu scheuen braucht. Zwar werden die Normforderungen nach DIN 14093 nicht in allen Punkten eingehalten, doch erfüllt die Anlage ihren Zweck völlig.

Die Übenden betreten den Container durch eine Klappe im vorderen rechten Bereich. Die zweigeschossig angeordneten, 87 Zentimeter hohen und 70 Zentimeter breiten Kriechgänge sind mit Hindernissen versehen. Hier ist eine Strecke von insgesamt 23 Metern zurückzulegen, bevor der Ausgang auf der linken Seite erreicht wird. Der Innenraum des Containers hat eine Länge von 5,48, eine Breite von 2,34 und eine Höhe von 2,00 Meter.

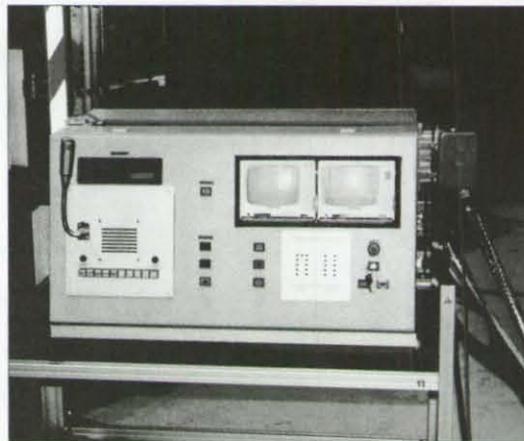
Die Anordnung der Kriechgänge und Hindernisse ist variabel, so daß es jederzeit möglich ist, einen anderen Weg festzulegen. Der Raum läßt sich völlig abdunkeln und aufheizen. Über eine Nebelmaschine kann die Sicht erschwert werden. Daneben können verschiedene Geräusche per Tonband eingespielt werden. Die bei stationären Anlagen üblichen Sicherheitseinrichtungen fehlen auch hier nicht. Trittkontaktplatten und Infrarotkameras ermöglichen eine ständige Kontrolle der übenden Personen.

Optische und akustische Überwachung

Die Überwachung erfolgt außerhalb der Übungsstrecke über eine Steuereinheit. An den beiden Monitoren läßt sich das Geschehen im Innern des Containers verfolgen, darüber hinaus kann per Gegensprechanlage Kontakt zu den Übenden aufgenommen werden.

Falls erforderlich, kann der Container über Türen in der Rückwand und an beiden Seiten problemlos betreten oder verlassen werden. Darüber hinaus kann die gesamte Rückwand per Gasdruckhe-

Über die Steuereinheit können die Vorgänge im Innern des Containers überwacht werden.



An den mitgeführten Fahrradergometern läßt sich die Belastbarkeit der Übungsteilnehmer feststellen.



ber nach oben geklappt werden.

Die mit Rollen versehene Steuereinheit wird beim Transport der Anlage im Mittelgang untergebracht. Dort finden noch zwei weitere fahrbare Transportbehälter Platz. In dem einen befinden sich zwei Fahrradergometer, im zweiten wird eine Übungspuppe für Rettungsübungen mitgeführt.

„Optimale Bedingungen zum Üben“

Brandoberrat Reinhard Seebröcker, als stellvertretender Leiter der Landesfeuerweherschule maßgeblich an der Konzeption der neuen Anlage beteiligt, betonte bei der Indienststellung: „Mit der Anlage lassen sich psychische und physische Belastungen schaffen, die annähernd denen im Einsatz gleichen. Der Atemschutzgeräteträger findet hier sichere, optimale Bedingungen zum Üben - ohne

den tatsächlichen Gefahren des Einsatzes ausgesetzt zu werden. So ist es möglich, ihn an seine Belastungsgrenze heranzuführen und ihm sein Leistungsvermögen zu verdeutlichen.“

Seebröcker wies besonders auf die universelle Einsetzbarkeit der Anlage hin. So läßt sie sich nicht nur für die Ausbildung an der Schule einsetzen, sondern kann auch für die Fortbildung von Atemschutzgeräteträgern und ar-



Brandoberrat Reinhard Seebröcker war maßgeblich an der Konzeption der neuen Anlage beteiligt.



Mit der Übungspuppe lassen sich realistische Rettungsübungen durchführen.

Rechts:
Geschafft!
Nach Absolvierung
der Strecke
ist der Trupp
am Ausstieg
angekommen.

Unten:
Eine starke
Kombination:
Der Abrollbehälter
Atemschutz/
Strahlenschutz
und die neue
Atemschutz-
Übungsanlage.

(Fotos: Claes [4],
Auer [4])



beitsmedizinische Vorsorge-
untersuchungen bei den Feuer-
wehren genutzt werden.
Mit zwei Lehrkräften der
Schule besetzt und durch den
Abrollbehälter „Atemschutz/
Strahlenschutz“ ergänzt, läßt
sich so eine Atemschutzüber-
prüfung überall im Land
durchführen.

Geräte sind dabei

Unübersehbarer Vorteil
der Kombination der beiden
Abrollbehälter ist, daß keine
Geräte der örtlichen Feuer-
wehr benutzt werden müs-
sen und deren Einsatzberei-
tschaft somit nicht angetastet
wird. Ergänzend sind vor Ort
auch weitere praxisorien-
tierte Ausbildungsabschnitte
wie das Besteigen einer Dreh-
leiter unter Atemschutz oder
Einsatzübungen in vernebel-
ten Räumen der Feuerwache
denkbar.

Und wenn der Ausbau der
Schule weitergehen sollte
und eine stationäre Anlage
ins Auge gefaßt wird? Auch
daran hat Seebroker gedacht:
„Dann bieten sich zwei Mög-
lichkeiten. Zum einen ist die
Anlage so konzipiert, daß sie
ausgebaut werden kann und
in eine stationäre integrierbar
ist. Zum anderen bietet sich
die Möglichkeit, sie den Krei-

sen für Atemschutzübungen
zur Verfügung zu stellen.“

Die neue Atemschutz-
Übungsanlage wird somit
noch lange Zeit von Nutzen
sein. In Eisenhüttenstadt hat
sich gezeigt, daß es lohnt, die

Mark zweimal umzudrehen
und Beschaffungen mehr als
einmal zu überdenken. Der
Erfolg kann sich sehen lassen.

Um Sie zu bestehlen, machen Trickdiebe auch
„Hausbesuche“.

**Wer Blumen sprechen läßt,
ist nicht immer
ein Rosenkavalier...**

Lassen Sie grundsätzlich keine Fremden in Ihre
Wohnung!



Wir wollen, daß Sie sicher leben. Ihre Polizei.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Zelt schützt Retter

Im Gegensatz zu herkömmlichen Zelten benötigt ein neues Universalzelt kein Gestänge. Es paßt in jeden Rettungswagen und kann von zwei Personen getragen werden. Je nach Version ist es in nur 160 bzw. 180 Sekunden aufzublasen. Hierzu genügt eine 200- oder 300-bar-Druckluftflasche. In aufgeblasenem Zustand ist das Zelt außen 370 x 350 x 250 bzw. 480 x 350 x 248 cm groß.



Hergestellt sind die Universalzelte aus dem reißfesten Material, das sich seit Jahren bei Hebekissen bewährt hat. Nur 1518 bzw. 1950 l Druckluft reichen aus, um das Zelt zu füllen. Ein Sicherheitsventil gewährleistet, daß der Betriebsdruck 0,5 bar nicht überschreiten kann. Mit Klettverschlüssen jeweils um eine Einheit verlängerbar, kann so eine größere Zeltanlage errichtet werden.

Manfred Vetter GmbH & Comp.
Blatzheimer Straße 10-12, 53909 Zülpich
Telefon 0 22 52 / 30 08 50
Telefax 0 22 52 / 30 08 70

Spitzenleistung durch modernste Technik

Die neue Tragkraftspritze „TS 8/8 Ultra Power“ bietet eine große Leistungsreserve für den Einsatz. Bei 3 m geo-



dätischer Saughöhe und 8 bar erreicht sie 1800 l/min; bei 6 bar werden 1950 l/min gefördert. Bei freiem Auslauf und 1,5 m geodätischer Saughöhe wird beim Lenzen eine Leistung von 2150 l/min erreicht.

Zu den weiteren Vorteilen, die der Feuerwehrmann zu schätzen weiß, zählen der leistungsstarke, wassergekühlte Vierzylinder-4-Takt-Benzinmotor in Leichtbauweise aus dem VW-Polo und die einstufige Feuerlöschkreiselpumpe mit der Entlüftungs- vorrichtung „Trokomat Plus“.

Albert Ziegler
Postfach 1680, 89531 Giengen/Brenz
Telefon 0 73 22 / 951 - 0
Telefax 0 73 22 / 951 - 211

Schneller als Sandsäcke

Hochwasser ist eine seit Urzeiten gefürchtete Gefahr. Mit dem neu entwickelten „Quick Damm“-System können Leben und Sachgüter gerettet werden. Das System ist denkbar einfach. Ohne Schrauben und Werkzeug wird in Minutenschnelle ein



robustes Gestell aus verzinkten Stahlrohren montiert. Das Gestell wird mit einer Hülle aus dehnungsfähigem Vlies oder wahlweise aus reißfestem, wasserdichtem Polyestergerewebe umgeben. Die flexible Konstruktion paßt sich unterschiedlichsten Untergrundgegebenheiten an und kann auch in Bögen verlegt werden. Die Hülle läßt sich mit örtlich vorhandenem Sand, Kies, Erde, Fels, Schlacke o.ä. füllen.

Noch einfacher ist die Füllung der Variante mit wasserdichtester Hülle. Wasser wird einfach reingepumpt, so daß Wasser das Hochwasser zurückhält. Je nach Ausführung erreicht der Schutzdamm eine Höhe von 0,5 m, 1 m oder 2 m.

Bieber, 35331 Gießen
Telefon 0 64 44 / 88 22
Telefax 0 64 44 / 88 99

Mobile Lautsprecher- und Sirenenanlage

Die Hörmann-Mobela 150 ist eine individuell einsetzbare mobile Lautsprecheranlage für den Betrieb in Pkw und Kleintransportern. Sie besteht aus einem kompakten, leicht bedienbaren Steuergerät und einem rundum abstrahlenden Spezial-Kugellautsprechersystem. Die Inbetriebsetzung erfordert keinerlei Montageaufwand und kann innerhalb kürzester Zeit durch eine Person erfolgen.

Das Steuergerät beinhaltet einen 150-W-Leistungsverstärker, einen digitalen Signal-speicher mit vier verschiedenen Sirensignalen, vier freiesprechbare Textspeicherplätze, einen Kartenleser für zusätzliche Textspeicherkarten, einen AUX-Anschluß für



externe Geräte (Radio/Cassette/Funksprechgerät etc.), sowie ein Kommandomikrofon zur Textaufzeichnung und für Direktdurchsagen. Ein interner Kontroll-Lautsprecher ermöglicht das Abhören unabhängig vom Betrieb des Außenlautsprechers. Die Stromversorgung wird über den Zigarettenanzünder oder eine Norm-Bordsteckdose zugeführt.

Der Kugellautsprecher ist mit einem Hochleistungs-Druckkammersystem ausgestattet, das einen Schalldruck bis zu 120 dB/1m entwickelt. Die Schallverteilung wirkt über einen Reflektor 360° horizontal und 270° vertikal gleichmäßig nach allen Seiten und nach oben. Eine TÜV-geprüfte Haftmagnetplatte gewährleistet einen sicheren Halt auf dem Fahrzeugdach und erlaubt eine schnelle, montagefreie Positionierung. Optional ist der Kugellautsprecher mit einer integrierten Doppelblitz-Kennleuchte (DIN 14620 gelb/blau) lieferbar.

Hörmann GmbH
Hauptstraße 45-47, 85614 Kirchseeon
Telefon 0 80 91 / 52 - 0
Telefax 0 80 91 / 52 - 12 75

Mobile Energie

Sechs neue Stromerzeuger der Modellreihe „Profiline“ mit elf Ausstattungsvarianten stellt Bosch vor. Alle Geräte haben leistungstarke Synchrongeneratoren, um genügend Reserve für den Anlauf induktiver Verbraucher und eine lange Lebensdauer zu

bieten. Angetrieben werden die neuen Stromerzeuger von lauffähigen OHV-Benzinmotoren oder robusten Dieselmotoren.

Die Benzin-Modelle leisten 3,5 und 5 kW im Wechselstrombereich. Mehr Leistung bieten die dieselgetriebenen Synchron-Dreh-/Wechselstromgeneratoren mit 5,2, 7, 7,4 und 8,5 kVA. Sie sind mit einer Dreiphasen-Compoundregelung ausgestattet. Deshalb eignen sie sich besonders für induktive Verbraucher mit hohen Anlaufströmen wie Pumpen, Sägen oder Trennschleifer.



Robert Bosch GmbH
Postfach 10 60 50, 70049 Stuttgart
Telefon 07 11 / 811 - 62 85
Telefax 07 11 / 811 - 76 12

BioRadar findet Überlebende

Das BioRadar 402 ist ein Gerätesystem zur Detektion und Auswertung von geringfügigen Bewegungen, wie z. B. der Herzschlag eines Menschen oder das Heben und Senken des Brustkorbs bei der Atmung. Eine Hauptanwendung dieser Technologie ist das Aufspüren von Überlebenden nach Katastrophen, aber auch die Suche nach Personen bei der Gebäudesicherung.



Dadurch, daß das Radarteil mit einer HF-Leistung von weniger als 4 mW auskommt, gilt das Gerät nicht als Sender, ist somit nicht zulassungspflichtig und völlig ungefährlich. Trotzdem können Bewegungen durch mehrere Steinmauern hindurch mit einer Detektionstiefe von 6 bis 10 m mit der Standardantenne detektiert werden. Für spezielle Anwendungsgebiete können mit Spezialantennen noch bessere Ergebnisse erzielt werden.

Das Gerät wird inklusive Auswertungs-Software komplett in einem Pilotenkoffer geliefert und ist mit einem Gesamtgewicht von 16 kg gut transportierbar.

Auergesellschaft GmbH
Postfach 620, 12006 Berlin
Telefon 0 30 / 68 86 - 0
Telefax 0 30 / 68 86 - 1517

Vom Odenwald nach Singapur

Die Odenwald-Werke haben für die Feuerwehr Singapur ein Spür- und Einsatzfahrzeug entwickelt, das in dieser Form weltweit einmalig ist. Mit dem Fahrzeug kann beim Austritt von Schadstoffen über einen Spürcomputer analysiert werden, welche Art von Gefahren für Mensch und Umwelt bestehen. Über einen ausfahrbaren 5-m-Mast, an dessen Spitze eine Wetterstation installiert ist, werden Daten über Windgeschwindigkeit, Luftfeuchtigkeit und Temperatur an einen zweiten Computer übermittelt, in dem das gesamte Straßen- und Hochhausnetz des Stadtstaates Singapur gespeichert ist. Dadurch läßt sich in Sekundenschnelle ermitteln, welche Straßen und Stadtteile gefährdet sind.

Durch eine ABC-sichere Klimaanlage kann die Besatzung in dem voll abgedichteten Fahrzeug gefahrlos arbeiten. Durch ein Überdrucksystem



stem im Fahrzeug wird verhindert, daß Schadstoffe in das Fahrzeuginnere eindringen können.

Odenwald-Werke GmbH
74834 Eltztal-Rittersbach
Telefon 0 62 93 / 73 - 1
Telefax 0 62 93 / 7 32 19

Cliparts auf CD-Rom

Jetzt gibt es eine Clipart-Sammlung speziell zum Thema Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienste. „Bilder aus dem Blaulichtmilieu“ nennt sich die CD-Rom mit 122 Comic-Zeichnungen. Die Cliparts liegen als Strichzeichnungen, Grauton- und Farbbilder in den Formaten PCX, GIF, CMX und EPS vor und sind damit für jedes Text- oder Grafikprogramm und jeden Drucker geeignet.

Versandhaus des Deutschen
Feuerwehrverbandes GmbH
Koblenzer Straße 135, 53177 Bonn
Telefon 02 28 / 9 53 50 - 0
Telefax 02 28 / 9 53 50 90

HLW-Trainings- konzept

Mit „Actar 911“ stellt sich ein effizientes und unkompliziertes Trainingskonzept für die Breitenausbildung in der Herz-Lungen-Wiederbelebung dar. Jeder Lehrgangsteilnehmer erhält dabei eine eigene HLW-Puppe. Dadurch läßt sich die Unterrichtszeit intensiver nutzen und die Motivation der Teilnehmer wird ge-

steigert. Da keine gemeinsame Übungspuppe benutzt wird, entfällt der jeweilige Desinfektionsaufwand.

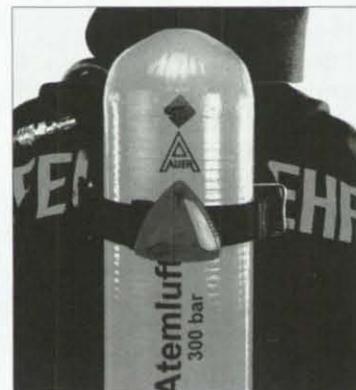
Die Puppen sind mit allen für die Ausbildung wichtigen anatomischen Merkmalen ausgestattet. Durch die verstellbare Lungengröße kann sowohl Erwachsenen-HLW als auch Kinder-HLW geübt werden.



Pfützner Rettungsausrüstung GmbH
Lärchenstraße 48
65933 Frankfurt
Telefon 0 69 / 38 12 39
Telefax 0 69 / 38 10 19

Signalgerät macht gut erkennbar

Der „Lightman“ ist eine kleine, robuste Blitzleuchte mit großer Wirkung, die pro Minute ca. 80 Lichtblitze aussendet. Diese sind bei guter Sicht aus bis zu fünf Kilometern Entfernung zu sehen. Durch seine besonders starke Blitzintensität ist das Gerät aber gerade für den Einsatz



bei schlechten Sichtbedingungen geeignet und somit prädestiniert für die Anwendung bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen. Daneben kann es auch Wanderern, Bergsteigern und Skifahrern im Notfall eine Hilfe sein.

Der „Lightman“ zeichnet sich durch simple Bedienung und vielfältige Anwendungsmöglichkeiten aus. Die grellrote Farbe und die Beschaffenheit des Deckels ermöglichen die gute Lokalisierung der Signalquelle.

Das batteriebetriebene Gerät läßt sich auf vier verschiedene Weisen anbringen. So kann es beispielsweise leicht am Flaschenhalteband eines Preßluftatmers befestigt werden.

Auergesellschaft GmbH
Postfach 620, 12006 Berlin
Telefon 0 30 / 68 86 - 0
Telefax 0 30 / 68 86 - 1517

Aktuelle Telefon-CD

So viele Einträge gab es noch nie auf einer deutschen Telefon-CD: „KlickTel '98“ enthält über vierzig Millionen alphabetisch sortiert, davon allein über sechs Millionen Branchen- und Berufseinträge sowie über eine Million Telefaxnummern und über 500 000 Mobilfunknummern. Bei über 100 000 international bekannten Vornamen ist die Angabe zum Geschlecht enthalten.

Die CD stellt eine Vielzahl verschiedener Such- und Datenselektionen zur Verfügung und auch die Suche eines Teilnehmers über die Rufnummer fehlt nicht. Einträge können bundesweit nach Berufs- oder Firmenbezeichnungen gesucht werden. Ebenfalls hilfreich ist die bundesweite Suche nach Namen mit der Gesamtnamensliste.

KlickSoft Medien Vertrieb GmbH
Fuchsegg 1, 87567 Riezleren
Telefon 01 30 / 71 02

Innovationen aus Lübeck

Mit dem DrägerMan PSS 500 (Persönliches Schutz-System) stellt die Dräger Sicherheitstechnik GmbH, Lübeck, einen neuen System-Preßluftatmer vor.

Der Atemluftvorrat (etwa 1.800 Liter, 300 bar) verteilt sich auf drei sternförmig angeordnete Kugelbehälter aus Kohlefaser-Verbundwerkstoffen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Zylinderflaschen rückt so der Massenschwerpunkt des Kugelpaketes näher an den Körperschwerpunkt. Das patentierte Quick-Lock-Ventil läßt sich mit einer 90-Grad-Drehung schnell öff-



Oben: Der neue Preßluftatmer verspricht eine Optimierung der Gewichtsverteilung.

Unten: Der Blick ins Innere verdeutlicht das Konzept der Neukonstruktion.



nen, eine Schutzarretierung verhindert unbeabsichtigtes Schließen. Die Schnellverbindung Quick-Connect sorgt für einen (Kugel-)Flaschenwechsel in Sekundenschnelle.

Das neuentwickelte Tragesystem besteht aus einer orthopädisch geformten Trageschale und einem patentierten Leibgurt, der drehbar und gleitend gelagert ist. Diese neue Bänderung bietet eine hohe Bewegungsfreiheit: das Kugelpaket macht jede Bewegung mit, Schale und Gurt bleiben aber fixiert. So sorgt die neue Bänderung für Einsatzkomfort und schnelles An- und Ablegen des Preßluftatmers.

Moderner Schutzengel für Atemschutzgeräteträger

Mit dem DrägerMan Bodyguard wurde eine elektronische Signal- und Warn-einheit für Preßluftatmer entwickelt, die sowohl in die neuen PSS 500 als auch in die Generation PA 90 plus integriert werden kann. Bodyguard bietet eine Fülle von bisher separaten Warn- und Signaleinrichtungen in einem Gerät. Ein beleuchtbares Display und übersichtlich angeordnete Piktogramme garantieren schnelle und eindeutige Information.

Bodyguard liefert u. a. folgende Informationen, wobei Warnungen akustisch und optisch erfolgen:

- Flaschendruck (analog und digital),
- Umgebungstemperatur,
- Restgebrauchszeit in Abhängigkeit von der körperlichen Belastung. Diese Information wird ständig aktualisiert auf der Basis des bisher



Der Bodyguard bietet eine Fülle von Warn- und Signaleinrichtungen in einem Gerät.

belastungsabhängigen Luftverbrauchs.

○ Warnsignale (akustisch und optisch) bei 50 Prozent und permanent ab 55 bar Flaschendruck,

○ Totmann-Alarm - automatisch akustischer Alarm, wenn der Benutzer zu lange bewegungslos bleibt,

○ Notalarm - jederzeit per Knopfdruck auszulösen.

Bodyguard wird mit einem Funktionsschlüssel aktiviert und beginnt seinen Einsatz mit einem automatischen Selbsttest. In kritischen Situationen ertönt ein akustisches Signal und die Displaybeleuchtung schaltet sich ein (manuell per Knopfdruck jederzeit). Ein manueller Notruf kann jederzeit durch Knopfdruck ausgelöst werden, ein Positionslight leuchtet permanent auf.

Bodyguard wiegt 600 Gramm und besitzt ein Gehäuse aus glasfaserverstärktem Kunststoff, einen Datenspeicher und ist geschützt. Das Gerät läßt sich durch eigenes Wartungspersonal über Infrarot-Schnittstelle oder PC auf die anwenderbezogenen Einsatzbedingungen programmieren.

Drägerwerk AG
23542 Lübeck
Telefon (04 51) 8 82-21 85
Telefax (04 51) 8 82-31 22

Akademie bietet zusätzliche Qualifikation

Seminar für Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz

Im Rahmen der Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes wurde auch die Ausbildung für Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz modifiziert. Diese Ärzte sollen auf Bundesebene für ihre Zivilschutzaufgaben zusätzlich qualifiziert werden. Hierzu sind theoretische Kenntnisse und praktische Fähigkeiten aus den Bereichen Katastrophenmedizin, Führung, Einsatztaktik, Gesundheitswesen und Rechtskunde zu vermitteln, die für die angemessene Versorgung von Verletzten und Erkrankten unter extremen Bedingungen von grundlegender Bedeutung sind. Die Ausbildung erfolgt an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im Bundesamt für Zivilschutz (BZS).

Der neuen Ausbildungskonzeption liegen Ergebnisse eines Workshops Katastrophenmedizin zugrunde, der im Mai 1997 von der AkNZ mit Unterstützung der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Allgemeine Chirurgische Abteilung, Arbeitskreis Katastrophenmedizin, und unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. med. D. Domres durchgeführt wurde. Daneben sind die internationalen Standards des „Curriculum for education and training in disaster medicine“ der „International Society of Disaster Medicine (ISDM)“ Basis des Seminars.

Zielgruppe, Aufgaben und Qualifikationsbedarf

Nach dem Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes vom 25. März 1997 (vgl. Artikel 1, Zivilschutzgesetz, § 4)

obliegt dem BZS u.a. die Ausbildung von Führungskräften im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben. Zu diesen Führungskräften gehören auch Ärzte.

Zur Zielgruppe Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz zählen:

1. Ärzte in den nach Landesrecht im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen,
2. Notärzte im Rettungsdienst,
3. Leitende Notärzte,
4. Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen.

Die Mindestvoraussetzung zur Teilnahme ist die Approbation als Arzt.

Die Aufgaben des Arztes im Zivil- und Katastrophenschutz konzentrieren sich auf medizinische Katastrophenhilfe, um möglichst vielen Verletzten und Erkrankten ein Überleben zu sichern und Folgeschäden auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Zusätzliche Aufgaben sind Leitung, Koordination und Kontrolle der medizinisch-organisatorischen Maßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen an der Gefahrenabwehr Beteiligten. Hierzu sind Kenntnisse und Fähigkeiten u.a. aus dem Bereich der Katastrophenmedizin notwendig.

Katastrophenmedizin ist laut dem von den Vereinten Nationen anerkannten „Dictionary of Disaster Medicine and International Relief“ (Hrsg. i.S. W. A. Gunn, B. Domres, E. R. Steiner, SK Verlag, Edewecht, 1996) folgendermaßen definiert: „Theorie (Studium) und Praxis (gemeinsame Handlungen) verschiedener medizinischer

Disziplinen, z. B. Pädiatrie, Epidemiologie, Infektionskrankheiten, Sozialmedizin, Gemeindepflege, internationales Gesundheitswesen, zur medizinischen Sofortreaktion bei Katastrophen und zur Vorbeugung (Verhütung) und Rehabilitation gesundheitlicher Probleme (Folgen), die bei Katastrophen auftreten, in Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen, die am Katastrophenmanagement beteiligt sind.“

Der Qualifikationsbedarf für Ärzte, die Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz wahrnehmen, leitet sich aus dem Unterschied zu den in der Notfallmedizin wahrzunehmenden Aufgaben ab.

Die Aufgaben des Arztes im Zivil- und Katastrophenschutz (Katastrophenmedizin) unterscheiden sich von denen des Arztes in der Notfallmedizin wie folgt:

Der Arzt in der Notfallmedizin verfügt für seine Aufgaben über eine spezifische notfallmedizinische Aus- und Fortbildung sowie über praktische Erfahrungen. Er muß durch seine unmittelbare berufliche Tätigkeit oder seinen Einsatz im Rettungsdienst im engsten Kontakt mit der Entwicklung der Notfallmedizin bleiben.

Der Arzt im Zivil- und Katastrophenschutz muß kurzfristig alle notwendigen und angesichts der Situation möglichen Notfallmaßnahmen zur Bekämpfung und Beseitigung von Gesundheitsschäden ergreifen, die durch ein Katastrophenereignis hervorgerufen oder verstärkt worden sind.

Die medizinische Katastrophenhilfe erfordert medizi-

nisch-organisatorisches Verständnis, die Zusammenarbeit mit anderen Aufgabenbereichen, die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl nichtärztlicher Helfer, die Bewältigung eines Massenanfalls an Hilfebedürftigen, die Berücksichtigung von Materialknappheit, Zeit, Entfernung und häufig widrigen Umständen. Die Qualifikation für Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz muß sich also an den über die Notfallmedizin hinausgehenden Anforderungen orientieren.

Ziel und Inhalte des Seminars sind in der Lernziel- und Themenübersicht dargestellt. Die Ausbildung berücksichtigt die internationalen Standards des Curriculums „Education and training in disaster medicine“ der International Society of Disaster Medicine (ISDM), 1992.

Lehr- und Lernmethodik

Das Seminar wird unter Berücksichtigung erwachsenpädagogischer Erkenntnisse durchgeführt. Die Methodenwahl orientiert sich an den in der jeweiligen Lernphase anzustrebenden Zielen, so daß Vorträge, Diskussionen, Gruppenarbeiten, Fallbesprechungen und Übungen gleichermaßen zum Einsatz kommen. Theorie und Praxis werden von fachlich und lernmethodisch qualifizierten Referenten vermittelt.

Organisatorische Hinweise

Das Seminar wird von der AkNZ im BZS durchgeführt. Es kann sowohl in einem 5tägigen Seminarblock als auch zu zwei verschiedenen Zeitpunkten als jeweils 2- bzw. 3tägiges Teilseminar besucht werden. Die Teilseminare sind als aufeinander aufbauend anzusehen (Teil 1: 2tägig, Teil 2: 3tägig) und sollen innerhalb eines Jahres besucht werden. Den Seminarteilnehmern werden unentgeltliche Verpflegung und

Blockseminar „Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz“

Teilnehmer

Ärzte, die als Führungskräfte im Katastrophenschutz Aufgaben wahrnehmen

Teilnahme-Voraussetzung

Approbation als Arzt

Seminarziel

Der Teilnehmer soll aufbauend auf seinen bisher erworbenen Kenntnissen in der Notfallmedizin Grundlagen der medizinischen Katastrophenhilfe kennen sowie fähig und willens sein, seine medizinischen Aufgaben und Führungsaufgaben auch unter Berücksichtigung zivilschutzrelevanter Aspekte verantwortlich wahrzunehmen.

Themenübersicht

- Rechtliche Grundlagen des Zivil- und Katastrophenschutzes
- Genfer Abkommen/Zusatzprotokolle
- Führungsorganisation/Führungsmittel/Führungsvorgang
- Zusammenarbeit mit anderen in der Gefahrenabwehr Beteiligten
- Einsatzleitung, Koordination und Kooperation im Schadengebiet
- Einsatztaktik, Kooperation zwischen Rettungsdienst und Katastrophenschutz auch in besonderen Lagen
- Aufbau- und ablauforganisatorische Maßnahmen beim Massenanfall von Verletzten/Erkrankten
- Sichtung in Theorie und Praxis
- Medizinische Versorgung bei Kontaminationen
- Seuchen und Seuchenbekämpfung
- Arznei- und Sanitätsmittelbevorratung
- Krankenhausalarmierung
- Umgang mit psychischen Belastungen in Extremsituationen

Unterkunft bereitgestellt und die Reisekosten nach Art und Umfang nach den Regeln des Bundesreisekostenrechts erstattet. Zum Ende des Seminars wird eine Teilnahmebescheinigung ausgestellt.

Das Blockseminar und die beiden Teilseminare sind gemäß § 7 des Bildungsfreistellungsgesetzes (BFG) des Landes Rheinland-Pfalz anerkannt. Für das Blockseminar und das Teilseminar 2 liegt die Anerkennung gemäß § 9

(b) des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG) des Landes Nordrhein.-Westfalen vor.

Nähere Informationen zum Seminar sind unter folgenden Telefonnummern zu erhalten:

AkNZ im BZS:

Frau Dörnen
0 26 41 / 3 81 - 220

Herr Mitschke
0 26 41 / 3 81 - 257

Vorgestellt: Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) ist die oberste Fortbildungsstätte des Bundes sowie nationales und internationales Diskussionsforum auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Zielgruppen ihrer Veranstaltungen sind gegenwärtige und künftige Führungskräfte in Politik, Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft, den Medien und anderen wichtigen gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen oder Gewerkschaften. Ihnen soll ein umfassendes Verständnis der sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland vermittelt werden.

Die zunehmend komplexe und dynamische Lageentwicklung verlangt eine umfassendere Analyse von Sicherheitspolitik und einen breiteren Ansatz bei der Erarbeitung von Strategien (erweiterter Sicherheitsbegriff). Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik will das Nachdenken und die Diskussion über sicherheitspolitische Fragestellungen in diesem Rahmen fördern.

Programme und Aktivitäten

Die Konzeptionen der Veranstaltungen verfolgen die Ziele:

○ Verbessern der Urteilsfähigkeit in Fragen der Sicherheitspolitik,

○ Verdeutlichen der nationalen und internationalen Zusammenhänge in Fragen der Sicherheit,

○ Intensivieren der Zusammenarbeit zwischen den am sicherheitspolitischen Dialog

Beteiligten und Fördern der persönlichen Beziehungen, sowie

○ Einbringen der deutschen Gesichtspunkte bei ausländischen Partner und Institutionen im Bereich der Sicherheitspolitik.

Folgende Veranstaltungen werden durchgeführt:

○ Das jährliche *Seminar für Sicherheitspolitik* (Dauer zwei Monate) bildet den Kern des jährlichen Programms, Hierzu lädt der Chef des Bundeskanzleramtes derzeitige und künftige Führungskräfte aus Regierung und Verwaltung, aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus der Wirtschaft und anderen wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen Deutschlands ein. Die Teilnehmer erörtern mit den Spitzen der Bundesregierung sowie mit namhaften Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus allen Bereichen die Ziele und Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik, die insbesondere auch die ökonomischen und innenpolitischen Aspekte mit einbezieht.

○ *Kurzseminare* zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen (Dauer zwei bis drei Tage) dienen der Fortbildung von Führungskräften der Exekutive und dem sicherheitspolitisch interessierten Umfeld.

○ *Multiplikatorenseminare* (Dauer drei Tage) bieten für Chefredakteure und Ressortleiter Außenpolitik, Direktoren von Akademien oder Lehrerfortbildungs-Institutionen Hintergrundinfor-

mationen und Detailanalysen zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragestellungen an.

○ Im Rahmen des jährlichen *Internationalen Seminars* (Dauer drei Tage) mit dem Thema „Sicherheit für das ganze Europa“ konferieren Sicherheits- und Wirtschaftsexperten, hochrangige Regierungsvertreter und Journalisten aus Deutschland mit ihren entsprechenden Partnern aus einer großen Zahl von OSZE-Staaten.

○ *Internationale Studienkonferenzen* (Dauer bis zu einer Woche) werden zu Sicherheitsfragen mit z. B. den USA, Frankreich, Polen, Italien, Rußland, der Ukraine und den drei baltischen Staaten veranstaltet.

○ *Regionalseminare* (Dauer vier Tage) dienen als Diskussionsforum für Regierungs-, Wirtschafts-, und Medienvertreter aus den Bundesländern.

○ Rosenburggespräche sind halbtägige Hintergrundkolloquien am runden Tisch zu aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik.

○ Programme und Seminare für Mitglieder des *Freundeskreises der BAKS*, ehemalige Teilnehmer und Vortragende.

Die Zusammensetzung der Teilnehmer spiegelt den interdisziplinären Ansatz der BAKS im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffes wider. Bei ihren Veranstaltungen versucht sei eine Katalysatorrolle zwischen den ranghohen Entscheidungsträgern und Experten der verschiedenen Fachgebiete einzunehmen, um einen inter-

Aus- und Weiterbildung

disziplinären sicherheitspolitischen Ansatz zu fördern.

Schriftenreihe und Publikationen

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik gibt im Buchhandel die Schriftenreihe zur Neuen Sicherheitspolitik heraus, die zu grundsätzlichen sicherheitspolitischen Fragen Aufsätze und wissenschaftliche Abhandlungen in Themenbänden zusammenfaßt. Die Reihe hat zur Zeit 16 Bände; 1997 sind drei miteinander verbundene Titel zu Kooperations- und Integrationsfragen in einer Kurzreihe erschienen:

14: *Die Europäische Währungsunion: Ein Testfall für die europäische Integration?*
M. Potthoff/K. Hirschmann, Hrsg., 178 S., 39,80 DM, ISBN 3-87061-623-7.

15: *Von der Europäischen Union zur „Europäischen Sicherheitsunion“? - Die gemeinsame Politik der Inneren Sicherheit in der EU*

V. Theobald, Hrsg., 210 S., 39,80 DM, ISBN 3-87061-624-5.

16: *Die Zukunft von Kooperation und Integration*
H. Rondholz, Hrsg., 210 S., 39,80 DM, ISBN 3-87061-651-2.

Darüber hinaus publiziert die BAKS die jährlichen Arbeitsgruppenergebnisse des Seminars für Sicherheitspolitik sowie weitere aktuelle Abhandlungen im Selbstverlag.

Organisation

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik wurde am 1. Februar 1992 von der Bundesregierung als einzige und zentrale Fortbildungsstätte auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ins Leben gerufen.

Ein Kuratorium beschließt über alle grundsätzlichen Fragen, die zum Aufgabenbereich der Bundesakademie für Sicherheitspolitik gehören. Den Vorsitz im Kuratorium führt der Bundeskanzler. Die Mitglieder des Kuratoriums sind identisch mit den Mitgliedern des Bundessicherheitsrates (Bundesminister des Auswärtigen, des Inneren, der Justiz, der Finan-

zen, für Wirtschaft und der Verteidigung).

Der Beirat für die Bundesakademie für Sicherheitspolitik gibt Empfehlungen vor allem zu Inhalt und Gestaltung der Lehre und ihrer Fortentwicklung. Er besteht aus Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Medien, der Kirchen und der politischen Stiftungen. Vorsitzender des Beirates ist Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen.

Die Bundesregierung berief den früheren Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral a. D. Dieter Wellershoff, zum Gründungspräsidenten. Er führte die BAKS bis zum 30.09.1995. Zu seinem Nachfolger hat die Bundesregierung den früheren Leiter der deutschen Vertretung bei der OSZE in Wien, Botschafter a. D. Dr. Günter Joetze, ernannt.

Als Referenten für ihre Veranstaltungen verpflichtet die Akademie führende Persönlichkeiten aus Politik, Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft, Medien und anderen Organisationen aus dem In- und Ausland.

Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Rosenberg, Rosenburgweg, 53115 Bonn Telefon 02 28 / 9 17 51 - 0 oder Durchwahl, Telefax 02 28 / 54 93 10

Leitung		Tel. Durchw.
Präsident	Botschafter a. D. Dr. Günter Joetze	10
Vizepräsident	Flottillenadmiral a. D. Jörk-Eckart Reschke	11
Leiter Akademiestab	Oberst i. G. Dr. Wolf-Ulrich Jorke	20
Persönlicher Referent	Oberstleutnant i. G. Jörn Lehmann	12
Studienbereich		
Studienleiter	Kapitän zur See Harald Rondholz	31
Studienleiter	Oberst i. G. Ekkehard Hetzke	39
Studienreferentin Justiz	Assessorin jur. Matina Huppertz	40
Studienreferent Bundeswehr	Oberstleutnant i. G. Erwin J. Mattes	32
Studienreferent Militärpolitik	Oberstleutnant i. G. Alexander Graf von Westerholt	33
Studienreferent Außenpolitik	Vortragender Legationsrat Michael Cantzler	34
Studienreferent Innenpolitik	Assessor jur. Volkmar Theobald	36
Studienreferent Finanzpolitik	Diplom-Volkswirt Dr. Martin Potthoff	38
Studienreferent Wirtschaftspolitik	Diplom-Ökonom Dr. Kai Hirschmann	37

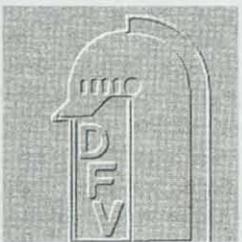
AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



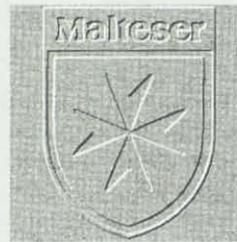
DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT



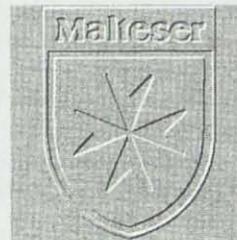
DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



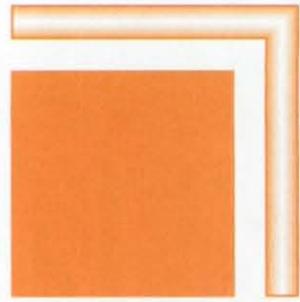
MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-GEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDES-REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK





Auslandshilfearbeit ist Dienst am Frieden

ASB unterstützt Wiederaufbau in Ostslawonien

Die Zerstörung und Eroberung Vukovars durch die Jugoslawische Volksarmee im November 1991, samt dem Massaker an den Patienten des Krankenhauses, ist eines der schlimmsten Beispiele von Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung. Damals wurde die Stadt an der Donau, die einst als „Juwel der Barockarchitektur“ galt, in Schutt und Asche gelegt. Die Monate der Belagerung müssen die Hölle gewesen sein. Im Januar 1992 berichtete die Pressesprecherin des Koordinationsbüros für Flüchtlinge und Vertriebene in Zagreb, Vesna Vucovic, wie sie mit anderen Einwohnern Vukovars drei Monate lang in einem Weinkeller vor den Bomben Schutz gesucht hatte. In diesem Weinkeller sind Menschen gestorben und Kinder geboren worden. Es war kaum Trinkwasser vorhanden, und waschen mußten sich die Menschen mit Wein. Vesna Vukovic erzählt auch von einer Frau, die in panischer Angst die Stadt verließ und erst nach dreißig Kilometern Fußmarsch bemerkte, daß sie noch den Kochlöffel in der Hand hielt. Dieses Beispiel zeigt die Fassungslosigkeit, mit der die Kroaten am Ende der Belagerung ihre Heimat verließen. Danach lebten die Serben erstmalig allein in den von ihnen eroberten Ruinen.

Unter dem Druck der Vereinten Nationen verpflichtete sich die serbische Republik Jugoslawien 1996, den Kroaten Ostslawonien mit der Hauptstadt Vukovar zurückzugeben. Seitdem untersteht dieses Gebiet der UNO-Übergangsverwaltung für Ostslawonien (Untaes), deren Mandat allerdings Mitte Januar 1998 endet. In den zwei Jahren der Untaes-Verwaltung ist alles getan worden, um den Frieden zwischen Serben und Kroaten zu fördern. Die Nichtregierungs-Organisationen haben dabei eine führende Rolle gespielt.

Die ASB-Auslandshilfe war an diesem Prozeß maßgeblich beteiligt. Während die Untaes Kommunalwah-

len vorbereitete und durchführte und mit ihren Truppen serbische Freischärlertruppen entwaffnete, be-



Viel Arbeit steht noch bevor. Einer der Wohnkomplexe, die noch instandgesetzt werden müssen.



Der renovierte Wohnkomplex Dunar II wird den Bewohnern im Januar 1998 übergeben.

(Fotos: ASB)

Arbeiter-Samariter-Bund



Bei der Einweihung des Wohnkomplexes Dunar II (v. links): Der englische Botschafter Montgomery, der EU-Botschafter Per Vinther, der Leiter des Wiederaufbauzentrums in Vukovar, Ivan Krstanovic, der Projektleiter Alfons Peeters und der Bürgermeister von Vukovar, Vladimir Stengl.

gann der ASB mit der finanziellen Hilfe der Europäischen Union, Belgiens und Großbritanniens Wiederaufbaumaßnahmen durchzuführen, die die Voraussetzungen schaffen sollten für die Rückkehr der Kroaten und Serben. Wohnungen, Verwaltungen und Schulen, die gesamte Infrastruktur und Arbeitsplätze mußten geschaffen werden, um den Menschen ein Überleben zu sichern.

Die Herausforderungen, die die ASB-Auslandshilfe in den letzten zwei Jahren in Ostslawonien und dann in der Folge auch in Westslawonien meistern mußte, waren immens. Es wurden Wasser- und Elektrizitätsleitungen instandgesetzt, Verwaltungsbauten renoviert oder wiederaufgebaut. Allein die Beseitigung von Schutt und die Aufräumarbeiten im Vorfeld dauerten Monate. Danach begann der Wiederaufbau oder die Instandsetzung von Wohnhäusern. Hunderte von Wohnungen und Einfamilienhäusern wurden im Jahr 1997 fertiggestellt, wobei ein sogenanntes „Housing Allocation Committee“ (HAC), bestehend aus allen Volksgruppen, gegründet wurde, das die fertigen Wohnungen nach einem ethnischen Schlüssel ihren ehemaligen Besitzern zuweist. Diese Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner war und ist ein erster Schritt in Richtung eines friedvollen Miteinander. Dazu gehören auch die durch den Wiederaufbau geschaffenen Arbeitsplät-

ze, die zumindest ein Überleben in Ostslawonien ermöglichen. Inklusiv der Instandsetzung des Donauhafens wurden so 18,2 Mio. DM für den Frieden investiert. Weitere 13,4 Mio. DM stehen für diesen Zweck im Jahre 1998 zur Verfügung.

Gleichwohl ist die Unsicherheit weiterhin groß. Mit Sorge sehen die Serben, nunmehr in Kroatien lebend, dem Ende der UNO-Übergangsverwaltung für Ostslawonien entgegen. Wird die Regierung in Zagreb die Bürger- und Menschenrechte sowie die ethnischen Rechte der Serben gewährleisten, wie Präsi-

dent Tudjman es versprochen hat? Kann die im Aufbau begriffene OSZE-Beobachtungsmission das nötigenfalls durchsetzen? Wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der bisher relativ guten Zusammenarbeit ist der oft vorausgesagte Exodus der Serben aus Ostslawonien bisher ausgeblieben. Die Alternative, Auswanderung nach Serbien oder gar in die „Serbische Republik“, erscheint angesichts der dort herrschenden Verhältnisse kaum als attraktiv. Es kehren sogar täglich zwei bis drei serbische Flüchtlingsfamilien aus Jugoslawien und Bosnien nach Ostslawonien zurück.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten in der gemeinsam von Serben und Kroaten betriebenen Exekutive der Stadt hat sich mittlerweile ein recht gutes Arbeitsklima herausgebildet. Die meisten Entscheidungen in dem aus sieben Kroaten und sechs Serben zusammengesetzten Gremium kommen durch Konsens zustande. Auch bei der Belegung der vom ASB renovierten und wiederaufgebauten Wohnungen wird so verfahren. Natürlich müssen Machtteilung und Selbstbeschränkung erst gelernt werden. Die Voraussetzungen für diesen Lernprozeß, den die ASB-Auslandshilfe seit zwei Jahren begleitet hat, scheinen gar nicht so schlecht zu sein.

Ingo Marenbach



Helfen ist
unsere Aufgabe

ASB
Arbeiter-Samariter-Bund

Allen Menschen, die Hilfe brauchen.
Auch im Ausland:

- Soforthilfe für Katastrophen-Opfer.
- Hilfe zur Selbsthilfe.
- Know how, Berater und Güter zum Aufbau von Hilfs- und Wohlfahrtseinrichtungen.

Helfen Sie mit!

Spendenkonto
1888
Postgiroamt Köln
BLZ 370 100 50

Wenn Sie mehr wissen wollen,
schreiben Sie an den Arbeiter-Samariter-Bund
Sülzburgstraße 140 · 50 937 Köln



Sachsens Innenminister will helfen

Hardrath: Gebühren für Schwimmkurse in die Diskussion bringen

Erstmals in seiner Geschichte führte der DLRG-Landesverband (LV) Sachsen eine Bilanzpressekonferenz durch. Als Gast nahm auch der Innenminister des Freistaates, Klaus Hardrath, teil. In seinem Statement stellte LV-Präsident Ekkehard Richter die hohe Ertrinkungsrate heraus. 1996 ertranken in Sachsen 82 Menschen.

Vor zahlreichen Pressevertretern bemängelte Richter die Praxis vieler Kommunen, für die Hallenbadbenutzung zur Schwimmbildung von der DLRG hohe Mietgebühren zu erheben. Der Innenminister sagte vor Journalisten zu, sich in Gesprächen mit den Städten und Gemeinden für die DLRG und andere ausbildende Verbände einzusetzen und eine Sen-

kung oder völlige Streichung der Gebühren für Schwimmkurse in die Diskussion zu bringen. Schließlich unterstützte die DLRG die Kommunen mit einem kostenlosen Wasserrettungsdienst, begründete der LV-Präsident seine Forderung nach Aufhebung der hohen Belastungen, die vor allem kleine Gliederungen nicht mehr tragen können.

Als Vertreter des Präsidiums informierte Ehrenpräsident Hans-Joachim Barthold die Presse über die seit Jahren rückläufigen Ausbildungszahlen, vor allem in der Schwimmbildung. Diese Entwicklung sei auch auf das Bädersterben und die zunehmende Privatisierung einst öffentlicher Bäder zurückzuführen.

Klaus Wilkens zum neuen Präsidenten gewählt

Die Generalversammlung der International Life Saving Federation of Europe (ILSE) wählte den Adendorfer Dr. Klaus Wilkens (55) zum neuen Präsidenten der europäischen Wasserrettungsorganisation. Der Dozent für Betriebswirtschaft an der Hamburger Universität trat damit die Nachfolge des Flensburgers Klaus Bartnitzke (66) an, der seit der Gründung des europäischen Verbandes der International Life Saving Federation (ILS) im Jahr 1994 das Präsidentenamt innehatte.

Wilkens war zuvor Generalsekretär der ILSE. 70 Delegierte aus

21 europäischen Wasserrettungsorganisationen votierten für eine weitere deutsche Präsidentenschaft. Die Präsidenten der vier Großregionen im Weltverband ILS, Europa, Amerika, Afrika und Asien/Pazifik, sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Weltwasserrettungsorganisation, die vor vier Jahren aus der Fusion von Fédération Internationale de Sauvetage aquatique (FIS) und World Life Saving (WLS) in Cardiff/Wales entstand.

Darüber hinaus engagiert sich Klaus Wilkens, der seit 23 Jahren ehrenamtlich in der internationalen Wasserrettung tätig ist, als Vizepräsident der Deutschen-Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die mit über 550.000 Mitgliedern die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt ist.

Zum Nachfolger von Dr. Wilkens als Generalsekretär wählten die De-

legierten den Norweger Sigurd Brattevit.

Klaus Bartnitzke wurde für seine 32jährige Tätigkeit in der internationalen Wasserrettung zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Die ILS, ist anerkannte Organisation im Internationalen Olympischen Komitee (IOC), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), sie kooperiert mit dem Internationalen Roten Kreuz und ist Mitglied in der AGFIS/TWGA, dem Dachverband der nichtolympischen Verbände.

Die Schwerpunkte der letzten Legislaturperiode der ILSE lagen im Aufbau der Organisation des Wasserrettungsdienstes sowie in der Unterstützung der jungen Mitgliedsnationen. Der Verband hat derzeit 28 Vollmitglieder sowie drei assoziierte nationale Organisationen und ist damit nahezu in ganz Europa vertreten.

Durch das Hochwasser an Oder und Neisse wurden große Teile der Rettungseinrichtungen in Polen und Tschechien zerstört oder erheblich beschädigt. Allein in Tschechien wurde ein Drittel der Wachstationen und des Rettungsgerätes ein Opfer der Flut. Die DLRG unterstützt mit Spendenmitteln den Wiederaufbau in den Nachbarländern.

In einer konzentrierten Aktion helfen die nationalen Organisationen Deutschlands, Italiens und Österreichs beim Wiederaufbau des Wasserrettungsdienstes in Kroatien, insbesondere an der dalmatinischen Küste, die nach dem Ende des Krieges wieder in zunehmendem Maße von Seglern, Tauchern und Badegästen besucht wird. ILSE plant, Rettungsschwimmer für den Wachdienst an 300 bis 500 Strandabschnitten entlang der dalmatinischen Küste auszubilden.

Neue Wege in der Brandschutz-Erziehung

Der erste gemeinsame Workshop von Deutschem Feuerwehrverband (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) in Sachen Brandschutzerziehung fand mit bundesweiter Resonanz in Heidelberg statt. Federführend waren Günther Julga (Hamburg) und Peter Wink (Worpswede).

Vorge stellt und diskutiert wurde eine Vielzahl aktueller Praxisbeispiele über „neue Wege in der

Öffentlichkeitsarbeit bei der Brand schutzerziehung“.

Erstmals beschäftigten sich die Praktiker der Brandschutzerziehung in den Feuerwehren/Feuerwehrverbänden auch mit festgestellten Akzeptanzproblemen bei Heranwachsenden in der Altersgruppe der 12- bis 14jährigen und der 17- bis 19jährigen. Branddirektor Julga dazu: „Diesen Knoten müssen wir, können wir lösen.“ Ein Beispiel ist seiner Meinung nach die groß angelegte PR-Aktion „Heat Makes Heart Beat“ des Landesfeuerwehrverbandes Hessen. Dabei gehe es zwar vornehmlich um Nachwuchsförderung für die Freiwilligen Feuerwehren und nicht um Brandschutzerziehung, es liege aber das gleiche Phä-

nomen der schwierigen Ansprache der Jugendlichen zugrunde.

Die Feuerwehr Hamburg hat sich für alle diese „Sympathie-Einsätze“, wo es um die Zielansprache gerade dieser Jugendlichen geht, ein neues „Dienst-Outfit“ zugelegt, finanziert durch Sponsoren. Eine schwarze Freizeitweste modernen Schnitts mit der Aufschrift „Team Feuerwehr“, dazu ein Cape. Sie steigt damit ein in die Idee des Saarländischen Rundfunks, nach der sich auch die Brandschutzerzieher des dortigen Landesfeuerwehrverbandes ausgestattet haben. Als neue „Arbeitskleidung“ für spezielle Anlässe, sozusagen.



Zum Jahreswechsel

Das Jahr 1997 war für alle, die sich in den Dienst der Feuerwehr gestellt haben, ein von Turbulenzen gekennzeichnetes Jahr. Im Bereich der Einsätze war das „Oderbochwasser“ das Ereignis, welches die ganze Nation beschäftigt hat und viele Erkenntnisse und Erfahrungen zurückläßt.

Die Feuerwehren im Einsatzgebiet haben über Monate viel geleistet und können mit Recht für sich in Anspruch nehmen, einen wesentlichen Teil zur Schadenbegrenzung beigetragen zu haben. Mit der DFV-Initiative - Feuerwehr hilft Feuerwehr - ist eine Welle kameradschaftlicher Solidarität ausgelöst worden, die für die betroffenen Feuerwehren eine direkte und wirkliche Hilfe war. Gleichzeitig war es auch eine Referenz für die dort erbrachte Leistung, und ich möchte allen Kameraden, Verbänden und Firmen danken, die sich dieser Initiative angeschlossen haben. Danken möchte ich auch allen Feuerwehrangehörigen, die diesen Einsatz durchgestanden haben, wenn auch die Darstellung in den Medien andere Potentiale stark in den Vordergrund gestellt hat.

Allen Feuerwehren, die im Schatten dieses Ereignisses ihr Einsatzgeschehen gemeistert haben und viel Leid und Schaden begrenzen oder abwehren konnten, sei an dieser Stelle eine besondere Anerkennung ausgesprochen.

Zu einem turbulenten Jahr gehören aber auch positive Ereignisse wie die Feuerwehrolympiade in Herning (Dänemark), bei der deutsche Teilnehmer mit herausragenden Wettkampfergebnissen im Blickpunkt standen und erstmals mit einbeitlichem Outfit und mit diszipliniertem Auftreten unseren Verband und damit auch die deutschen Feuerwehren eindrucksvoll vertreten haben.

Unsere Jugendfeuerwehren haben am 16. Deutschen Feuerwehrtag wieder Signale gesetzt, die rich-

tungsweise, konstruktiv aber auch kritisch wesentliche Themen transportieren, die nun umzusetzen sind.

Daß die Deutsche Jugendfeuerwehr diese Kraft entwickeln kann, daran zweifelt niemand, zumal die Jugendfeuerwehren mit einem Staffellauf von Trier nach Dresden symbolisch zum Ausdruck gebracht haben, sich als dynamische Gemeinschaft zu führen.

Die Brandschutzwoche 1997 wurde in Saarbrücken eröffnet und das Motto – Kinder helfen Brände verhüten – war gut gewählt und ist in eindrucksvoller Weise präsentiert worden.

Im Hamburg war das Präsidium zusammen und man hat über die Weiterentwicklung, über die Ziele, Aufgaben und Wirkung des DFV beraten.

Diese Grundaussagen über das zukünftige Bild des DFV müssen nun mit neuen Bildinhalten gefüllt werden.

Die Ziellinie wurde für die erste Jahreshälfte 1998 festgelegt, und es bedarf der Mitarbeit aller, die Verantwortung tragen, dieses Ziel nicht nur zu formulieren, sondern auch umzusetzen und mitzutragen.

So wird das Jahr 1998 für den DFV ein bedeutendes Jahr werden.

Für viele von uns wird das Jahr 1998 aber auch ein Jahr vieler Entscheidungen und Veränderungen sein, die von jedem Besonnenheit und Flexibilität verlangen, um den Herausforderungen des täglichen Lebens gewachsen zu sein.

Dennoch sollten Sie dem Feuerwehrgedanken mit seinen Idealen treu bleiben, und dazu wünsche ich allen viel Glück, Gesundheit, Schaffenskraft und alles gute für das neue Jahr.

Gerald Schäuble

Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes



Rüsthubschrauber vorgestellt

Beim Lufttransportgeschwader 63 der Bundeswehr bei Rendsburg stellte die Landesfeuerwehrschule Hamburg den Prototypen eines Rüsthubschraubers vor. Er soll bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr (z.B. SFOR) für Rettungseinsätze der technischen Hilfe (z.B. nach Unfällen) zum Einsatz kommen.

Die LFS-Tüftler haben eine Lösung gefunden, Rettungsschere, Spreizer und anderes Gerät in einen Hubschrauber von der Größe eines Rettungshubschraubers funktionsfähig zu verlasten, quasi als einen „fliegenden Rüstwagen“. Schulleiter

Branddirektor Julga bei der Präsentation: „Zivil-militärische Zusammenarbeit ist für uns gelebte Realität.“

Das dritte Arbeitsheft ist da

Das dritte Arbeitsheft der Deutschen Jugendfeuerwehr zum Thema Öffentlichkeitsarbeit ist unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit – leicht gemacht!“ erschienen. Auf 84 Seiten bietet das Heft Anregungen und Arbeitshilfen zu allen Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit.

Von Videoarbeit über Mailbox bis hin zur Pressearbeit werden alle

Themen näher erläutert. So kann man zum Beispiel erfahren, wie man eine Mailbox aufbaut, einen Zeitungsartikel verfaßt, einen Videofilm produziert oder Kontakt zu Funk und Fernsehen aufnimmt.

Im Anhang findet der Leser Gesetzesgrundlagen, Technische Informationen, Anschriften von Filmdiensten sowie Bezugsadressen für Werbemittelbeschaffung. Eine Ist-Soll-Analyse zur Öffentlichkeitsarbeit im Jugendverband schließt das Heft ab.

Die vom Fachausschuß „Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Jugendfeuerwehr“ zusammengestellte Broschüre ist erhältlich beim Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Postfach 240125, 53154 Bonn, zum Preis von 4,25 DM zuzüglich Versandkosten.

Terminplan 1998 des Deutschen Feuerwehrverbands

11.03.-12.03.	53. Sitzung des Ausschusses für Feuerwehrangelegenheiten des AK V Bremen	
14.03.	LFV Baden-Württemberg, Verbandsausschuß	noch nicht geklärt
30.03.	45. Vorstandstagung des DFV	Bonn
22.04.-23.04.	46. Vorstandstagung des DFV	Rendsburg
23.04.-24.04.	14. Tagung des DFV-Verbandsausschusses	Rendsburg
23.04.-25.04.	LFV Schleswig-Holstein, 125 Jahre	Rendsburg
24.04.	Dt. Feuerwehrmannschaftsmeisterschaft Schwimmen und Retten	Hannover
25.04.	LFV Schleswig-Holstein, Landesfeuerwehrversammlung	Rendsburg
03.05.	LFV Niedersachsen, 3. Florianstag	landesweit
08.05.-10.05.	vfdB-Jahresfachtagung	Erfurt
23.05.	LFV Nordrhein-Westfalen, Vorstandssitzung	Alsdorf
25.05.	47. Vorstandstagung des DFV	Bonn
04.06.	Deutsche Faustballmeisterschaften	Braunschweig
05.06.	LFV Niedersachsen, LFV-Vorstand	Hildesheim
06.06.	LFV Niedersachsen, Landespokal-Wettkämpfe CTIF	Hildesheim
06.06.	LFV Niedersachsen, 87. Landesverbandsversammlung	Hildesheim
13.06.	LFV Baden-Württemberg, Vorstandstagung	Bruchsal
22.06.	48. Vorstandstagung des DFV	Bonn
16.07.-19.07.	LFV Baden-Württemberg, 8. Landesfeuerwehrtag 1998	Freiburg
10.08.	49. Vorstandstagung des DFV	Bonn
16.08.	LFV Thüringen, Festakt 130 Jahre Thüringer Feuerwehr-Verband	Jena
21.08.-23.08.	LFV Sachsen, 2. Landesfeuerwehrtag	Schmannewitz
04.09.-06.09.	Delegiertentag und Endausscheidungen CTIF-Jugendwettbewerbe	Dormagen
05.09.-13.09.	LFV Thüringen, 2. Landesfeuerwehrtag	Schmölln
12.09.	LFV Thüringen, 70. Verbandsversammlung	Schmölln
10.09.-11.09.	50. Vorstandstagung des DFV	Würzburg
12.09.	51. Tagung des DFV-Präsidiums	Würzburg
12.09.-13.09.	45. Delegiertenversammlung des DFV	Würzburg
24.09.-25.09.	51. Vorstandstagung des DFV	Bremen
25.09.-27.09.	50jähriges Jubiläum LFV Bremen	Bremen
16.10.-17.10.	LFV Baden-Württemberg, Verbandsversammlung	Gaggenau
05.11.-06.11.	52. Vorstandstagung des DFV	Bonn
06.11.-07.11.	15. Tagung des DFV-Verbandsausschusses	Bonn
05.12.-06.12.	LFV Baden-Württemberg, Tagung des Vorstandes	noch nicht geklärt
11.12.-12.12.	53. Vorstandstagung des DFV	noch nicht geklärt

Lehren aus den Katastrophen

Das DRK hat zur effektiveren Hilfeleistung die internationalen Standards für weltweite Einsätze entwickelt



Innerhalb von Minuten zerstörte ein Erdbeben in der Nacht zum 8. Dezember 1988 drei größere Städte und ein Dutzend Dörfer im armenischen Hochland, riß mehr als 30 000 Menschen sofort in den Tod und verletzte etwa 35 000. Heute noch, neun Jahre danach, dauert der Katastropheneinsatz einiger Hilfsorganisationen an, ins Zentrum für Querschnittgelähmte in Armenien entsendet auch das Deutsche Rote Kreuz noch immer Helfer.

Das Beben war eine Zäsur. Nicht nur für die Menschen und die Region. Auch für die Retter und deren Organisationen. Damals begann nicht nur der längste, teuerste und aufwendigste Einsatz des Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen, es begann in der Folge bei den Katastrophenmanagern in allen Teilen Europas auch das Nachdenken darüber, was künftig besser zu machen sei.

Das Ergebnis der Überlegungen, Vorschläge, Konferenzen und Studien der Landesverbände des Deutschen Roten Kreuzes, des DRK-Lagezentrums in Bonn und der in der Föderation zusammengeschlossenen mehr als 160 Rotkreuzgesellschaften liegt jetzt als „Neukonzeption der DRK-Nothilfe“ vor und wurde inzwischen in wesentlichen Teilen von der Föderation des Roten Kreuzes übernommen. Mit der Konzeption sollen die Hilfsorganisationen, so der Leiter „Operative Maßnahmen und internationale Katastrophenhilfe“ beim DRK, Johannes Richert, „weltweit schnell, flexibel, international kompatibel und kostengünstig arbeiten“ können. Dabei seien, so Richert, die Gegebenheiten und Bedürfnisse in den Ländern – je nach Katastrophenort und Hilfsorganisation – berücksichtigt. Grob gegliedert fußt die künftige Auslandsarbeit des DRK auf vier Fundamenten:



Das DRK ist ständig bestrebt, bei Katastrophen schnell und effektiv Hilfe leisten zu können.

- einem Modulsystem (Emergency Response Units), das es ermöglicht, auf alle Katastrophensituationen sofort und effizient zu reagieren;
- gleichen Einsatzstandards für alle Rotkreuzgesellschaften der Föderation (Disaster Response);
- komplementäre Organisation der Erst- und Langzeiteinsätze;
- Logistik für Technik, Nachschub, Versorgung und Schulung.

Richert: „Die Einsätze in Armenien und die Kurdenhilfe in der Türkei und im Nordirak haben gezeigt, daß es sich als falsch erwiesen hat, Langzeithilfe und Soforthilfe isoliert zu betrachten.“ Außerdem sei seit dem Fall der Mauer die Katastrophenhilfe nicht mehr national (auf einen möglichen Verteidigungsfall) ausgerich-

Die Trinkwasseraufbereitungsanlagen des DRK sind innerhalb von zwölf Stunden nach einem Alarm verfügbar.

(Fotos: Zimmermann)





tet, sondern orientiere sich an internationalen, die Grenzen überschreitenden Organisationsmustern.

Das DRK sehe die Intervention während der Nothilfe als Teil eines Kontinuums, das zur Entwicklungsplanung mit dem nationalen Partner führen könne. Allerdings verstehe das DRK sich nicht als Entwicklungshilfeorganisation. Es beschränke sich deshalb auf selektive Hilfeleistungen wie Managementschulung für Helfer und Schwestern, Marketingunterstützung oder Entwicklung der Jugendarbeit. Hilfe zur Selbsthilfe sei nicht ein Schlagwort, sondern ein wesentlicher Teil der operativen Leistungen des Roten Kreuzes: „Ein Helfer an einem Katastrophenort hat schließlich auch die Aufgabe, sich möglichst schnell überflüssig zu machen.“ Das klinge, gibt Richert zu, sarkastisch, treffe aber durchaus den Kern der Arbeit. Frühestens wenn der Helfer endgültig abgezogen werden könne, kehre an einem Katastrophenort wieder eine Art Normalzustand ein. Gegenwärtig sind nach Richerts Angaben 45 Helfer des DRK im internationalen Einsatz: in Tansania, Ruanda, Kongo, Nigeria und in Polen.

Um nach Hilfeersuchen die ersten Katastropheneinsätze zu beschleunigen, hält das Rote Kreuz künftig geschultes Personal im „Stand by“: „Innerhalb von zwölf



Auf der 47. Ordentlichen Bundesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes am 5. Dezember 1997 in Meckenheim-Merl wurde das DRK-Präsidium neu gewählt beziehungsweise in seinem Amt bestätigt. V.l.n.r.: Volker Kröning MdB, Christoph Franzeck, Dr. Gregor Mattheis, Soscha Gräfin zu Eulenburg, Dr. Volkmar Schön, Prof. Dr. Knut Ipsen, Olaf Jantzen, Johann Wilhelm Römer, Sabine Schipplick, Dr. Christoph Brückner, Dr. Volker Grabarek.

Stunden nach dem Alarm sollen Hilfstrupps, wie zum Beispiel die Suchhundestaffeln in Hamburg, Köln oder Stuttgart, im Flugzeug sein.“ Verträge mit Charterlinien garantieren sofortigen Transport. Die Trinkwasseraufbereitungsanlagen des DRK seien in der gleichen Zeit verfügbar und fast unbegrenzt lange

einsatzbereit. Die DRK-Konzeption hält die Reihenfolge der Sofort-Einsätze fest: Rettungshunde, Kommunikation, Wasseraufbereitung, medizinische Versorgung.

Die Föderation entsendet Hilfsmannschaften danach, wie rasch sie am Einsatzort sein können und welche Qualifikation sie nachweisen. In einem Code of Conduct in Disaster Relief (Verhaltensregeln für humanitäre Hilfe) haben die Rotkreuzgesellschaften und Nichtregierungsorganisationen (NGO) Prinzipien und Richtlinien ihrer Leistungen festgehalten und als verbindlich akzeptiert. Für Deutschland obliegt die Logistik dem „Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe“ des Auswärtigen Amtes, der zu mindestens vierteljährlichen Besprechungen lädt und am Tisch neben den großen Organisationen DRK oder Caritas auch kleinere, wie Rupert Neudecks Ärzthilfsorganisation, versammelt; dazu Mitarbeiter der Bundesministerien für Verkehr, Verteidigung, Inneres und für Entwicklungshilfe.

*Ulrich Schulze
in der „Süddeutschen Zeitung“*

**KOMM MIT!
SPENDE
BLUT
BEIM ROTEN KREUZ** 

Schwesternhelferin für die ambulante Pflege

Die Malteser bieten ein Qualifizierungsangebot
für jugendliche Arbeitslose

Die gegenwärtige politische Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens ist gekennzeichnet durch Begriffe wie Kostenexplosion, Alterspyramide, Multimorbidität und Milliardendefizite in der gesetzlichen Krankenkasse. Eine deutsche Besonderheit ist zudem eine weitgehende Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung. Dabei gewinnt die ambulante Versorgung – nicht nur aus Kostengründen – immer mehr an Bedeutung.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung wächst der Bedarf an Pflegekräften sowohl für die Sozialstationen als auch für die Pflegeeinrichtungen. Es fehlt an examiniertem Pflegepersonal (Fehlbedarf in den nächsten 20 Jahren ca. 100 000 Personen, BMFT Journal 3/1991). Zudem ist der ausschließliche Einsatz von examiniertem Pflegepersonal mit den Mitteln der Pflegeversicherung nicht finanzierbar. Dies hat dazu geführt, daß vermehrt nicht-examiniertes Pflegepersonal in diesen Bereichen eingesetzt wird, ohne daß eine Mindestqualifikation festgeschrieben wurde.

Jedoch hat sich im Bereich des Gesundheitswesens der Begriff „Schwesternhelferin“ als Qualitätsmerkmal bereits etabliert. Jugendliche, die eine Ausbildung zur „Schwesternhelferin für die ambulante Pflege“ nachweisen können, haben gute Chancen, eine Anstellung als Pflegehilfskraft zu erhalten.

Ende Mai 1997 waren in Deutschland 454 311 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos, davon 179 617 junge Frauen. Die meisten Jugendlichen sind ohne Berufsausbildung und vielfach ohne Aussicht auf eine Lehrstelle.

Die Auswirkungen dieser Perspektivlosigkeit sind Gegenstand der öffentlichen Diskussion und vieler wissenschaftlicher Studien. Hier setzen die Malteser an.

Ausbildungsziele der Malteser

Zur Qualifizierung der Pflegehilfskräfte entwickelten die Malteser das Konzept „Schwesternhelferin in der ambulanten Pflege“. Dieses Programm richtet sich im Schwerpunkt

an junge arbeitslose Frauen, um ihnen einen beruflichen Einstieg als Pflegekraft in der ambulanten Pflege zu ermöglichen oder um sie auf eine Ausbildung zur Krankenschwester bzw. Altenpflegerin vorzubereiten.

Mit diesem Programm können sich die Teilnehmer intensiver als durch das Kursangebot „Häusliche Pflegehilfe“ auf eine Betreuung und Versorgung von ambulant zu versorgenden Personen im familiären oder nachbarschaftlichen Bereich vorbereiten. Es ist damit auch die ideale

GUTER

Auch Helfen will gelernt sein. Denn um zu helfen gibt es viele gute Gründe. Um nach Katastrophen und anderen Notfällen bei der Betreuung, Versorgung und Pflege von Verletzten und Kranken mitwirken zu können.

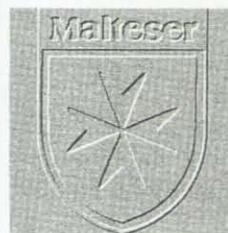
GRUND

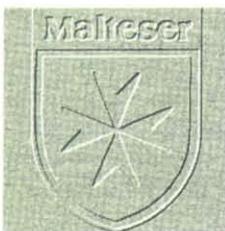
Oder um alleinstehende ältere, kranke und behinderte Mitmenschen betreuen zu können. Oder um die eigenen Angehörigen im Krankheitsfall besser pflegen zu können. Darum lohnt es sich, helfen zu lernen. In der Schwesternhelferinnen-Ausbildung bei den Maltesern.



**Malteser
Hilfsdienst**

Generalsekretariat · Kalker Hauptstr. 22-24 · 51103 Köln
Telefon (02 21) 98 22-01 · Fax (02 21) 98 22-399





Ausbildung für pflegende Familienangehörige und Ehrenamtliche.

Ausbildungsinhalte

Die Ausbildung umfaßt 120 Stunden Theorie und ein 120stündiges Praktikum in einer ambulanten Pflegeeinrichtung. Das Ausbildungsprogramm wurde von Praktikern aus dem Bereich der ambulanten Pflege und der Erwachsenenbildung erarbeitet. Ergänzend zu dieser Ausbildung wird halbjährlich eine 6stündige Fortbildung angeboten.

Für bereits ausgebildete Schwesternhelferinnen ist vorgesehen, einen 48stündigen Aufbaulehrgang zur „Schwesternhelferin für die ambulante Pflege“ anzubieten.

Zukunftsperspektiven

Um den Bildungsbedarf für alle am ambulanten Pflegeprozeß Beteiligten in der Zukunft zu erfassen, beabsichtigen die Malteser, mit dem Berliner Forschungsverbund „Public Health“ eine wissenschaftliche Untersuchung durchzuführen. Die Projektförderung des Forschungsvorhabens wurde beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie beantragt. Die Ergebnisse werden kontinuierlich in das Kurskonzept eingearbeitet.

W. Müller

Elfter Bundes-sanitäts-wettbewerb der Malteser

Rund 200 Teilnehmer aus 23 Gruppen konnten in Ellwangen ihr fachliches Können und ihre Fähigkeit zur schnellen fachkompetenten Hilfe unter Beweis stellen, insbesondere bei der medizinischen Erstversorgung von Notfallpatienten sowie bei der seelischen Betreuung Betroffener.

Neben 20 Maltesergruppen traten drei Gastmannschaften an – eine Rotkreuz-Gruppe aus Lohfelden (Hessen), eine Arbeiter-Samariter-

Gruppe aus Stuttgart und eine Gruppe des rumänischen Malteser-Hilfsdienstes. Als einzige Gruppe aus den neuen Bundesländern ging die Malteser Jugendgruppe aus Calbe (Diözese Magdeburg) an den Start.

Insgesamt zwölf Stationen hatten die Wettbewerbsteilnehmer zu bewältigen. Der Drogennotfall in der Schule war genauso vertreten wie der Stromausfall in einer Schweißerei, Verbrennungen in einer Schmiede, Verätzungen im Chemielabor oder der Küchenunfall mit Verbrühungen und Schädelbasisbruch. Die Verletztendarsteller der Gruppe „Lotus“ aus der holländischen Provinz Limbourg waren so fabelhaft, daß man oft nicht erkennen konnte, daß das Ganze gemimt war.

Zwei Stationen gab es bei den bisherigen Bundessanitätswettbewerben nicht; hier war psychologisch-seelische Betreuung gefragt. So wurde ein Flugzeugabsturz angenommen. Die Sanitäter hatten die auf dem Flughafen wartenden Angehörigen seelisch zu betreuen. Auch bei der Rollstuhlstation ging es um psychologische Hilfe: Bei einer Behindertenwallfahrt kam es beim Besuch einer Kirche aufgrund von Panik durch eine Bombendrohung zum Sturz eines Rollstuhlfahrers. Streßbewältigung, Kommunikations- und Gesprächsführung waren vonnöten. Es galt, die größte Aufregung zu beschwichtigen.

„Der Mensch im Mittelpunkt ist Programm unseres Handelns“, sagte Benedikt Liefänder, zuständig für die Notfallvorsorge im Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes in Köln.

„Es war ein super Bundessanitätswettbewerb“, lobte der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, Dr. Constantin von Brandenstein-Zeppelin, bei der Siegerehrung am Samstagabend in der Ellwanger Rundsporthalle die Veranstaltung, bei der die Malteser Gruppe Nettetal (Diözese Aachen) mit 1272 Punkten vor den Gruppen aus Landsberg (Diözese Augsburg) mit 1188 Punkten und Traunstein (Diözese München) mit 1137 Punkten mit deutlichem Vorsprung gewann.

Die Ellwanger Malteser waren Gewinner des Bundessanitätswettbewerbs 1995, weshalb sie den diesjährigen Wettbewerb ausrichteten. Rund 90 Helfer der Bereitschaft Ell-

wangen waren dafür über fünf Tage hinweg im Einsatz. Sie wurden mit „standing ovations“ geehrt.

Bei der Siegerehrung lobte der Präsident den Ellwanger Stadtbeauftragten Anton Baumann und den Aalener Kreisbeauftragten Rudolf Kolb für die „kolossale Leistung“, die sie für die Verwirklichung des zeitgleich stattfindenden Bundeswettbewerbs in Ellwangen und der Bundesversammlung in Aalen vollbracht hatten. *Petra Hartmann*

Not ist grenzenlos



Unterstützen Sie unsere Auslandsarbeit.

Die Malteser leisten weltweit Aufbau- und Entwicklungshilfe für Menschen in Not und bei Bedarf akute Katastrophenhilfe.

**Spendenkonto 5 000 000
Postbank Köln,
BLZ 370 100 50
Kennwort: Auslandsdienst**

**Wir informieren Sie gerne.
Schreiben Sie an:
Malteser Auslandsdienst,
Kalker Hauptstr. 22,
51103 Köln,
Telefon 0221/9822-222**

Name:

Straße:

Ort:

Telefon:
(ALD)



Katastrophenvorsorge auf neuen Wegen

Mit der Gründung der „Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“ am 29. September 1997 wurde in Deutschland ein transdisziplinärer Entwicklungsprozeß für eine nachhaltige Katastrophenvorsorge auf den Weg gebracht. Die Wurzeln dieser gemeinschaftlichen Initiative liegen, wie der Vorsitzende der Konferenz und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger es formulierte, darin, daß über Jahrzehnte Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge auf die vom Bund vorgehaltenen Zivilschutzstrukturen fokussiert waren und die Katastrophenanfälligkeit von hochkomplexen Industriegesellschaften bisher konzeptionell nur wenig Beachtung gefunden hat. Auch singuläre Katastrophenereignisse der jüngsten Zeit haben daran bisher nur wenig zu ändern vermocht.

Statt dessen, so Burger, sei in Deutschland Zivil- und Katastrophenschutz so dramatisch gegen Null reformiert worden, daß mittlerweile in den Bundesländern verbindende Strukturen kaum noch erkennbar und durch Legislative und Exekutive die Chancen für ein im internationalen Vergleich ernstzunehmendes nationales Katastro-

phenvorsorgekonzept verpaßt worden sind.

Die warnenden Stimmen der deutschen Katastrophenschutzorganisationen und -verbände wurden statt dessen von Politik und Bürokratie teilweise mit unverhohlener Anmaßung quittiert und der gesellschaftliche Nutzen ehrenamtlichen Humankapitals zunehmend haushaltspolitischen Überlegungen geopfert.

Die „ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge“ ist damit die Basis für ein eigenständig zu entwickelndes „Zukunftskonzept von unten“. Es verstärkt den „Selbsthilfeansatz“ in der Fähigkeit und Bereitschaft zur Innovation durch Eigeninitiative, Selbstorganisation und freiwilliges Handeln.

Wesentliche Ansatzpunkte zur Verbesserung von Schutzintensität, Schutzeffizienz und Schutzleistung sind die Integration hinsichtlich Information, Kommunikation, Logistik, Funktionen, Organisation und Methoden. Dadurch ließen sich Synergieeffekte besser nutzen und der Aufbau transdisziplinärer und interregionaler Kooperationen begünstigen (Bild 1).

So haben beispielsweise die Ergebnisse des IDNDR-Seminars „Zu-

sammenarbeit von Selbsthilfeinitiativen, Katastrophenschutz, Verwaltung und Versicherungswirtschaft“ am 16./17. September 1997 in Bad Neuenahr-Ahrweiler unterstrichen, daß durch Vernetzung und Kooperationen zwischen den für die Katastrophenvorsorge relevanten Akteuren erhebliche Nutzen- und Synergiepotentiale freizusetzen wären.

Als Impulsgeber bringt sich auch hier das Deutsche IDNDR-Komitee für Katastrophenvorbeugung e.V. mit einer Studie über „Kostensparnisse und Synergieeffekte durch engere Zusammenarbeit von Katastrophenschutz, Versicherungsschutz, Selbsthilfe- und Trägerorganisation der Katastrophenvorsorge“ ein.

Die Untersuchungen sollen u. a. der Definition von Potentialfeldern und Formulierung von disziplinübergreifenden Leitprojekten dienen und von der gesamtgesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Relevanz her die jeweiligen Kompetenzen in einem „Informationspool“ bündeln und verfügbar machen (Bild 2). Kernmodule eines integrierten Ansatzes zur Vernetzung in der Katastrophenvorsorge und Entwicklung eines integrierten Hilfeleistungssystems bilden die Daten-, Funktions- und Methodenintegration (Bild 3). D. h. die Abstimmung von Begriffen und die Entwicklung einer einheitlichen Terminologie der Katastrophenvorsorge und des Katastrophenschutzes (Projektgruppe „Einheitlicher Sprachgebrauch“, Leitung: Hans-Dieter Stoffels, DLR, und Projektgruppe „Risikoanalysen, Gefahrenanalysen, Datengewin-

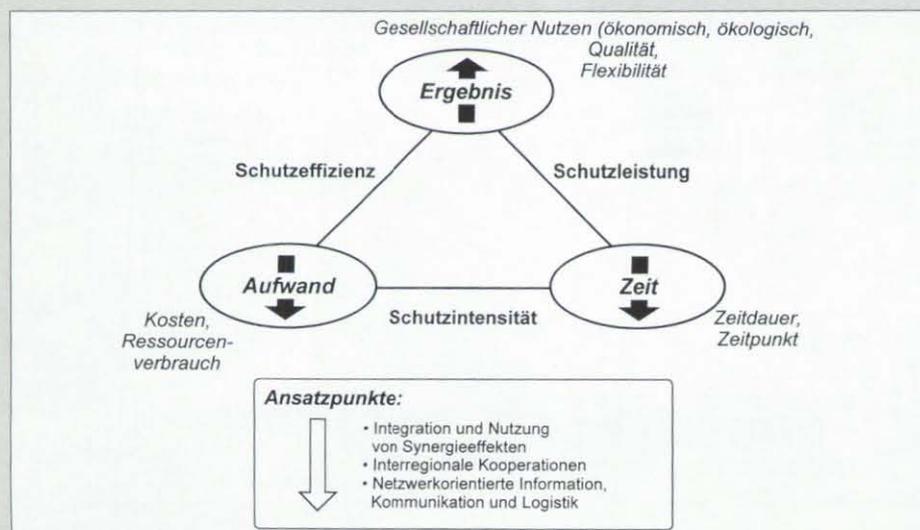
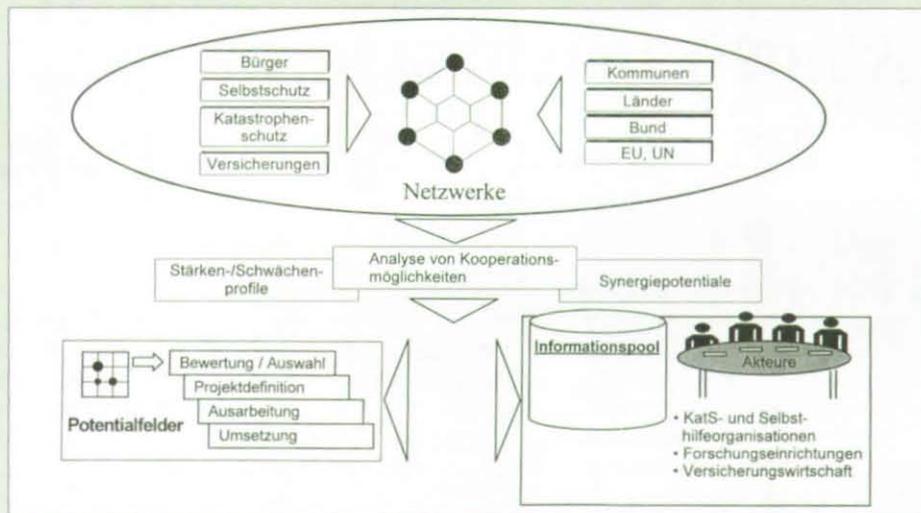


Bild 1:
Zielsetzungen
von Innovationen
in der
Katastrophenvorsorge.



Bild 2: Verbesserte Schutzleistung und Synergieeffekte durch Vernetzung in der Katastrophenvorsorge.



nung“, Leitung: Dr. Wolf R. Dombrowsky, Universität Kiel) sowie die Abstimmung von Aufgaben und Methoden (Projektgruppe „Harmonisierung“, Leitung: Harald Lewin, MHD).

Die Konkretisierung und Umsetzung der Handlungsziele sowie die Programm- und Projektintegration sind nach Diskussion und den Vorschlägen der einzelnen Projektgruppen Aufgabe der koordinierenden Projektebenen „Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“, Leitung: Wolfram Geier, ASB) und „Integriertes Hilfeleistungssystem“, Leitung: Klaus-Dieter Kühn, ARKAT.

Aufgabe der Projektgruppen wird es zunächst sein, auf der Grundlage von Stärken-/Schwächenprofilen der verschiedenen Akteure Schutzleistungen in gesamtgesellschaftlichen

Bezügen durch Vernetzung insgesamt verbessern zu helfen und unter Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsbezügen zu spezifizieren. Aus der grundsätzlichen Analyse von Kooperationsmöglichkeiten lassen sich dann Synergiepotentiale ableiten und konkrete Potential- und Innovationsfelder definieren. Langfristig sollte die Konzeption und Entwicklung des Informationspools zur Nutzung dieser Synergie- und Innovationspotentiale das Ziel sein, um so das Wissen und die Möglichkeiten der verschiedenen Akteure in der Katastrophenvorsorge im Ereignisfall gezielt abrufen und in das Katastrophenmanagement integrieren zu können.

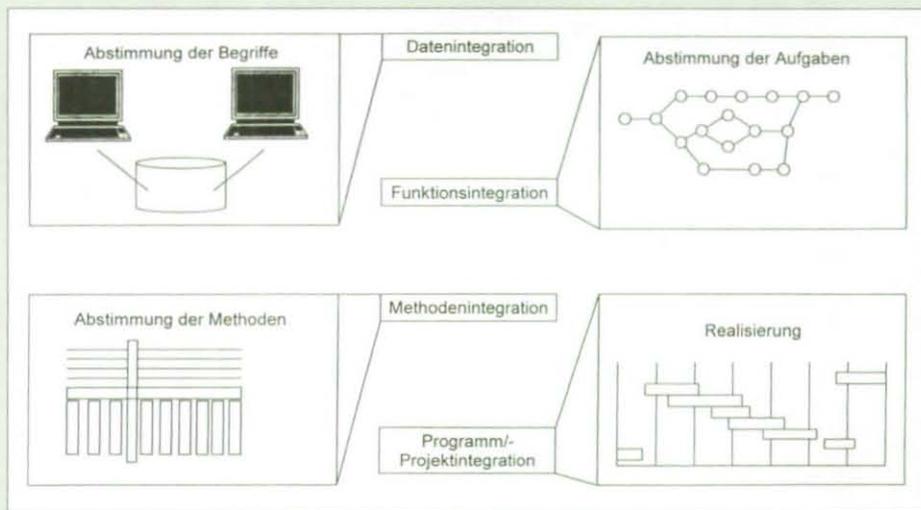
Die Katastrophenschutzreferenten der Hilfsorganisationen und Koordinatoren der „Ständigen Konferenz“ werden anlässlich einer Klau-

surtagung in Lindlar den Stand und die Fortschreibung der in Gang gesetzten Projektinitiativen diskutieren und die nächste Plenarsitzung der „Ständigen Konferenz“ am 9. März 1998 (Köln, ASB-Bundeshaus) vorbereiten.

Dabei ist die vom IDNDR eingebrachte Symbiotik mit gesellschaftlichen (ökonomischen, ökologischen und sozialen) Prozessen und insbesondere auch der Versicherungswirtschaft ein sehr innovatives Element in der gesamten Problematik nachhaltiger Katastrophenvorsorge. Im Sinne dieser neuen Qualität der Bündelung personeller, materieller und institutioneller Ressourcen wird und kann die „Ständige Konferenz“ als „Denkfabrik“ und „treibende Kraft“ nachhaltiger Katastrophenvorsorge wirken.

Klaus-Dieter Kühn

Bild 3: Module eines integrierten Ansatzes zur Vernetzung in der Katastrophenvorsorge.





Auch 1998 möchten wir wieder „Danke“ sagen müssen!

Wir wollen „Danke“ nicht zum Wort des Jahres 1997 erheben, aber wir möchten, daß dieser phonetisch eher unspektakuläre Zwei-Silber all denen noch lange in den Ohren nachklingt, denen das THW im Zusammenhang mit den dramatischen Überschwemmungen des Sommers '97 in Polen, Tschechien und Deutschland zu Dank verpflichtet ist.

Das Video dokumentiert die Einsatzschwerpunkte der THW-Helfer.



Das Technische Hilfswerk im Einsatz gegen das Oder-Hochwasser '97

Mit unserem Film „Gewußt, wie aus Technik Hilfe wird“ und unserem Bildband „54 Tage Oder: Wir konnten helfen“ haben wir den Hauptdarstellern des Hochwasser-einsatzes Danke gesagt:

○ unseren mehr als 7000 eingesetzten Helfern für insgesamt über 500 000 Stunden unermüdlichen Einsatzes und

○ allen unseren Partnern im Katastrophenschutz, die sich Seite an Seite mit uns dem Schlimmen widersetzt und damit das Schlimmste verhindert haben.

Mit unserem „Arbeitgeberplakat“ haben wir uns bei denen bedankt, die – oft unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Nachteile – dazu beitragen, daß unser weltweit einzigartiges System der Ehrenamtlichkeit im Katastrophenschutz erhalten bleibt:

Mit einem eigens dafür geschaffenen Plakat wird den Arbeitgebern der Dank des THW erstattet.

○ den Arbeitgebern der Helfer.

Das THW führt das Zahnrad in seinem Logo. Wir wissen, daß wir damit ein kleiner Teil des großen und leistungsfähigen Getriebes Katastrophenschutz in Deutschland sind. Wenn unser Zahnrad ständig im Eingriff bleibt, verdanken wir dies unseren Helfern und ihren Arbeitgebern ebenso wie unseren Partnern aus dem behördlichen wie aus dem Bereich der Hilfsorganisationen. Auch 1998.

Gewußt, wie aus Technik Hilfe wird

Technisches
Hilfswerk 

Wer gibt den Helfern die Zeit zu helfen?

B I L D

Dieser Arbeitgeber hat im Sommer 1997 für Hilfsmaßnahmen gegen das Hochwasser in Brandenburg, Polen und Tschechien Personal freigestellt und damit das ehrenamtliche Engagement zugunsten der betroffenen Bevölkerung gestärkt.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk dankt hiermit auch im Namen der Bundesregierung den Arbeitgebern aller eingesetzten THW-Helfer. Gerade in einer für viele wirtschaftlich schwierigen Zeit ist jeder Beitrag zum Wohle der Allgemeinheit besonders hoch einzuschätzen.

Danke !,

daß Sie unseren Helfern die Zeit gegeben haben, zu helfen.

B I L D

Generationswechsel bei „Christoph Hansa“

Wachablösung beim ADAC-Rettungshubschrauber „Christoph Hansa“. Die seit 1990 erfolgreich eingesetzte BO 105 wurde durch eine Maschine vom Typ MD 900 Explorer ersetzt. Der Helikopter zeichnet sich durch hohe Sicherheitsreserven und einen geringen Geräuschpegel aus. Der MD 900 Explorer bietet verbesserte Transport- und Behandlungsmöglichkeiten für schwerkranke oder verletzte Notfallpatienten.

Der neue „Christoph Hansa“ startet vom Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Hamburg-Boberg. Zur Besatzung gehören ein ADAC-Pilot, ein Notarzt und ein Intensivpfleger. Vor kurzem hat die Rettungsleitstelle der Hamburger Berufsfeuerwehr die einsatztaktische Führung übernommen, um die Hilfe bei dringenden Notfällen effektiver zu gestalten.

Ausweichsitz wird geschlossen

Nach einer Presseinformation des Bundesministeriums des Innern hat das Bundeskabinett in der Sitzung am 9. Dezember 1997 beschlossen, den Ausweichsitz der Verfassungsorgane des Bundes in Marienthal zu schließen.

Die Anlage entspricht nicht mehr dem heutigen Stand der Technik; das gilt insbesondere für den Brandschutz. Eine baufachliche Untersuchung hat ergeben, daß trotz baulicher Verringerung des Objekts bei einer umfassenden Renovierung der technischen Einrichtung mindestens 93 Mio. DM aufgewendet werden müßten. Eine Sanierung der Anlage würde mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage und der Kosten-/Nutzenabwägung ist die Anlage Marienthal entbehrlich. Der Bundesinnenminister hat daher vorgeschlagen, den Ausweichsitz im Ahrtal zu schließen. Diesem Votum hat sich das Bundes-

„Für den Notfall vorgesorgt“

„Für den Notfall vorgesorgt“ ist der Titel einer neuen Broschüre, die vom Bundesamt für Zivilschutz (BZS) in Bonn vorgestellt wurde. Mit Tips zur Vorratshaltung von Lebens- und Hygienemitteln sowie zur Sicherung von persönlichen Dokumenten und Energiequellen gibt die Broschüre dem Bürger wichtige Vorsorgehinweise. Außerdem gibt der Leitfaden Ratschläge über das Verhalten bei Unfällen und im Katastrophenfall. Anhand einer Checkliste können die Vorsorgemaßnahmen im eigenen Haushalt überprüft werden.

Die neue Broschüre ist ein wichtiger Ratgeber in Gefahrensituationen. Sie ist kostenlos beim Bundesamt für Zivilschutz, Postfach 20 03 51, 53133 Bonn, telefonisch unter der Nummer (02 28) 940 11 54 oder per Telefax (02 28) 940 29 81 erhältlich.

kabinett angeschlossen und den Bundesinnenminister beauftragt, die anderen Verfassungsorgane über dieses Ergebnis zu unterrichten und das weitere Verfahren zu erörtern.

Gemeinsame Rettungsstation

Die bundesweit erste gemeinsame Rettungs- und Intensivhubschrauberstation zweier Bundesländer, „Christoph 77“ in Mainz, wurde von der hessischen Gesundheitsministerin Margarethe Nimsch und vom rheinland-pfälzischen Innenminister Walter Zuber offiziell an die ADAC-Luftrettung übergeben.

Mit der Station werde die Luftrettung in beiden Ländern deutlich verbessert, unterstrichen Nimsch und Zuber. Gleichzeitig ermögliche das Modellprojekt durch die hohe Einsatzfrequenz und den damit verbundenen Auslastungsgrad des Rettungshubschraubers erhebliche Kosteneinsparungen für beide Länder.

Ministerin Nimsch unterstrich den Modellcharakter des Projektes. Beide Länder sehen in dieser bundesweit einmaligen Regelung einen konkreten Beitrag zur Kostenreduzierung und eine gleichzeitige qualitative Verbesserung des Versorgungsniveaus.

Zukünftig soll in Mainz der neue Rettungs- und Intensivhubschrauber vom Typ Eurocopter 135 zum Ein-

satz kommen, der schneller, leiser und damit umweltfreundlicher ist als die Vorgängermodelle. Eine in Hessen liegende Zentrale Koordinierungsstelle soll die Vergabe und Steuerung aller Sekundäreinsätze übernehmen. Für die rheinland-pfälzische Bevölkerung werde mit der neuen Rettungs- und Intensivhubschrauberstation nach dem Abzug des SAR-Hubschraubers der Bundeswehr aus Pferdsfeld auch zukünftig die schnelle Rettung aus der Luft gewährleistet, so Innenminister Zuber.

„DLRG ist unverzichtbarer Partner in der Notfallvorsorge“

Im Jahr 1996 haben im DLRG-Landesverband Bayern 4 820 Aktive rund 158 000 Wachstunden geleistet und dabei 29 Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Wie der bayerische Innenstaatssekretär Hermann Regensburger anlässlich einer Feier zur 10jährigen Partnerschaft der Wasserrettungsdienste des DLRG-Landesverbandes Bayern und der österreichischen Wasserrettung in Salzburg betonte, ist die DLRG ein unverzichtbarer Partner im System der staatlichen Notfallvorsorge.

Wie der Staatssekretär feststellte, nehmen die Mitgliederzahlen und

die ehrenamtlichen Aktiven der DLRG, entgegen dem allgemeinen Trend im Bereich des sozialen Ehrenamtes, stetig zu. Als „Geheimnis dieses Erfolges“ sieht er die vielfältigen Aktivitäten der DLRG. Beispielfähig nannte er neben der „klassischen Wasserrettung“ die Schwimm-ausbildung für die Bevölkerung. So wurden 1996 über 14 000 Menschen im Schwimmen und beinahe 2 900 im Rettungsschwimmen ausgebildet. Besonders hob Regensburger die Jugendarbeit der DLRG hervor.

„Feuerwehr zum Anfassen“

Rund um das Kaufhaus Karstadt im Siegener Stadtzentrum präsentierte sich die Freiwillige Feuerwehr über einen Zeitraum von 14 Tagen. Die Blauröcke der hauptamtlichen Wache und aller 25 Einheiten der Stadt zeigten „Feuerwehr zum Anfassen“. Neben täglich wechselnden Vorführungen wie das Retten aus verunglückten Fahrzeugen und das Ablöschen in Brand geratener Kleidung ergänzte eine Ausstellung in den Räumen des Kaufhauses die erstmalig praktizierte Öffentlichkeitsarbeit.

In vielen Gesprächen konnte die Feuerwehr für ihre Sache werben und darüber hinaus neue Floriansjünger und -jüngerinnen gewinnen. Der Besuch des Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen, Klaus Schneider, und des Bezirkbrandmeisters aus Arnsberg, Jürgen Wirth, zur abschließenden Großübung in der Siegener City unterstrich die Bedeutung der Akzeptanzwerbung für die Feuerwehr.

Zivilschutz- informationen per Mausklick

Seit Anfang des Jahres gibt es eine schnelle und aktuelle Möglichkeit, sich über den Zivilschutz in Deutschland zu informieren. Das Bundesamt für Zivilschutz (BZS)

stellt mit seiner Website <http://www.bzs.bund.de> ein neues Angebot bereit. Rund um die Uhr kann Wissenswertes zum Zivilschutz, dem BZS und seinen Dienstleistungen abgerufen werden.

Neben dem Wortlaut verschiedener Rechtsvorschriften gibt es den Veranstaltungskatalog der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) mit einer aktuellen Übersicht der verfügbaren Termine. Informationen zum Selbstschutz, Schutz von Kulturgut und anderen Zivilschutzbereichen, eine aktuelle Seite und Beiträge aus dem „Bevölkerungsschutz-Magazin“ runden das Angebot ab.

Das bereits fast 100seitige Angebot wird ständig aktualisiert und erweitert. Neben der Möglichkeit, Broschüren und Informationsmaterial auf elektronischem Wege zu beziehen, soll in Zukunft auch die Anmeldung zu Seminaren der AkNZ vom Computer aus möglich werden. In der Planung ist auch ein Diskussionsforum zu Zivil- und Katastrophenschutzthemen.

Großauftrag vom Ministerium

Die Auergesellschaft GmbH, Berlin, hat vom Bundesministerium des Innern einen Auftrag zur Lieferung von über 4000 Preßluftatmern des Typs Auer BD 96 erhalten. Mit den Atemschutzgeräten werden insgesamt 360 deutsche Feuerwehren ausgestattet.



Die vom Bund beschafften Preßluftatmer ergänzen die Ausrüstung der Feuerwehr.

Das Grundgerät des BD 96 hat eine körpergerecht geformte Trageplatte und Komfort-Tragebänderung. Der Preßluftatmer kann wahlweise mit einer oder zwei Druckluftflaschen, sowohl aus Stahl als auch aus Composite, betrieben werden. Die Verwendung der Flaschen aus Composite-Verbund-Material gestattet es, entweder das Tragegewicht zu halbieren oder die Einsatzzeit zu verdoppeln. Das universelle Grundgerät erlaubt die Verwendung sowohl von Normaldruck- als auch von Überdruck-Lungenautomaten.

Kooperation auf internationaler Ebene

Der voraussichtliche NATO-Beitritt der mittelosteuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn zum 50. Geburtstag des Bündnisses im April 1999 mag der Grund gewesen sein, daß Ungarn die NATO-Experten-Gruppe für Warn- und Überwachungssysteme zur Herbsttagung nach Budapest gebeten hat.

Der Tagung ging ein Erfahrungsaustausch zwischen dem ungarischen Innenministerium und einer Delegation von Fachleuten des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) unter der Führung von BZS-Präsident Helmut Schuch voran. General Istvan Orovecz, Leiter der Zentrale des ungarischen Zivil- und Katastrophenschutzes im Innenministerium in Budapest, hatte dieses Treffen ange-regt.

Die Expertentagung im Rahmen des Programms der euro-atlantischen Partnerschaft wurde erstmals in diesem mittelosteuropäischen Land durchgeführt. Ganz im Sinne der NATO-Osterweiterung, denn nach aktiver Teilnahme an der internationalen Verfahrensübung „INTEX '98“ erfolgt jetzt die Koordinierung, d. h. die Festsetzung der Rahmenbedingungen für die nächste internationale Übung, mit dem Ziel der weiteren Verfeinerung der Möglichkeiten zur Warnung der Bevölkerung vor grenzüberschreitenden Gefahren. Die Zusammenarbeit beim Oderhochwasser ist ein gutes Beispiel für das grenzüberschreitende

Wirken internationaler Solidar-Gemeinschaften.

Beim Treffen in Budapest waren Vertreter aus 21 Nationen sowie Repräsentanten des NATO-Hauptquartiers sowie von SHAPE anwesend. Auf der umfangreichen Tagesordnung standen daher die Themen über die gegenseitige Unterstützung in Katastrophenfällen im Mittelpunkt. Diskutiert wurden im Plenum Fachfragen zum Ausbau der „Cross Border Leistungen“ auf verschiedenen Ebenen. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Erfassung der Tätigkeiten verschiedener nationaler und internationaler Behörden und Institutionen und deren Zuständigkeiten im Rahmen internationaler Hilfe-Ersuchen. Ziel war es, durch komplexe planerische Komponenten Schwachstellen zu erkennen und zu beseitigen.

Seit etwa einem Jahr bemühen sich auch deutsche Experten, den ungarischen Zivil- und Katastrophenschutz zu modernisieren und auf den euro-atlantischen Standard zuzuschneiden. Ein wichtiger Aspekt dieser Herbsttagung war daher die Präsentation des ungarischen Warndienstes an ausgewählten Fallbeispielen.

Übung „Cooperative Rescue“

Ende 1997 war Rumänien im Rahmen des NATO-Programms „partnership for peace“ (pfp) Gastgeber der Übung „Cooperative Rescue“.

Nach einem abendl. Empfang der Delegation am 28. September 1997 in Bukarest erfolgte am 29. September die Anreise in ein Hotel in der Nähe von Brasov (Kronstadt). Dort begann das Programm zur Einweisung in die Übung mit Stellungnahmen der rumän. Gastgeber, Vertretern der NATO und Teilnehmern. Die eigentliche Übung fand am 1. Oktober 1997 statt.

Gegenstand war der angenommene Absturz eines Flugzeuges, in dessen Folge eine größere Anzahl von „Verletzten“ und „Toten“ im Gelände zu retten und zu bergen waren. Die „Opfer“ wurden von Mitglie-

dern des rumänischen Zivilschutzes dargestellt. Außerdem war eine Vielzahl von Bränden zu löschen und Trümmer zu beseitigen. An der Übung beteiligten sich fast 100 Personen.

Die Übung war sehr gut und mit großem Aufwand vorbereitet. Der Ablauf erfolgte geordnet und zügig, trotz schlechten Wetters (Schneereggen). Die unmittelbaren Übungsziele wurden alle erreicht.

Die technischen Übungs-Vorbereitungen wurden von italienischen Kräften unterstützt. An den Bergungs- und Rettungsaktionen nahmen auch ungarische Kräfte teil. Als Beobachter waren neben Vertretern der NATO Delegationen aus den Staaten USA, Frankreich, Deutschland, Mazedonien, Österreich, Slowakei, Slowenien, Schweden, Tschechien, Griechenland, Bulgarien, Ukraine und Lettland zugegen.

Erklärtes Ziel der rumänischen Gastgeber war, mit der Übung zu zeigen, daß Rumänien personell, materiell und organisatorisch geeignet sei, in die NATO aufgenommen zu werden. Rumänien beabsichtigt, weitere Veranstaltungen dieser Art durchzuführen.

Seminar Pfp- Partner in Prag

Über 80 Repräsentanten aus 27 Nationen, darunter 17 Partnerländer, nahmen im Rahmen des NATO-Programmes „partnership for peace“ (pfp) an dem Seminar des Indu-

strie-Planungs-Ausschusses (IPC) am 20./21. Oktober 1997 in Prag teil. Die Veranstaltung bot erstmalig die Gelegenheit zum Informationsaustausch über industrielle/wirtschaftliche Krisenvorsorge zwischen NATO-Mitgliedsstaaten und Pfp-Partnerländern. Erörtert wurden Probleme und Wege der Sicherstellung der Versorgung der Zivilbevölkerung wie auch der Streikkräfte mit lebenswichtigen Waren, Gütern und Dienstleistungen während einer Krise.

Christian Dosset, der Vorsitzende des IPC, gab einleitend einen Überblick über die neuen Herausforderungen an die Versorgungsplanungen im industriellen/wirtschaftlichen Bereich. Er machte deutlich, daß aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft eine koordinierte internationale Zusammenarbeit zur Krisenbewältigung immer wichtiger werde.

Weiter stellte Dosset die Bedeutung der vor einigen Monaten vom NATO-Rat gebilligten Studie des IPC über die Krisenvorsorgeplanungen der NATO-Mitgliedstaaten (Priorities and Allocations Systems in the Alliance) heraus und lud die Partnernationen zur Mitarbeit an der Fortentwicklung der Studie ein.

Deutschland (H.-W. Roth, BZS), Tschechien, Finnland und die Niederlande stellten anschließend ihre nationalen Regelungen und Planungen vor. Dabei stieß das deutsche System der Steuerungsmöglichkeit durch Vorrangerklärungen auf besonderes Interesse.

Im zweiten Block des Seminars wurden Probleme des ungehinderteren Zugangs zu lebenswichtigen Res-



Blick in den Versammlungsraum in Prag.

sources zur Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte diskutiert. Die Herausforderungen durch „just in time production“, Privatisierung staatlicher Unternehmen und Aufgaben sowie die zunehmende Globalisierung der Märkte wurden von allen Seiten beleuchtet. Hierbei wurde deutlich, daß im Gegensatz zu den meisten NATO-Mitgliedern die ehemaligen Ostblockstaaten sehr stark auf die Bevorratung lebenswichtiger Ressourcen ausgerichtet sind.

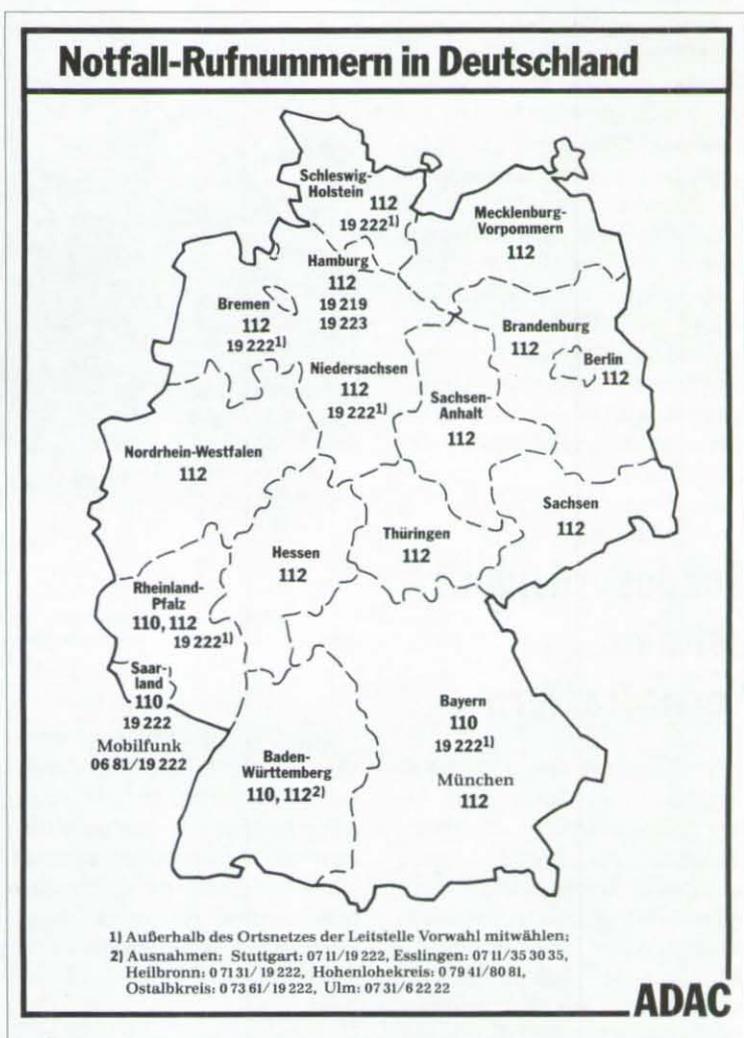
Der letzte Block galt der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Regierungen. Raymond Schaus, Mitglied des Internationalen Stabes der NATO, stellte in einem einführenden Statement Aufgaben und Bedeutung der Conference of National Armaments Directors (CNAD) sowie der NATO-Industrial Advisory Group (NIAG) heraus. Dabei wies er auf die neuen Herausforderungen an die Rüstungskoooperation innerhalb der Allianz hin. Abschließend stellte Willian Denk das Kriseninstrumentarium der USA vor. Es wurde deutlich, daß Krisenmanagement in den USA als gemeinsame Aufgabe von Regierung und Industrie verstanden wird. Entsprechend sind die gesetzlichen Grundlagen konzipiert.

Insgesamt war die Veranstaltung erfolgreich. Es ist vorgesehen, im IPC-Arbeitsprogramm 1998-2000 entsprechende Folgeveranstaltungen anzubieten.

Abstrahlung von Handys ungefährlich

Handys und schnurlose Telefone sind bereits sehr verbreitet. Viele besorgte Bürger fragen beim Bundesamt für Strahlenschutz nach, ob die hochfrequente Abstrahlung von Handys die Gesundheit beeinträchtigen könnte.

Bereits seit einigen Jahren werden die Abstrahlungen vieler Handys von unterschiedlichen Institutionen untersucht. Sowohl national als auch international liegen zahlreiche Untersuchungsergebnisse vor. Alle haben gezeigt, daß die untersuchten handelsüblichen Handys die international empfohlenen Grenzwerte der



Noch keine einheitliche Notfall-Nummer

Noch immer gibt es nach einer aktuellen Übersicht des ADAC in Deutschland keine einheitliche Telefon-Nummer für Notfälle. Bereits seit Ende 1996 sollte die von der EU festgelegte Nummer 112 auch in Deutschland flächendeckend geschaltet sein. Diese Nummer soll in allen Ländern der Europäischen Union gelten.

In Deutschland dagegen gelten heute neben der Polizei-Nummer 110 in einigen Bundesländern weiterhin die Rettungsdienst-Nummer 19 222 und andere Leitstellen-Nummern. Der ADAC fordert die bundesweite Schaltung der 112. Unter dieser Nummer bekommt man über die bereits bestehenden Leitstellen von erfahrenen, geschulten Feuerwehr-Experten schnelle Hilfe. Die Nummer 112 gilt heute in zwölf Bundesländern, allerdings nicht immer flächendeckend. Häufig laufen die Notfall-Anrufe bei der nächsten Polizei-Dienststelle auf, von wo sie an die entsprechende Stelle weitergeleitet werden müssen. Die Rettungsleitstellen mit der Nummer 19 222 oder ähnlichen müssen außerhalb ihrer Ortsnetze mit der Vorwahl angerufen werden, das verzögert vor allem die Alarmierung per Handy, wenn der Autofahrer nicht weiß, in welchem Ortsnetz-Bereich er unterwegs ist.

Absorption einhalten. Gesundheitsgefahren gehen von den Geräten nach bisherigem Wissen nicht aus. Als Regel kann gelten, daß Handys,

die bestimmte Abstrahlleistungen nicht überschreiten, stets die Grenzwerte einhalten. Im einzelnen sind das im D-Netz 2 Watt und im E-Netz

1 Watt maximale Abstrahlleistung; beim C-Netz liegt dieser Wert bei 0,5 Watt. Die maximale Abstrahlleistung wird jedoch nur selten benötigt.

Höhere Sendeleistungen treten hauptsächlich bei Autotelefonen auf. Bei diesen Geräten werden jedoch durch abgesetzte Antennen – zum Beispiel auf dem Dach des Fahrzeugs – ausreichende Abstände zum Körper gewährleistet. Schnurlose Telefone für Haus und Garten werden übrigens nur mit sehr viel geringeren Leistungen betrieben und sind ebenfalls gesundheitlich unbedenklich.

Bundespräsident bei den Seenotrettern

Anlässlich des 169. Eiswett-Stiftungsfests am 17. Januar 1998, bei dem er als Gastredner das Thema „Tradition und Wandel – neue Formen der Zivilgesellschaft“ über seinen Vortrag stellte, besuchte Bundespräsident Roman Herzog die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) in seiner Funktion als Schirmherr. Von 13 Stationen an Nord- und Ostsee waren freiwillige und festangestellte Vormänner nach Bremen gekommen, um über ihre Arbeit zu berichten.

In seiner Rede vor 705 Gästen plädierte er für die Stärke der individuellen Verantwortung und nannte als Beispiel die DGzRS „...eine Gesellschaft, die eine Aufgabe wahrnimmt, von der jeder sagen wird, das ist doch eigentlich für den Staat; die keinen Pfennig staatliche Hilfe bekommt; die von großen Institutionen, vor allem aber von einer sechststelligen Zahl von Einzelpersonen und kleinen Gruppierungen unterstützt wird und ihre Aufgaben damit wahrnehmen kann. So stelle ich mir sicher nicht in allen Bereichen, aber dort, wo es möglich ist, unseren Staat, unsere Gesellschaft, unsere politische Ordnung vor.“

Bereits bei der Übernahme der Schirmherrschaft anlässlich seines Amtsantritts als Bundespräsident im Juli 1994 sagte Herzog: „Ich bin besonders beeindruckt, daß die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger ihre humanitäre



Mit freiwilligen und hauptamtlichen DGzRS-Vormännern von Nord- und Ostsee führte Bundespräsident Herzog Gespräche über die praktische Arbeit im Seenotrettungsdienst. (Foto: DGzRS)

Aufgabe ohne jegliche Inanspruchnahme staatlicher Zuwendungen verrichtet und der überwiegende Teil des seemännischen Personals aus freiwilligen Rettungsmännern besteht, die durch ihren entschlossenen Einsatz ein hervorragendes Beispiel menschlicher Hilfeleistung geben.“

Sirenen heulen für neue Zwecke

Im Bereich der Städte Landshut und Schweinfurt sowie des Landkreises Altötting hat das bayerische Innenministerium im Rahmen von Pilotprojekten insgesamt 118 vormals bundeseigene Zivilschutzsirenen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen und bestimmter Störfallbetriebe nachgerüstet, teilte Innenstaatssekretär Hermann Regensburger mit.

Nach Abschaltung des Warn-dienst-Sirenenetzes 1993 wurde den Ländern die Zivilschutzsirenen zur Übernahme angeboten. Von den 11 000 Zivilschutzsirenen im Freistaat Bayern wurden ca. 8 000 von den Gemeinden übernommen und werden derzeit mit den vorhandenen Feuerwehrsirenen für die Alarmierung der Feuerwehren verwendet. Den Gemeinden obliegt die Wartung und ggf. Instandsetzung der

Sirenen. Darüber hinaus haben die Sirenen derzeit keine besondere Zweckbestimmung.

Sind Schmucksteine radioaktiv?

Die Farbe von Edelsteinen und Halbedelsteinen kann durch ionisierende Strahlung verändert oder intensiviert werden. In der Natur geschieht dies durch Strahlung, die von natürlichen Radionukliden in der Erde ausgeht. Der Effekt kann aber auch durch künstliche Bestrahlung der Steine hervorgerufen werden. Meist werden Topas-Steine bestrahlt, die dadurch eine charakteristische blaue Farbe erhalten. Andere Steine, deren Farbe durch Bestrahlung verbessert wird, sind z. B. Rubin und Saphir, Aquamarin und Turmalin, aber auch Diamanten und Perlen.

Bestrahlt wird in der Regel mit Elektronen- oder Gammastrahlung. Dabei entsteht keinerlei Aktivität in den Steinen, das Tragen ist in diesem Fall also unbedenklich. Selten werden Edelsteine mit Neutronen bestrahlt, da dies viel komplizierter ist. Dabei werden in den Steinen verschiedene Radionuklide gebildet, die selber Strahlung aussenden, deren Strahlungsintensität aber mit der Zeit abklingt. Typische Einlagerungen verschiedenster Elemente in den

Schmucksteinen ergeben unterschiedliche Strahlungsintensitäten und Abklingzeiten. Wird derartige Schmuck ständig getragen, wirkt die Strahlung örtlich begrenzt auf die Haut ein. Die Haut ist jedoch verglichen mit anderen Organen des Körpers relativ strahlenunempfindlich.

Die im Handel befindlichen bestrahlten Schmucksteine stammen aus dem Ausland; in Deutschland legt die Strahlenschutzverordnung höchstzulässige Aktivitätswerte fest, um eine gesundheitliche Gefährdung zu vermeiden.

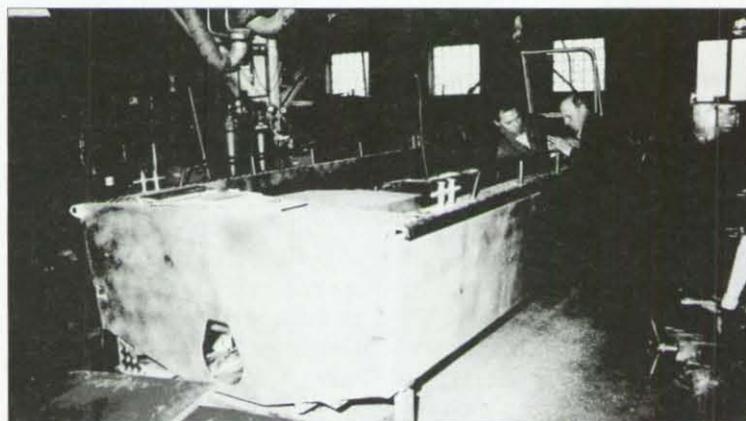
Aus grundsätzlichen Erwägungen ist jedoch generell davon abzuraten, mit Neutronen bestrahlte Edelsteine zu tragen, denn ein Strahlenschutzgrundsatz besagt, daß jede unnötige, ungerechtfertigte Strahlenexposition zu vermeiden ist. Die Strahlenbehandlung von Edelsteinen mit der Folge, daß sie aktiviert werden, wird als unnötig und ungerechtfertigt angesehen. Bereits beim Kauf der Steine sollte man sich deshalb davon überzeugen, daß die Schmucksteine nicht radioaktiv sind.

Es gibt eine internationale Nomenklatur, nach der ein behandelter, bestrahlter Stein zu kennzeichnen ist. Die über den offiziellen Edelsteinhandel erhältlichen Edelsteine werden alle gemessen; die evtl. noch vorhandene Radioaktivität ist kaum mehr meßbar. Deshalb ist bei diesen Steinen nicht mit gesundheitlichen Schäden zu rechnen. Der Händler kann darüber Auskunft geben.

Mehrzweckboot für Feuerwehr Wolfratshausen

„Florian Wolfratshausen 99/1“ ist der Funkrufname des neuen Wasserfahrzeugs der Freiwilligen Feuerwehr Wolfratshausen. Das Mehrzweckboot nach DIN 14961 mit einer Länge von 4,96 Metern, einer Breite von 2,10 Metern und einem Tiefgang von 0,60 Metern wird vornehmlich auf den Flüssen Isar und Loisach, aber auch auf den umgebenden Badeseen eingesetzt.

Mit einem Gewicht von nur 850 Kilogramm kann das moderne Aluminiumboot, gebaut auf einer Bin-



Beim Bau des neuen Mehrzweckbootes der Feuerwehr Wolfratshausen setzte man auf den Werkstoff Aluminium. (Foto: Tutsch)

nenbootswerft im Münchner Süden, leicht von der Drehleiter im Kranbetrieb gewässert werden und ist somit nicht auf Anlege- oder Slipstellen angewiesen. Die Zuladung beträgt 650 Kilogramm. Das erlaubt u. a.

die Installation einer Tragkraftspritze, für die bereits Halterungen vorgesehen sind. Angetrieben wird das Boot durch einen schallgedämmten 100-PS-Außenborder.

Termine

23. bis 25. April: 125 Jahre Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein
Ort: Rendsburg
Info: LFV Schleswig-Holstein, Sophienblatt 33, 24114 Kiel

13. bis 15. Mai: 9. DRK-Rettungskongreß „Rettungsdienst 2000“
Ort: Münster
Info: Deutsches Rotes Kreuz, Kongreßbüro, Auf dem Steinbüchel 22, 53340 Meckenheim-Merl

16. August: 130 Jahre Thüringer Feuerwehrverband
Ort: Jena
Info: Thüringer Feuerwehrverband, Magdeburger Allee 4, 99086 Erfurt

5. September: Deutsche Feuerwehr-Crosslauf-Meisterschaft und 2. Internationaler Feuerwehr-Crosslauf
Ort: Düppenweiler (Saar)
Info: Ortwin Zimmer, Hüttersdorfer Straße 31, 66701 Düppenweiler

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Hubertus Bartmann, Traubenweg 6, 93309 Kelheim: 17.–18.4. Fachtagung „Taucher-Tage '98“, Ludwigsburg bei Stuttgart.

Bundesamt für Zivilschutz (BZS), Deutscherherrenstraße 93, 53177 Bonn: Die Ausstellungen des BZS sind wie folgt zu sehen: 13.–15.5. DRK-Rettungskongreß, Münster. 17.5. Tag der offenen Tür, Wittmund. 13.–14.6. 7. Allgäuer Notfallsymposium, Memmingen. 3.–5.7. Bundeskongreß Rettungsdienst, Bremen. 10.–13.9. Florian Dresden. 7.–9.10. Arbeitsschutz aktuell, Leipzig. 8.–11.10. Rettungskongreß, Amberg. 10.–18.10. Ostfrieslandschau, Leer.

Dräger Sicherheitstechnik GmbH, Seminarzentrum DrägerService, Revalstraße 1, 23560 Lübeck: 27.–29.4., 22.–24.6., 26.–28.10. Atemschutzlehrgänge Hohenpeißenberg. Der Lehrgangsplan für die Gasmestechnik-Seminare kann angefordert werden.

ecommed Kongreß-Service, Rudolf-Diesel-Straße 3, 86899 Landsberg: 24.–25.3. Lagerung gefährlicher Stoffe, Düsseldorf. 27.–29.4. 8. Münchner Gefahrgut-Tage. 15.–16.6. 9. Internationale Binnenschiffahrts-Gefahrgut-Tage, Bingen. 23.–25.9. Spezialseminar für Gefahrgut-Experten, Bad Honnef. 13.–15.10. Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz, Hürth-Knapsack bei Köln. 11.–14.11. 14. Münchner Gefahrstoff-Tage. 30.11.–2.12. 5. Münchner Umwelt-Tage. 12/98 Transport von Explosivstoffen, Troisdorf bei Köln.

Haus der Technik e. V., Hollestraße 1, 45127 Essen: 23.3. Brandschutz in Verkehrstunnelanlagen, München. 13.–14.5. Brand- und Intrusionsschutz in der Praxis, Essen. 16.6. Brand- und Explosionsgefahren, Essen.

Minimax GmbH, Schulungszentrum, Minimaxstraße 1, 72574 Bad Urach: Der Lehrgangsplan für die Brandschutz-Seminare kann angefordert werden.

Niedersächsische Landesfeuerwehrschule Loy, Braker Chaussee 245, 26180 Rastede: Der Lehrgangsplan für die Feuerwehrausbildung im 1. Halbjahr 1998 kann an der Schule angefordert werden.

Safe-Tec GmbH, Beratung und Service in Sicherheitstechnik und Umweltschutz, Novesiastraße 56, 41564 Kaarst: 29.4. Brandschutztechnische Unterweisung für Beschäftigte. 13.–14.5. Praxisseminar Meßtechnik für Industrie und Feuerwehren. 8.–9.6. Lehrgang Atemschutzgeräteträger für Industrie und Feuerwehren. 10.6. Brandschutztechnische Unterweisung für Beschäftigte. 17.–21.8. Ausbildung Brandschutzbeauftragter I.

Das Bonner Innenministerium
*Innenansichten
einer politischen Institution*
Hrsg.: Dr. Siegfried Fröblich,
Reinhold Haverkamp, Dr. Hans-
Jürgen von der Heide, Sieghardt
von Köckritz, Dr. Eckart Schiffer
Ca. 400 Seiten, 49,90 DM
Osang Verlag, Am Römerlager 2,
53117 Bonn

Ein halbes Jahrhundert wird die oberste Innenbehörde unseres Staates am Rhein residiert haben, wenn sie 1999 an die Spree zurückkehrt. Sie hat in diesen fünf Jahrzehnten die politischen Geschehnisse Deutschlands entscheidend mitgestaltet. Diese Jahre aus der Sicht der Angehörigen des Ministeriums festzuhalten, ist das Ziel des in seiner Anlage und Entstehungsgeschichte einmaligen Buches: Insgesamt 43 ehemalige und aktive Angehörige des Hauses legen die Innenansichten eines der größten Ministerien in Deutschland dar.

Geschildert werden die Vorgeschichte dieser „Mutter der Ministerien“ und die Örtlichkeiten an der Bonner Graurheindorfer Straße, das Ambiente zur Zeit der Gründung 1949 sowie die Phasen des organisatorischen und räumlichen Ausbaus. Kernstück des Buches ist die Kapitelfolge der Innenminister und ihrer Amtszeiten von Heinemann bis Kanther. Lebendige Portraits der Minister und ihrer Staatssekretäre bilden den Ausgangspunkt für eine Darstellung der entscheidenden Ereignisse in allen Bereichen des Innenministeriums und damit der Innenpolitik in Deutschland. Insgesamt entfaltet sich so vor den Augen des Lesers ein Stück lebendig-anschaulicher Geschichtsschreibung.

Ein Anhang schließlich enthält eine Zeittafel des Bundesinnenministeriums, einige Organisationsübersichten sowie ein Verzeichnis der zum Bundesinnenministerium gehörenden Dienststellen und ihrer Leiter.

Katastrophenmedizin
*Leitfaden für die ärztliche
Versorgung im Katastrophenfall*
4., überarb. Auflage, 230 Seiten
Bundesamt für Zivilschutz

Die Schutzkommission, ein Beratungsgremium beim Bundesminister

des Innern, legt mit dem Titel ein Vademecum für die Ärzte in der Bundesrepublik vor. Es soll in Katastrophenfällen helfen, beim Auftreten von Panik, Massenverletzungen, Strahlenschäden, Vergiftungen und Seuchen das ärztlich Notwendige zu tun oder zu veranlassen.

Der Leitfaden ist dazu bestimmt, am Katastrophenort zu Rate gezogen zu werden. Er kann kein Ersatz für Lehr- oder Handbücher sein, sondern soll den Ärzten helfen, im Katastrophenfall rasch eine richtige Entscheidung zu treffen.

Der Leitfaden kann kostenlos bezogen werden beim Bundesamt für Zivilschutz, Referat II.2, Deuschherrenstraße 93–95, 53177 Bonn.

**Zivilschutz-Forschung,
Neue Folge**
*Schriftenreihe
der Schutzkommission
beim Bundesminister des Innern
Bundesamt für Zivilschutz*

Das Bundesamt für Zivilschutz veröffentlicht in der Schriftenreihe Forschungsberichte und Vorträge auf den Jahrestagungen der Schutzkommission beim BMI. Die nachfolgend beschriebenen Bände 25 und 29 sind neu erschienen. Diese und weitere Bände können kostenlos bezogen werden beim Bundesamt für Zivilschutz, Referat II.2, Deuschherrenstraße 93–95, 53177 Bonn.

Band 25
Klaus Buff und Helmut Greim
Abschätzung
der gesundheitlichen Folgen
von Großbränden
*Literaturstudie
Teilbereich Toxikologie*
138 Seiten

Die vfdB-Richtlinie 10/01 ist ein Versuch, der Einsatzleitung bei Bränden und Gefahrstoffeinsätzen Anhaltspunkte für die Gesundheitsgefährdung von Einsatzkräften und Bevölkerung durch die Angabe von Einsatztoleranzwerten von Brandgasen/Schadstoffen an die Hand zu geben.

Der vorliegende Bericht gibt für die vorgeschlagenen Einsatztoleranzwerte und für einige zusätzlich aufgenommene Brandgase eine

toxikologische Begründung. Dazu wurde die wissenschaftliche Literatur über die akute inhalative Toxizität der einzelnen Stoffe gesichtet und mit der genannten Zielsetzung ausgewertet.

Reizwirkungen auf die Schleimhäute von Auge und Atemtrakt sowie auf die Lunge waren ein wichtiger Aspekt der toxikologischen Bewertung vieler anorganischer Brandgase. Stoffspezifische Effekte spielten bei der Bewertung ebenfalls eine große Rolle. Die Frage der sogenannten Kombinationswirkungen der Brandgase konnte im wesentlichen auf die Betrachtung der Einzelstoffwirkung zurückgeführt werden.

Ein Vergleich von Menge/Konzentration von Verbrennungsprodukten realer Brände und experimenteller thermischer Zersetzungen mit den Einsatztoleranzwerten ergibt, daß nur wenige Stoffe eines „normalen“ Brandgasgemischs für die Gesamtoxizität relevant sind. Dies sind die vier Stoffe Chlorwasserstoff, Zyanwasserstoff, Formaldehyd und Kohlenmonoxid. Die Identifizierung und Konzentrationsmessung dieser Stoffe reicht bei allgemeinen Bränden aus, in Verbindung mit den Einsatztoleranzwerten eine erste Gefährdungsabschätzung vorzunehmen. Brände und Gefahrguteinsätze mit jeweils speziellem Brand/Gefahrgut erzeugen weitere Stoffe mit toxisch relevantem Potential, die dann ebenfalls mit ihren Einsatztoleranzwerten in eine Gefährdungsabschätzung einbezogen werden müssen.

Band 29
**Dieter Hesel, Hartmut Kopp und
Uwe Roller**
Erfahrungen
aus Abwehrmaßnahmen
bei chemischen Unfällen
152 Seiten

Die Ermittlung von Schwachstellen bei der Bekämpfung chemischer Unfälle wurde auf der Grundlage von dreizehn ausgewählten Chemieunfällen durchgeführt. Die ermittelten Schwachstellen liegen auf den Gebieten Organisation und Ablauf der Alarmierung, Einsatzvorbereitung sowie Vorabinformation und Warnung der Bevölkerung.

Die Führungsstruktur und der Aufbau der Einsatzleitung ist standortbezogen festzulegen. Um den Aufbau einer Einsatzleitung bei Che-

mieunfällen zu erleichtern, wird ein Führungsmodell vorgeschlagen, das die Zusammenarbeit der Gefahrenabwehrkräfte vereinfachen soll.

Die Vorabinformation und Warnung der Bevölkerung muß intensiviert werden, da diese in den untersuchten Fällen nur über mangelhafte Kenntnisse der möglichen Selbstschutzmaßnahmen bei Chemieunfällen verfügte.

Das Kapitel, das die Empfehlungen enthält, ist so abgefaßt, daß es unabhängig vom Gesamtbericht als Grundlage für die standortbezogenen Planungen zur Verbesserung der Bekämpfung chemischer Unfälle dienen kann.

K. Runggaldier und T. Bals
**Evaluierung
der Berufsausbildung
zum Rettungsassistenten**
Schriftenreihe

zum Rettungswesen, Band 16
346 Seiten, 40,- DM

DRK Beschaffungs- und Vertriebs-
GmbH
Liebigstraße 8, 48301 Nottuln

Die Studie untersucht die Frage, inwieweit den angehenden Rettungsassistenten die in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vorgegebenen Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen der Ausbildung vermittelt werden. Zur Beantwortung dieser Frage wurde geprüft, wie gut die Auszubildenden die notwendigen Grundlagen beherrschen und wie sicher sie diese anwenden können.

Sowohl aus patientenorientierter Sicht als auch im Hinblick auf ein angemessenes Qualitätsmanagement ist es erforderlich, wesentliche sich aus dieser Studie ergebenden Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen zeitnah umzusetzen, um zur Sicherung und Weiterentwicklung des anerkannten rettungsdienstlichen Versorgungssystem in Deutschland beitragen zu können.

Insgesamt versteht sich der vorliegende Band als ein Beitrag zur Versachlichung und Objektivierung der bearbeiteten Fragestellung. Im Rahmen der Studienreihe „Personal im Rettungsdienst“ verfolgt auch dieser Band das Ziel, die Qualifikation sowie die Fort- und Weiterbildung des rettungsdienstlichen Personals weiter zu optimieren.

Alfons Remppe
Feuerlöschmittel
*Eigenschaften – Wirkung –
Anwendung*
6., überarb. u. erw. Auflage,
164 Seiten, 39,80 DM
W. Kohlhammer GmbH,
70549 Stuttgart

Die „Feuerlöschmittel“ beschreiben einerseits die bewährten, herkömmlichen Löschmittel, andererseits aber auch die Neuentwicklung auf dem Löschmittelmarkt. Es wird ausführlich auf die Ersatzstoffe für das nicht mehr zugelassene Halon eingegangen. Ebenso wird der Tendenz zur Anwendung von zerstäubtem Wasser gefolgt.

Die entsprechenden apparativen Innovationen für den mobilen und stationären Einsatz werden dargestellt und beurteilt. Die Einarbeitung neuer Normvorschriften und die teilweise neue Bebilderung runden das Werk ab.

Hubertus Bartmann
Lehrgang Feuerwehraucher
*Begleitheft zum Prüfungslehrgang
für Feuerwehraucher*
172 Seiten, 48,- DM
ecomod verlagsgesellschaft AG &
Co. KG, Rudolf-Diesel-Straße 3,
86899 Landsberg

Obwohl Tauchen bei Feuerwehren eine lange Tradition hat – die Berufsfeuerwehr Wien bildete bereits im Jahr 1930 eine erste Tauchergruppe – gibt es heute nur vereinzelt Feuerwehrauchgruppen. Ein großes Problem ist die adäquate Ausbildung dieser Einheiten.

In Bayern gibt es seit 1996 ein neues Ausbildungsmodell, wobei der erste Teil in einer praktischen Grundausbildung am Standort durch den örtlichen Feuerwehr-Lehrtaucher besteht, der zweite Teil in einem abschließenden 2-wöchigen Prüfungslehrgang an der Staatlichen Feuerweherschule Regensburg.

Das vorliegende Begleitheft zu diesem Prüfungslehrgang vermittelt alle nach der Feuerwehrdienstvorschrift 8 „Tauchen“ geforderten Lerninhalte. Im einzelnen sind dies Rechtsgrundlagen, physikalische Grundlagen, physiologische Grundlagen, Gefahren beim Tauchen, Gerätekunde, Einsatzlehre und Fahrzeugkunde. Zur Lernzielkontrolle

enthält das Heft außerdem zahlreiche Abbildungen, die vom Prüfling zu vervollständigen sind sowie im Anhang für die Prüfung wichtige Wiederholungsfragen.

Fritz Hücker
Rhetorische Deeskalation
*Streß- und Konfliktmanagement,
Ausbildungskonzepte, Trainings*
189 Seiten, 38,- DM
Richard Boorberg Verlag,
Scharnstraße 2, 70563 Stuttgart

Die rhetorische Deeskalation spielt eine wichtige Rolle beim Kontakt der Sicherheitsfachkräfte mit dem Bürger. Das Werk führt zunächst allgemein in die verschiedenen Aspekte der sozialen Handlungskompetenz im Beruf ein und beleuchtet Ursachen für typische Eskalationssituationen.

In der Folge erläutert der Autor u.a. eine Vielzahl von Standard-Rhetorik-Techniken, etwa das Prinzip der Offenheit oder die Empathie-Rhetorik, und Methoden der Konflikt-Rhetorik, wie etwa Trenntechniken zur Vermeidung von Gewalt.

Ausbildungskonzepte runden das klar gegliederte Buch ab. Graphische Übersichten und Schaubilder zu den einzelnen Themen erleichtern das Verständnis und die praktische Umsetzung.

Matthias Frank
Notarzt
Praxis-Leitfaden
*Behandlungsstrategien
und Therapieschemata*
336 Seiten, 44,- DM
F. K. Schattauer
Verlagsgesellschaft mbH,
Lenzhalde 3, 70192 Stuttgart

Die Konzeption des vorliegenden Buches bietet medizinische Informationen als Entscheidungshilfen. Therapeutische Empfehlungen, diagnostische Hinweise und Informationen über die eingesetzten Medikamente werden in jedem Kapitel aufgezeigt. Das Buch gibt Hinweise auf mögliche Fehler und informiert insbesondere auch über das weitere Vorgehen. Um die Handhabung der medizinischen Geräte zu erleichtern, werden Merkmale, Einstellungsparameter und Fehlermöglichkeiten erläutert. Checklisten geben konkre-

Für Sie gelesen

te Praxisanleitungen, im Arzneimittelteil erfolgt eine alphabetische Anordnung der Medikamente unter den bekannten Handelsnamen.

*Neitzke, van Capelle, Depner,
Edeler und Hanisch*

Risiko Elektromog?

*Auswirkungen
elektromagnetischer Felder
auf Gesundheit und Umwelt*
456 Seiten, 78,- DM

*Birkhäuser Verlag, Klosterberg 23,
CH-4010 Basel*

Langsam wächst die Erkenntnis, daß die elektromagnetische Umweltverschmutzung, der sogenannte „Elektromog“, ein Risiko für Gesundheit und Umwelt darstellt. Es häufen sich die Fragen, was Elektromog ist und inwieweit er die Gesundheit gefährdet. Das Buch ist eine allgemeinverständliche Darstellung der physikalischen und medizinischen Grundlagen sowie der biologischen Wirkungen elektromagnetischer Felder. Ausführlich geht es auf mögliche Zusammenhänge mit bestimmten Erkrankungen und Umweltschäden ein und gibt eine Fülle von Tips zur Vermeidung elektromagnetischer Belastungen im Haus und am Arbeitsplatz.

Andreas Walker

Zeichen am Himmel

*Wolkenbilder und Wetter-
phänomene richtig verstehen*
252 Seiten, 58,- DM

*Birkhäuser Verlag, Klosterberg 23,
CH-4010 Basel*

Der Autor vermittelt das Wissen, um Wetterzeichen am Himmel und Wetterberichte zu verstehen, auch dem absoluten Anfänger. Er erklärt mit einfachen Worten wichtige Grundbegriffe wie die verschiedenen Wolkeninformationen und ihre Bedeutung, Luftdruck und Temperatur, Windsysteme, Hoch- und Tiefdruckgebiete, Stürme, tropische Unwetter und Föhn, beschäftigt sich mit Wetterfühligkeit und rundet seine Thematik mit der Darstellung spektakulärer Naturphänomene wie Regenbogen, Halo, Fata Morgana oder Polarlicht ab. Eindrücklich illustriert wird seine Darstellung durch annähernd 200 Fotografien.

Frank-Hartmut Jäger **Die Feuerwehren der neuen Bundesländer**

Einsatzfahrzeuge seit 1990
152 Seiten, 48,- DM

*EFB Verlagsgesellschaft mbH,
Postfach 1440, 63521 Erlensee*

Der ostdeutsche Fahrzeugpark hat sich seit 1990 grundlegend gewandelt. Neben den alten Standardtypen sind heute immer mehr Einsatzfahrzeuge auf westliche Fahrgestelle aufgebaut. Der Bereich der Sonderfahrzeuge besitzt eine fast unüberschaubare Vielfalt an Fahrzeug- und Aufbauherstellern.

Im Zuge der organisatorischen und technischen Umstrukturierung der Feuerwehren beschafften die Länder zunächst die notwendigste Fahrzeugtechnik. Es entstanden z. T. einzigartige Fahrzeuge, die bisherige mit neuer Technik verband.

Der vorliegende Band gibt einen umfassenden Überblick über die Vielfalt der Einsatzfahrzeuge und deren Aufbauten, wie sie sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre darbot. Vorrangig geht es um neue Fahrzeuge, wobei die „neuen“ alten Fahrzeuge nicht zu kurz kommen.

Hermann Kurtenbach, Bodo Gorgaß und Wolfgang Raps **Rettungsassistentengesetz** 2., überab. u. erw. Auflage

256 Seiten, 59,80 DM

*W. Kohlhammer GmbH,
70549 Stuttgart*

Das Gesetz über den Beruf des Rettungsassistenten ist 1989 in Kraft getreten. Nach nunmehr acht Jahren ziehen die Autoren, die an der Entstehung des Gesetzes maßgeblich beteiligt waren, Bilanz in Bezug auf die Anwendungspraxis und die Auswirkungen des Gesetzes.

Die Neuauflage des Werkes schildert, was aus dem völlig neuen Beruf des Rettungsassistenten geworden ist. Es werden u. a. auch kritische Stimmen laut, die Entwicklungen aufzeigen, die nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen.

In den Anhang sind insbesondere Auszüge aus den Rettungsdienstgesetzen der Länder aufgenommen worden, die überwiegend seit der 1. Auflage geändert oder in den neuen Bundesländern neu erlassen worden sind.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51
53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivildienst, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesamt für Zivildienst
Internet: <http://www.bzs.bund.de>

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Mitte Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:
Hans-Walter Roth
Telefon (02 28) 940 - 1100
Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:
Paul Claes
Telefon (02 28) 940 - 1164
Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Max Schick GmbH
Karl-Schmid-Straße 13
81829 München
Telefon (0 89) 42 92 01 - 02
Telefax (0 89) 42 84 88

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Arzttruppkraftwagen (ATrKw)

Nach der alten STAN war der Arzttruppkraftwagen des Katastrophenschutzes dem Sanitätszug (SanZ) zugeordnet. Nach der Neuorganisation untersteht das Fahrzeug nunmehr der sogenannten „Einsatzinheit“ (EE) und in dieser der Sanitätsgruppe. Aus der Einsatzinheit heraus kann das Fahrzeug ebenfalls der „Schnelleinsatzgruppe“ (SEG) zugeordnet werden.

Die Sanitätsgruppe dient gemäß neuer Aufgabenstellung der Verstärkung und Ergänzung des Rettungsdienstes bei Großschadenfällen. Sie versorgt und betreut Verletzte und Kranke bis zu deren Abtransport in die Klinik. Der ATrKw dient dem Materialtransport (Tragen, Decken, Verbandstoffe, Medikamente).

Das Modell

Als Grundmodell eignet sich der Kastenwagen MB 507 D von Brekina (Bestellnummer 4313 u.a.). Das Fahrzeug erhält zunächst weitere Fenster in der Seitentüre rechts sowie in den beiden Hecktüren. Die Größe der Fensterauschnitte paßt sich dabei den Türgrößen an, abzüglich der Fensterrahmen von einem Millimeter Breite. Nach dem Zerlegen in seine Einzelteile und dem Ausschneiden der Öffnungen wird das gesamte Modell grundiert (weiß) und anschließend in RAL 1014 (elfenbein) lackiert. Zuvor wird ein Lüfter (Herpa) mittig auf das Aufbaudach geklebt (im Bereich der mittleren vorhandenen Rechteckgravur). Gemäß unserem Vorbild erhält das Modell drei Rundumleuchten auf schmalen schwarzen Sockeln (Herpa). Andere Vorbildfahrzeuge führen möglicherweise nur ein Blaulicht vorn mittig. Vor dem Zusammenbau des Modells müssen die Fenster (ausgenommen Fahrerraum) zu Dreiviertel mattiert



Der Arzttruppkraftwagen des DRK-Kreisverbandes Konstanz ist jetzt der EE zugeordnet.

werden (Hinterlegung von Seidenpapier oder Tesafilm).

Während Chassis, Frontgrill und Rückspiegel bereits komplett in schwarz gehalten sind, müssen Details am Modell farblich entsprechend ergänzt werden: Fenster-Innenränder, Türgriffe, Scheibenwischer, Türführungsschiene rechts, Radkappenteile und Tankstutzen. Auf der Stoßstange vorn (paarweise rechts und links) werden die Signalhörner (Herpa-Zubehör) befestigt. Die farbliche Detaillierung erfolgt ansonsten wie üblich: Blinker oran-

ge, Rückleuchten rot, Reflektoren seitlich orange, Scheinwerfer, Rückspiegel und MB-Emblem silber.

Für die vorbildgerechte Beschriftung des ATrKw stehen Embleme verschiedener Hilfsorganisationen zur Verfügung (z.B. von Müller, Preiser). Gemäß unserem Vorbild erhält das Modell Rotkreuz-Embleme vorn (Kühlerhaube), seitlich (Aufbau) und heckseitig (Fenster) sowie die Türbeschriftungen (Katastrophenschutz). Kfz-Kennzeichen (hier: 8000er Nummer) stehen unter anderem von Preiser zur Verfügung.



ATrKW-Modell in 1:87/HO auf Brekina-Basis.

ZULETZT

Die nächste Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erscheint am 15. Mai 1998

Bevölkerungsschutz

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag

Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München

VSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, G 2766



Weil an den Bau einer stationären Atemschutz-Übungsanlage derzeit nicht zu denken ist, ließen sich die Verantwortlichen der Landesfeuerwehrschule Brandenburg etwas einfallen: Sie konzipierten eine Übungsanlage, die in einen Abrollbehälter eingebaut ist. Obwohl die entsprechende DIN-Norm nicht hundertprozentig erreicht wird, erfüllt die Anlage ihren Zweck völlig. Seit Wochen wird das bei der Ausbildung der Atemschutzgeräteträger Tag für Tag unter Beweis gestellt.

Die Übenenden müssen im Innern des Containers in Kriechgängen eine Strecke von 23 Metern zurücklegen. Wie bei stationären Anlagen läßt sich auch hier der Raum abdunkeln, aufheizen oder vernebeln. Darüber hinaus können Geräusche wie das Prasseln von Flammen oder Kindergeschrei eingespielt werden. Trittkontaktplatten und Infrarotkameras ermöglichen eine ständige Kontrolle der übenenden Personen. Die Überwachung erfolgt außerhalb der Übungsstrecke über eine mobile Steuereinheit anhand von Monitoren und über eine Gegensprechanlage.

Aufgrund ihrer Mobilität läßt sich die Anlage nicht nur für die Ausbildung an der Schule einsetzen, sondern kann auch für die Fortbildung von Atemschutzgeräteträgern und arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen bei den Feuerwehren genutzt werden. Unser Titelbild zeigt die neue Anlage, auf dem Foto oben wird sie durch den Abrollbehälter „Atemschutz/Strahlenschutz“ der Schule ergänzt (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).

(Fotos: Claes)